

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 25. Februar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

#### Die Interlions-Gebühr

Beträgt für die sechsgelaltene Kolonelle aber deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Inletzte für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

**Abonnements-Bedingungen:**  
Abonnements-Preis pro Nummer: 10 Pf. Vierteljährlich 3,00 Mk. monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

### Mehr Kavallerie!

In der Stille sind unsere Militärpolitiker ungemein thätig. Die Nähe der Reichstagswahlen und die Rücksicht auf die ohnehin schwer bedachte Bewilligungsmajorität zwingt sie, mit ihren Plänen lug hinterm Berg zu halten. Aus Wahrhaftigkeit hat denn auch der Kriegsminister kürzlich erklärt, daß wohl eine Verstärkung der Kavallerie gefordert werde, aber keineswegs in dem von Militär-Schriftstellern geforderten Umfang. Seit der Kera Tirpitz weiß man ein für allemal, was von solchen Erklärungen der Regierungsvorsteher zu halten ist. Gestellte sich zu den unerhörten Zollbelastungen des Volkes, der zerfahrenen Finanz- undumpwirtschaft des Reiches, den Ausschüßen auf neue indirekte Steuern, noch die Aussicht auf neue große Militärforderungen, so würde das Volk die reaktionären Parteien bei den Wahlen noch lieber aufnehmen als dieselben es jetzt schon befürchten. Deshalb das sorgfältige Schweigen über die militärischen Pläne.

Nichtsofortwärtiger tragen sich unsere Militärpolitiker mit großen militärischen Mehrforderungen. Hat die Regierung nur erst die Wahlen hinter sich, so werden wir auf das Hervortreten mit einer militärischen Millionenforderung nicht lange zu warten brauchen. Ein Blick auf die militärischen Fachzeitschriften und auf den Eifer, mit welchem in denselben die militärischen Reformatoren und Reorganisationspläne propagieren, zeigt mit aller Deutlichkeit, daß man sich mit neuen Mehrforderungen trägt.

Die Manöver der letzten Jahre haben bereits gezeigt, daß neuerdings in den maßgebenden Armeekreisen die Kavallerie sich wieder eines gesteigerten Ansehens erfreut. Seitdem die weittragenden Geschosse dazu zwingen, die Infanterie in immer weiter auseinandergezogener Schichtenlinie und möglichst in gedeckter Stellung vorsichtig gegen den Feind vorzuschieben, kann das Auge des militärischen Schlachtenlenkers sich nicht mehr am Anblick einer vieltausendköpfigen, heroisch hervorbrechenden Soldatenmasse berauschen. Notgedungen muß die nüchterne Erwägung an die Stelle der heroischen Tapferkeit treten, die nach Bravourthaten leidet.

Das hat in den Manövern den Kavallerie-Angriff wieder zu Ehren gebracht. Der Glanzpunkt der Kaisermanöver der letzten Jahre war es, tausendköpfige Reiterchargen in rasendem Drauffahren gegen den Feind vorbrechen zu lassen. Was man mit der Infanterie nicht unternehmen kann, weil es militärisch unsinnig sein würde, das versucht man nun mit der Kavallerie. Eine toll daherausende Masse, tausendstimmige Hurraufe, Pferdegevieler, Trompetensignale, Waffenklänge im Sonnenlicht, welch prächtiger Anblick! Vergessen haben nichternste Beurteiler diese Bravourleistungen als „Lodestritte“ bezeichnet, vergebens ist darauf verwiesen worden, daß im Ernstfalle solche Reiterfüßchen mit einem furchtbaren Blutbade enden würden. Die Vorliebe für die glänzenden Waffenattaden ist einmal da und tritt in jedem Jahre wieder hervor.

Und sofort findet diese modische Reizung in den maßgebenden Armeekreisen auch ihre „Theoretiker“, die mit einem wahren Wust von Material nachzuweisen suchen, daß nach 1870 die Kavallerie zu niedrig eingeschätzt worden sei. Jetzt aber sei die Zeit gekommen, sie wieder zur Geltung zu bringen. Unter andern muß diesen Strategen auch der Vorkrieg als Beweismaterial für die enorme und vermehrte Bedeutung der Kavallerie herhalten. Ist es doch die beste Möglichkeit des Abnehmens, daß sich die „Theorie“ den wechselnden Strömungen in den höheren Armeekreisen anpaßt. Alsbald hat sich denn auch die höhere Bewertung der Kavallerie zu Forderungen verdichtet. Hat die Kavallerie Bedeutung, dann muß sie auch entsprechend dem Stande der Infanterie vermehrt werden! Solche Forderungen werden schon seit langem in den militärischen Blättern erhoben. Jetzt beginnen aber feste, greifbare Pläne hervorzutreten, die deutlich zeigen, welche neue ungeheure Belastung dem Volke droht.

Im neuesten Hefte der „Jahrbücher für die deutsche Armee und Marine“, verantwortl. geleitet von Generalmajor Reim, veröffentlicht der Generalleutnant z. D. von Pelet-Karbonne unter dem Titel: „Mehr Kavallerie“ einen Artikel, der weitestgehende Beachtung verdient. Dieser Herr verlangt, die deutsche Reiterei solle auf eine Mindeststärke von 120 Regimentern mit 600 Friedenseskadrons und 480 Feldeskadrons gebracht werden. Er verlangt insgesam die Neuerrichtung von 27 Regimentern, 112 Eskadrons. „Das Verhältnis der Reiterei zur Infanterie würde sich bei 490 Feld-Eskadrons mit zusammen 72 000 Reitern zu Gunsten der Reiterei von 10,7 auf 8,7 Proz. verbessern.“ Dann fährt der Generalleutnant fort:

„Eine Forderung in solcher Höhe wird manchen erschrecken und unvereinbar mit der finanziellen Leistungsfähigkeit des Staates geschätzt werden. In eine Prüfung der Finanzkraft des Reiches einzutreten ist nicht Sache des Verfassers. Bei dieser Betrachtung war nur die militärische Bedürfnisfrage entscheidend, das Kompromiß mit der Finanzfrage zu schaffen würde Sache der Regierung und des Reichstags sein. Es ist auch vollständig klar, daß eine solche Organisation nicht mit einem Male durchführbar ist, ganz abgesehen von der Geldfrage würde schon die sofortige Beschaffung der Pferde im Lande auf Schwierigkeiten stoßen. Es kann sich nur um einen mit den Jahren ausführbaren Plan handeln, der nach Maßgabe der ständigen Mittel und des verfügbaren Materials in ähnlicher Weise der Verwirklichung entgegengeführt wird, wie solches mit dem Flottengründungsplan geschieht. Mit kleinen Mitteln, mit der gelegentlichen Errichtung von ein paar Schwadronen ist der Sache nicht gedient, ein großes Ziel muß ins Auge gefaßt, seine Errichtung aber nach Kräften gefördert

werden, damit die Lücke in unserer Kriegsführung geschlossen ist, wenn die eisernen Würfeln ins Rollen kommen sollten.“

Wie man sieht, haben die Erfolge unserer Flottenpolitiker im Reichstage den Kavalleriepolitiker Mut gemacht. Sie begnügen sich nicht mehr mit einer augenblicklichen Forderung. Sie gehen vielmehr aufs ganze, „ein großes Ziel“ fassen sie ins Auge, welches der Reichstag auch im ganzen zu bewilligen hat, worauf die Kavalleristen beschließen in der Durchführung auf „die ständigen Mittel“ Rücksicht nehmen.

Im Zusammenhang mit den fortgesetzt in die Presse dringenden Plänen einer Kavallerievermehrung betrachtet, ist diese Arbeit sicher mehr, als die Gelegenheitschriftsteller eines Militärs. Dafür spricht einmal die aktive Stellung des Verfassers und die in der Armeewelt beachtete Militärschrift, die sie veröffentlicht, dann aber auch die Ausführlichkeit, mit der sich der Verfasser im einzelnen über diesen Kavallerievermehrungs-Plan verbreitet. Der General Pelet-Karbonne sagt nämlich, die Vermehrung der deutschen Reiterei sei „ein dringendes unabwendbares Bedürfnis“. „Es ist auch vorauszusetzen, daß unsere Heeresverwaltung sich dieser Einsicht nicht verschlossen hat, und wenn sie bisher mit entprechenden Forderungen an den Reichstag nicht herangetreten ist, so mögen besondere Gründe obgewaltet haben, denen nachzugehen hier keinen Zweck hat.“ Nämlich: die Rücksicht auf die Wahlen, das sind die besonderen Gründe!

Die Vermehrung der Kavallerie soll ihren Anfang nehmen mit dem Ausbau der Organisation Jäger zu Pferde. Jede Division solle im Mobilisationsfalle eine solche Eskadron besitzen. Da wir erst 17 Eskadrons Jäger zu Pferde haben, wären für die 48 Divisionen des deutschen Heeres noch 31 solcher Eskadrons zu errichten. Für die 23 im Frieden, 24 im Krieg vorhandenen Armeekorps seien ebenso viele Kavalleriebrigaden zu 10 Friedenseskadrons erforderlich, Summa 240 Eskadrons. Für den strategischen Aufklärungsdienst sei mindestens 1 Kavalleriedivision von 24 Eskadrons auf 2 Armeekorps zu rechnen, also 12 Kavalleriedivisionen, zusammen 288 Eskadrons. Danach seien zu schaffen: 12 Kavalleriedivisionen zu 300 Eskadrons, 24 Corpskavallerie-Brigaden zu 240 Eskadrons, 48 Eskadrons Jäger zu Pferde, oder in Summa 120 Regimentern mit 648 Eskadrons. Davon sind vorhanden 93 Regimentern mit 482 Eskadrons, so daß noch zu schaffen seien 27 Regimentern mit 166 Eskadrons. Eine Mindestgrenze würde sich ergeben, wenn man die 48 Eskadrons Jäger zu Pferde für entbehrlich erachtete; nach Abzug derselben stellt sich die Kavalleristische Mindestforderung auf 27 Regimentern mit 118 Eskadrons.

Wir wiederholen: das sind keine militärischen Phantasieren; es ist das Gerippe einer Kavallerievorlage, die in bedrohliche Nähe rückt.

Zu einer „weltpolitischen“ Kriegsmarine eine riesige Infanterie, eine kostspielige Artillerie und nun auch noch eine riesig gesteigerte Kavallerie — das alles soll das deutsche Volk tragen, in einer Zeit, da die Vollaften hinausgeschraubt worden sind und des Volkes Not sich in der Verminderung der Reichseinnahmen spiegelt.

Aber die herrschende Majorität wird zahlen. Zumal die Agrarier. Durch die Hinaufreibung der Pferdepreise haben sie die heimischen Pferdepreise gesteigert. Jede Kavallerievermehrung bedeutet gesteigerte Remontierung, gesteigerte Profite der junkerlichen Pferdehändler.

Wenn nur erst die Mandate wieder auf fünf Jahre gerettet sind, mag Michel zahlen!

### Politische Uebersicht.

Berlin, den 24. Februar.

#### Der Reichstag

wies am Dienstag das gewohnte Bild schredlicher Leere auf. Die Fortsetzung der Verhandlungen über das Reichs-Gesundheitsamt übte keine besondere Anziehung aus, nachdem die großen Prinzipienfragen der Volkshygiene am Vortage behandelt waren. Uebrig blieb ein aus unzähligen Einzelfragen mosaikartig zusammengefügtes Detail. Innerhalb zeitigte die Debatte einige nicht uninteressante Erscheinungen. Als Genosse Dr. Südekum eingehend die Unzulänglichkeit der geltenden Bestimmungen zur Verhütung der Milchbrandinfektionen dargelegt hatte, vereinigte sich Regierungsbereiter und bürgerliche Abgeordnete, um den Unternehmerrückendeckel vor schärferen Eingriffen zu schützen. Der Eifer für den heiligen Profit entloste dem bisher schweigenden nationalliberalen Abgeordneten Wehl eine Jungferrede, mit der er einen nicht unbeträchtlichen Heiterkeitserfolg erzielte.

Die Agrarier sind bekanntlich leidenschaftliche Anhänger der Grenzsperrn. Für Sperren im Inlande, wenn dieselben auch noch so notwendig sind, hegen sie eine weit geringere Begeisterung. So liegen sie denn auch ihren zufällig der nationalliberalen Fraktion angehörenden Wortführer Dr. Paasche ein herzerweichendes Klagesied über die draconische Ausführung der Maßregeln gegen die Maul- und Klauenfeuche anstimmen, Maßregeln, die — nach Behauptung der Agrarier — weit mehr schaden als die Seuche selbst.

Die Winzersektion des Agrariertums, aus Liberalen und Merkantilisten paritätisch zusammengesetzt, entfachte eine mehrstündige aber außerordentlich inhaltsleere Weindebatte. Es wurde geklagt über mangelnde Weinkontrolle, über Weinpantheerei und dergleichen; daß es sich aber keineswegs, wie eben- und schandenhalber behauptet wurde, um das Publikum, sondern um agrarische Profite handelte, verriet etwas unvorsichtig der Centrums-Abgeordnete Schäfer, der recht unerblickt nach höheren Schutzjollen zum Vorteil des gepriesenen deutschen Rotweins verlangte. Der nationalliberale pfälzer

Weingroßhändler Deinhardt, der natürlich bei dieser Gelegenheit das Wort ergriff, ließ es am gewohnten Humor diesmal durchaus fehlen, dagegen wirkte sein Parteigenosse Fiß wenigstens durch ein paar Nüchtern seine sonst recht belanglosen Ausführungen zu wärzen. Staatssekretär Graf Posadowsky erklärte, daß die Ausführung der Nahrungsmittel-Kontrolle Aufgabe der Einzelstaaten sein werde. Das Reich könne nur einheitliche Grundsätze aufstellen. Bei dieser Gelegenheit gab der Staatssekretär wieder zu erkennen, daß er kein besonderer Anhänger der allwissenden Polizei ist. Er bestritt die Sachverständigkeit der Polizei-Organe für die Nahrungsmittel-Kontrolle und hat darin sicherlich vollständig recht.

Zum Schluß gab es eine kleine Debatte über die Geschäftsloge. Die Nähe der Wahlen veranlaßt auch die Rationalliberalen, etwas in Arbeiterfreundlichkeit zu machen, und so bezeichnete der Abg. Dr. Paasche es als notwendig, noch in dieser Session die Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz zu verabschieden. Im Anschluß an diese Anregung wurde von freisinniger Seite verlangt, daß auch die von der Wahlprüfungs-Kommission für ungültig erklärten Wahlen vom Plenum zur Erledigung gebracht würden. Genosse Singer forderte die Verabschiedung der Petitionen, von denen einzelne vor Jahr und Tag an den Reichstag gelangt sind. Diesem Wunsch will der Präsident Rechnung tragen. Im übrigen erklärt er es für ausfichtlos, strittige Fragen vor das nicht beschlußfähige Plenum zu bringen. Am meisten liegt ihm die Verabschiedung des Etats vor dem 1. April am Herzen. Aus seinen Worten klang aber ein ziemlicher Scepticismus darüber heraus, ob dieses Ziel sich in diesem Jahre erreichen lasse.

Am Mittwoch geht die Beratung des Etats des Reichsanths des Innern weiter. —

#### Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus setzte am Dienstag die Generaldebatte zum Etat der Eisenbahnverwaltung fort. Im Vordergrund des Interesses stand naturgemäß die Erörterung der Programmrede des Ministers Sudde. Wie voraussehen, beglückwünschten die Redner der großen Parteien des Hauses den General ob seiner Scharfmacherpolitik. Insbesondere die Vertreter des Großkapitals, die Nationalliberalen, schlugen förmliche Purzelbäume vor Freude. Abg. Dirsch-Effen, der Schwiegerjohn des Generalsekretärs des Scharfmacherverbandes, des Herrn Vued, drückte seine Genehmigung darüber aus, daß der Minister entschlossen sei, die Verwaltung von umstürzlerischen Elementen mit starker Hand zu säubern, sein Parteifreund Dr. Eckels dankte ihm ob seines Eintretens für Ordnung und Gehorsam, und Dr. Sattler verließ sich sogar zu der Behauptung, daß von einer Bedrohung des Koalitionsrechtes durch den Minister keine Rede sein könne. Das sind dieselben Leute, deren Freunde im Reichstag nicht genug ihre Arbeiterfreundlichkeit und ihr socialpolitisches Verständnis preisen können, die aber in Wirklichkeit nur schöne Worte für die Arbeiter übrig haben, dagegen stets verlangen, wenn es gilt, ihren Worten die That folgen zu lassen. Die Konservativen hielten sich in Schweigen, sie begnügten sich damit, durch Zurufe ihr volles Einverständnis mit den Scharfmacherpraktiken zu bekunden. Nicht so genügsam war das „arbeiterfreundliche“ Centrum, in dessen Namen Abg. Kirsch ausdrücklich die Erklärung abgab, daß Eisenbahnangehörige dem Verbands der Eisenbahner nicht angehören können.

Der entrechteten Eisenbahner nahmen sich in wirksamer Weise die Abg. Dr. Krieger-Königsberg (fr. Vp.), Dr. Barth (fr. Vg.) und Dr. Brömel (fr. Vg.) an. Besondere Beachtung verdient die Rede des Herrn Krieger, der als erfahrener Praktiker — er ist Direktor der Königsberger Straßenbahnen — scharfen Protest dagegen erhob, daß die Verwaltung sich erdreiste, ihren Arbeitern das Koalitionsrecht zu nehmen. Aber auch die Herren Barth und Brömel sprachen recht energisch.

Der Minister, der wiederholt in die Debatte eingriff, entpuppte sich noch mehr als am ersten Tage als ein Mann, dem Gewalt vor Recht, Willkür vor Gesetz geht. Gründe will er nicht gelten lassen, er hat die Macht und glaubt als alter Soldat diese Macht rücksichtslos ausnützen zu müssen. Daß er sich dabei fortwährend in Widerspruch ergeht und in der ungeschicktesten Weise operiert, ist ihm gleichgültig. Das hat er mit seinem Kollegen und Kameraden Podbielski gemeinsam. Herr Vued hat nichts dagegen, daß die Eisenbahner Socialdemokraten wählen, vernünftig, weil er es doch nicht verhindern kann; er hat auch nichts dagegen, daß sie sich koalieren, nur müssen sie hübsch solchen Vereinen beitreten, die vor des Ministers Augen Gnade gefunden haben. In dem Verband der Eisenbahner aber duldet er keine Angestellten nicht. Eine Bedrohung des Koalitionsrechtes erblickt er in seinem Verhalten nicht. Natürlich nicht, er zwingt ja niemanden, aus dem Verbands auszutreten oder sich ihm nicht anzuschließen. Wer verhungern will, der mag ruhig im Verbands bleiben. Und warum greift der Minister zu so rigorosen Maßnahmen? Warum verleiht er verfassungsmäßige Rechte? Lediglich im Interesse der Sicherheit des Verkehrs, es ist seine Pflicht, das reisende Publikum vor Unfällen zu schützen, und deshalb kann er keine Mitglieder einer modernen Gewerkschaft in seinem Verbands dulden. Man sollte es nicht für möglich halten, daß ein Minister so etwas einer Volkvertretung zu dichten wagt. Daß er wirklich von der Wichtigkeit seiner Ausführungen überzeugt wäre, ist natürlich ausgeschlossen, aber er weiß, vor welchem Hause er redet, und wenn er auch erst kurz



Zeit im Auge ist, soviel parlamentarische Erfahrung besitzt er doch schon, daß er das geistige Niveau des preussischen Landtages richtig einzuschätzen versteht. Sein Streben ist darauf gerichtet, das alte patriarchalische Verhältnis wiederherzustellen und daneben den Kasernendruck einzuführen. Versichert er doch allen Ernstes, daß er seinen Angestellten das gleiche Wohlwollen erweisen will, wie die militärischen Vorgesetzten ihren Untergebenen erweisen. Die Eisenbahner werden sich für diese Art Wohlwollen höchlich bedanken. Aber nicht nur gegen die Eisenbahner, sondern auch gegen Volksvertreter glaubt er den Kasernendruck anschlagen zu dürfen. Das bewies die Art, wie er den Abg. Dr. Barth anschnarrte.

Vorläufig richtet sich der Kampf des Herrn Budde nur gegen den Eisenbahner-Verband in Hamburg. Ob er auch den Konsumvereinen, in deren Vorstand Socialdemokraten sitzen, den Krieg erklären soll, darüber ist er sich noch nicht klar; das will er von Fall zu Fall entscheiden. Jedenfalls ist er durch den Krieg gegen den „inneren Feind“ so in Anspruch genommen, daß er für sein eigentliches Amt nicht viel Zeit übrig hat und deshalb von Tarifreformen nichts wissen will.

Die Beratung wird am Mittwoch fortgesetzt.

#### Die macedonische Frage.

Man schreibt uns: Die macedonische Frage tritt wieder in Scene. Und dieses Mal hat ihr Auftreten einen viel schärferen Charakter als jemals. Was ist denn die „macedonische Frage“? Die Auflösung eines Knotens, geknüpft von den Interessen fast aller europäischen Staaten — antwortet uns die Diplomatie. Der heilige Kampf eines unterdrückten Volkes, um sich von einem barbarischen und mittelalterlichen Regime zu befreien — sagt der macedonische Revolutionär.

Aber die Sache liegt nicht in der theoretischen Definition einer so wichtigen Erscheinung. Es handelt sich um die Revolution einer Rasse, welche kulturell den Grenzen des mittelalterlichen socialpolitischen Regimes, das der herrschende türkische Stamm ausübt, entzogen ist. Am Anfang des 19. Jahrhunderts stand auf der Fahne der griechischen Revolutionäre das christliche Kreuz, das sich dem türkischen Halbmond entgegenstellte. Heute aber steht der macedonische Revolutionär unter der Fahne, auf welcher die fürchterliche Devise: „Freiheit oder Tod!“ geschrieben ist. Und scheint es, daß diese Devise — wenn nicht morgen, so doch bald — von der ganzen Bevölkerung in Macedonien aufgenommen werden wird. Und jedem, der die Ereignisse in diesem balkanischen Winkel Europas kennt, ist es nicht schwer, vorauszusagen, daß die Auflösung des macedonischen Komplexes in Bulgarien, die revolutionäre Bewegung im Lande nur entzünden wird. Der Präsident desselben Ministeriums, das die Auflösung verfügte, erklärte vor nicht langer Zeit den ausländischen Kabinetten und in der bulgarischen Sobranje, daß die macedonische Frage keine Folge des macedonischen Komplexes in Bulgarien sei, sondern eine Folge des in Macedonien herrschenden Zustandes, und daß ihre Entscheidung durch die Einführung jener Reformen erreicht werden würde, welche der 23. Artikel des Berliner Vertrags noch im Jahre 1878 vorausgesehen hat.

Bekanntlich schuf der Berliner Kongreß nach dem russisch-türkischen Kriege die gegenwärtige Lage der Balkanhalbinsel. Das im früheren Vertrag zu San-Stefano geplante Bulgarien wurde von dem europäischen diplomatischen Kongreß, das sich unter dem starken Einfluß des damals starken Österreich befand, in einige Teile zerlegt, einer von denen — gegenwärtiges Macedonien mit 2 Millionen Bevölkerung — unter Voraussetzung gewisser Reformen wieder der Türkei überlassen wurde. Die letzteren sind aber bis jetzt noch nicht eingeführt, trotzdem sie von den europäischen Mächten garantiert wurden. Der Unwille der dortigen christlichen Bevölkerung hat sich infolge dessen beständig in schärferen oder härteren lokalen Aufständen ausgedrückt. Natürlich hat die christliche Bevölkerung Macedoniens, die kulturell unverhältnismäßig höher steht als die Türken, gute Gründe, unzufrieden zu sein. In Macedonien existiert absolut keine Garantie für die persönliche Sicherheit und Thätigkeit der Nichttürken. Die gerichtlichen Behörden existieren nur pro forma. Die Administration liegt völlig in den Händen des Beamten, der in den meisten Fällen ohne jede Schulbildung ist. Das Steuerwesen ist noch daselbe, wie es im 15. Jahrhundert vom byzantinischen Reiche vererbt worden war. Von Freiheit der Presse, der Versammlungen, kann keine Rede sein. Der bulgarischen Zeitung in Konstantinopel verweigert die Censur das Wort „Macedonien“ zu gebrauchen. Sie verbietet ihr das Wort „Socialist“, „Socialismus“ zu gebrauchen, verbietet ihr die Ermordung von Königen, von Humbert, die Attentate gegen Leopold, Wilhelm oder Pöbodeinstoff mitzuteilen. Auf dem verwaltungsgerichtlichen Gebiete existiert vollständige Willkür. In der Türkei existiert nur eine einzige Art von Freiheit — die religiöse. Dant der letzteren konnten die Bulgaren in Macedonien im Laufe von nur 25 Jahren auf eigene Kosten fünf Schulen, drei Mädchenschulen, einige zehn Proghymnasien und circa tausend Gemeindefchulen eröffnen und erhalten! Die Türken aber haben in ganz Macedonien nur eine einzige Schule, die an etwas wie Gymnasium erinnert. Und diese fortschrittliche Bevölkerung, die politisch völlig unterdrückt und ökonomisch geknechtet ist, konnte unmöglich anders als in der Revolution ihre Rettung und Befreiung suchen. Seit dem vorigen Herbst nahm die macedonische Frage ihre gegenwärtige scharfe Form an. Die kleinen Nachbarstaaten der Balkanhalbinsel sowohl wie die großen europäischen Mächte verfolgen sehr aufmerksam die sich dort entwickelnden Ereignisse. Die Ausführungen des englischen Ministers und des französischen gelbe Vieh zeigen, daß nur Deutschland sich von den diplomatischen Eingriffen fern hält. Die Türkei mobilisiert ihre Truppen und nimmt eine angreifende Stellung gegenüber Bulgarien ein; das letztere erklärt einige Bezirke in Belagerungszustand und wird vielleicht bald seine Truppen zu den Bahnen berufen; Graf Lambsdorff war in Sofia, Belgrad und Wien mit der augenscheinlichen Mission, die macedonische Frage zu erörtern; Rußland und Oesterreich unter Zustimmung mit den andern Mächten haben ein Projekt für Reformen, welche die Türkei in Macedonien einführen muß, aufgestellt. Kamentlich für den bulgarischen Staat ist die macedonische Frage von größter politischer, ökonomischer und kultureller Wichtigkeit. Er ist mit Macedonien nicht nur durch nationale und ethnographische Interessen verbunden, sondern sieht in der Lösung dieser Frage eine Garantie für seine eigene zukünftige Entwicklung. Deshalb sehen wir auch die bulgarische Socialdemokratie sich lebhaft für die macedonische Frage interessieren und die Socialisten in den Reihen der macedonischen Kämpfer nicht den letzten Platz einnehmen.

Die Türkei freilich, welche einen bequemen und geldbringenden Markt für die europäische Bourgeoisie repräsentiert, hat Gründe genug zu glauben, daß die Diplomatie ihr nicht allzusehr zusehen werde.

Der Sultan hat inzwischen die Reformvorschläge durch ein Trabe genehmigt. Wie ferner aus Konstantinopel gemeldet wird, erfolgte die Annahme der Reformvorschläge seitens der Pforte, wie nunmehr bekannt wird, nach dringender Empfehlung sämtlicher in Konstantinopel beglaubigter Botschafter.

Ob das Reformprojekt nun auch zur Ausführung gelangt, ist allerdings die Frage, da die Vorschläge nicht den Charakter eines Ultimatus der Mächte tragen.

Nebrigens beginnt sich auch bereits, wieja nicht verwunderlich, das Mißtrauen der Mächte gegen die Lauterkeit der Absicht Rußlands und Oesterreichs zu regen.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus Rom gemeldet: Die Beratung der Interpellation über Macedonien in der Kammer bewies, daß alle Interpellanten, ohne Unterschied der Partei, Mißtrauen gegen Oesterreich haben. Der Socialist Dr. Marinis glaubt, die österreichisch-russische Aktion werde zum Schaden Italiens ausschlagen. Rußland wolle Konstantinopel, Oesterreich neue Häfen im Adriatischen Meere.

## Deutsches Reich.

### Wahlzweifel in Pommern.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags wird noch bis Salus des Reichstags mit der Wahl des Abg. Will im Wahlkreise Stolp in Pommern zu thun haben. Am Dienstag lassterte sie die konservativen Stimmen in 5 Wahlbezirken wegen zugehörig nachgewiesener Ungeheuerheiten. Im Wahlbezirk Groß-Podel wurden im Auftrage des Wahlvorstehers, Rittergutsbesitzer v. Braunschweig, konservative Stimmzettel in der Größe von 22 Centimeter Länge und 5,2 Centimeter Breite, obendrein durch zwei Längsbrüche zusammengefasst, verteilt. Kassiert wurden deshalb 55 Stimmen. Im Wahlbezirk Neitz wurden die konservativen Stimmzettel abschnittsweise in verschiedenen auffällig gefalteten Formen verteilt — sogar in Pyramidenform — und mutheten so von den Gutarbeitern, überhaupt von den der Schöpfung abgehängigen Wählern an der Wahlurne abgegeben werden. Wegen dieser Kontrolle wurden die 44 konservativen Stimmen kassiert. Toller ging es zu im Wahlbezirk Nowen-Kumbse-Jedlin. Dort wurden nicht nur die konservativen Stimmzettel in Schiffsform gefaltet, es nahmen auch die adligen Damen an der Wahlstation teil und machten den Grundriss der Trautzammer im Reichstag zu Schanden, daß Frauen sich nicht an der Politik beteiligen sollen. So besuchte nach den Angaben des Protokolls die Ehegattin des Rittergutsbesizers v. Krodow-Kumbse vor dem Stichwahltag die Handwerker des Wahlbezirks und sicerte ihnen Arbeitszuwendungen zu, wenn sie konservativ wählen würden. Einen Schneidemesser in Nowen forderte sie energisch auf, dafür zu sorgen, daß sein Geselle konservativ wähle, sonst würde dem Meister die herrschaftliche Schneiderei entzogen. Und von dem Wahllokal kontrollierte sie, eine geborene v. Buttkammer, höchst eigen die Wähler, daß sie bis zum Wahltag die konservativen Zettel nicht umtauschten. Wegen dieser Vorkommnisse wurden 143 konservative Stimmen kassiert. Im Wahlbezirk Sageritz-Propriehde wurden die konservativen Stimmen ebenfalls eigenartig gefaltet, außerdem aber die Wähler, denen sie eingehängt worden waren, bis ins Wahllokal geleitet. Kassiert wurden 98 konservative Stimmen.

In Sandau nahm der Wahlvorsteher, Baron v. Courbiere, Wählern die Stimmzettel auf der Schwelle des Wahllokals ab. Wegen dieser Ungeheuerheit wurde der ganze Wahlakt — 43 konservative Stimmen — kassiert, im ganzen also heute 383 Stimmen. Jetzt sind schon so viel Stimmen der gesamten konservativen Stimmenzahl abgegangen, daß von der Herrlichkeit einer Majorität von ca. 1200 Stimmen nicht mehr viel übrig bleibt. Der Rest wird auch noch zusammenschmelzen, denn es bleiben noch 66 von 115 Wahlbezirken, in denen Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind, zu erledigen. Der pommersche Wahlzweifel ist zu läppig in die Galere geschossen.

### Regierungspräsidenten organisiert Euch! Mit einer gewerkschaftlichen Massenbewegung der — Regierungs- und Oberpräsidenten wird man zu rechnen haben müssen, wenn man der „Post“ glauben könnte.

Der Minister des Innern hat den Magdeburger Regierungspräsidenten von Arnstedt aufgefodert, zum 1. April seine Entlassung zu nehmen, obwohl er erst 62 Jahre alt und gesund ist; dafür ist er Agrarier.

Die „Post“ scheint zu fürchten, die Regierung werde bei den Wahlen darauf dringen, daß die politischen Beamten die dunkle Berliner Politik vertreten und nicht etwa den Wind der Landwirte unterwürfen. Darum spricht sie von einem „Regierungspräsidenten-Saub“ und findet es höchst bedenklich, daß

„jetzt nach Art der blauen Briefe beim Militär an höhere Verwaltungsbeamte die Aufforderung gerichtet wird, ihr Abschiedsgeld einzureichen, obwohl sie weder das Alter von 65 Jahren erreicht haben, noch, und zwar sowohl nach ihrer eignen, wie nach der Auffassung der Bezirksangehörigen, durch Taubheit, Blindheit oder ein sonstiges körperliches Gebrechen oder wegen Schwäche ihrer geistigen oder körperlichen Kräfte zur Ausübung ihrer Amtspflichten dauernd unfähig sind.“

Der „Post“ Jedstid findet darin eine Verletzung des Rechtes der Beamten, vor dem 65. Jahre nicht ohne förmliches Verfahren wider ihren Willen in den Ruhestand versetzt zu werden. Aber sie „wollen“ ja eben; denn sie reichen ja freiwillig, wie Löhnung, ihr Entlassungsgeld ein.

Aber vielleicht gründen nun die Herren zur Wahrung ihres bedrohten Interesses, für das 7 1/2 Mark-Junkertum gegen die Regierung zu wirken, eine Organisation, indem sie von ihrem Koalitionsrecht Gebrauch machen. Das Ministerium Bülow-Budde-Meinbaben wird den Beamten ja keine Koalitionsvereinigungen bereiten.

Im übrigen glaubt die „Post“ wohl selbst nicht an ihre Verführungen. Die Regierung wird sich hüten, die auf den höchsten Beamtenstellen sitzende Frotze zu drangsalieren. Beim Kanakstreit hat sie versucht und der endliche Erfolg war die — Beförderung der Gemahregelten.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ kann sich trotz unserer gestrigen Abfertigung noch nicht beruhigen. Sie hat schleunigst eine neue Albernheit ausgedacht. Sie behauptet jetzt, wir verführen deshalb ungewöhnlich glimpflich mit der amerikanischen Anarchistengeheimmachelei, weil wir uns scheuten, der „Republik“ zu Leibe zu gehen, der wir im Gegensatz zu den Monarchien nicht den „freiherrlichen“ Nimbus rauben wollten! Wir schämen uns wirklich, uns ernsthaft gegen diese idiotische Unternehmung zu verhalten.

Wenn übrigens das offiziöse Blatt sich allzuviel darauf zu gute thut, daß die nordamerikanische Weidackrepublik noch reaktionärer sei als die monarchischen Staaten, so sei demgegenüber nur auf einen Umstand hingewiesen, der die kulturelle Ueberlegenheit Deutschlands sofort wieder traglich erscheinen läßt. Wir wollen nicht die amerikanische und deutsche Pressefreiheit miteinander vergleichen, wir wollen auch nicht auf die Majestätsbeleidigungsprozess-Suche exemplifizieren, sondern ganz bei der Anarchistenbekämpfung bleiben. Wie fragen ganz einfach: Galt es die „Nordd. Allg. Ztg.“ für möglich, daß in America bei einer Präsidentenreise Staatsbürger oder Ausländer, die die Polizei für Anarchisten erklärt, einfach verhaftet und auf zwölf oder vierundzwanzig Stunden lang eingesperrt werden könnten?! Schwerlich! In Deutschland aber nimmt man bei Kaiserreisen derartige Freiheitsberaubungen ganz ungeniert vor!

Deutschland marschirt aber trotz alledem noch an der Spitze osteuropäischer Kultur!

Vom Polizeikampf gegen die Polen. Dem Vorsitzenden eines landwirtschaftlichen Vereins, dem nur Polen angehören, war polizeilichereits die Einreichung eines Mitgliederzeichnisses aufgegeben worden. Obwohl sich der Verein in seinen Versammlungen nur mit landwirtschaftlichen Fragen beschäftigt, wurde er doch als ein Verein angesehen, der auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken bezweckt. Die Klage des Vorsitzenden auf Aufhebung jener polizeilichen Verfügung wurde vom Bezirksamt abgewiesen. Aus der famosen Urteilsbegründung sei hervorgehoben: Zwar liege es nicht in der Natur landwirtschaftlicher Vereine, eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten zu bezwecken. Hier hätten sich nun aber Polen in strikter Absonderung gegen die deutschen Landwirte zusammengeschlossen. Bei einem solchen Verein sei als zweifellos anzunehmen, daß er seine Mitglieder in den Dienst der polnisch-nationalen Partei stellen wolle, indem er sie durch die Abgeschlossenheit gegen das Deutschum in ihrer politischen Gesinnung bestärke. Das genüge schon, politische Zwecke, zum mindesten aber eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten anzunehmen.

Das Ober-Verwaltungsgericht als Revisionsinstanz hob jedoch das Urteil auf und setzte die polizeiliche Verfügung außer Kraft.

Er kennt seine Pappeneimer! Der Gastwirt Lehmann in Ranno (Senftenberger Fluß) erläßt folgendes „Eingefandt“ im „Niederlausitzer Anzeiger“:

Eingefandt aus Ranno. In der letzten Kriegerversammlung hier selbst sollte Beschluß gefaßt werden über ein

zweites Versammlungslokal. Sofort meldete sich hierzu der Nachwächter A. Scholke und sprach folgende herzergreifende Worte: Kameraden, da wir alle gern Schnaps trinken und Kamerad Lehmann nur ein Restaurant hat, wo kein Schnaps ausgeteilt werden darf, so kann bei Lehmann keine Versammlung abgehalten werden!“ Da Scholke nicht unterbrochen wurde, nahm Unterzeichner an, daß die Kameraden nicht zwei Stunden ohne Schnaps (Kübel) sein könnten und verzichtete somit auf die Versammlungen und sahied ohne jede Debatte aus dem Bereich. Dies zur Aufklärung der Kameraden.

A. Lehmann, Mitbegründer des Kriegervereins Ranno. Die Braven müssen sich offenbar zu ihrer staatsverhaltenden Thätigkeit anregen!

### Zur Wahlbewegung.

Polizei und Wahlbewegung. Aus Spandau wird uns berichtet: Unter welchen Umständen die Reichstags-Wahl im Kreise Potsdam-Spandau-Osthavelland von statten gehen wird, das zeigt sich schon jetzt in den polizeilichen Verboten jeglicher Volksversammlungen unter freiem Himmel und den behördlichen Verboten, die Wirte auf den Dörfern, die uns ihre Säle zu Versammlungen hergeben, zum Vorbruch zu bewegen. Sonntag, den 15. d. M., sollte für Falkenhagen-Gegefeld auf einem abseits von fast jedem Verkehr gelegenen Grundstück eine Volksversammlung stattfinden. Doch der Ausschussvorstand verbot die Versammlung. Eine Beschwerde wurde ohne Angabe von Gründen abgewiesen. Es hatten sich auf dem Grundstück aber doch circa 250 Personen eingefunden; als unser Kandidat Dr. Niebuhr eben dabei war, die Erschienenen mit wenigen Worten von dem Verbot in Kenntnis zu setzen, fiel der Ober-Wachmeister unserem Genossen barsch ins Wort: „Das geht mir schon zu weit, ich löse die Versammlung auf!“ Die ganze Volksmenge wurde nun von den Gendarmen umringelt von einem Lokal nach dem andern geleitet, erst auf dem Bahnhofe konnten sich unsere Genossen von den Gendarmen verabschieden. Ebenso ging es uns in Staaken. Die zum letzten Sonntag angemeldete Versammlung auf einem Gartengrundstück wurde unter Hinweis auf den § 11 verboten. Es waren ca. 400-500 Personen auf dem Platz erschienen. Jetzt wartete der Ober-Wachmeister aber nicht erst ab, bis der Einbrucher den Versammelten von dem behördlichen Verbot Kenntnis gab, sondern wiederum löste der „Beamte“ höflich die Versammlung auf. Die ganze Volksmenge zog nun nach dem Gnädiglichen Lokal, wo man eben sang, da nicht gesprochen werden durfte. Vorher schon sahen wir den Ortsgendarmen mit der Frau des Wirtes in der Stube verschwinden. Die Wirtleute zeigten sich dann später, als sie wegen Ueberlassung ihres Saales für unsere Parteizwecke angegangen wurden, ganz und gar eingeschüchtert. Da der Wirt sich zur Hergabe seines Lokals nicht bereit erklärte, so besand er sich sehr bald wieder allein in seinem Lokal. Ein Teil der Versammlungsbesucher begab sich nun nach Niebuhr, wo ein Arbeiter-Gesangsfest stattfand. Pflüch stellte sich auch hier der Ober-Wachmeister mit einem Gendarmen ein, „um sich davon zu überzeugen, ob die Versammlung nicht hier fortgesetzt werde“. Wiederholten Aufforderungen, sofort das Lokal zu verlassen, leisteten die Beamten nicht Folge; erst als dieses Verlangen stürmisch von sämtlichen Anwesenden wiederholt wurde, bequemen sie sich dazu.

Eine Versammlung mit Hindernissen. Von der Senftenberger Fluß, wo gegen 10 000 Bergarbeiter ihr kümmerliches Dasein fristen, schreibt man uns: Den jahrelangen Bemühungen der Senftenberger Parteigenossen war es jetzt endlich gelungen, einen Gastwirt zu finden, der seine Räume zu Versammlungen der Socialdemokratie zur Verfügung stellte. Am Sonntag sollte nun in Ranno eine Versammlung mit der Tagesordnung: „Die Arbeiter und die Socialdemokratie“ abgehalten werden. Zur festgesetzten Zeit waren denn auch drei große uns zur Verfügung gestellte Räume von ca. dreihundert Personen besetzt, während Hunderte auf dem Fluß und auf der Straße vor den Fenstern standen. Bereits vor dem Beginn wurde dem Einbrucher mitgeteilt, daß eine Anzahl Leute — Beamte und Bergarbeiter der Grube „Jße“ — anwesend seien, um die Versammlung zu sprengen. Fünf Gendarmen, von denen zwei als Ueberwachende innen anwesend waren, und ein Polizist waren zugegen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten! Kaum hatte der Kandidat des Kreises, Genosse Schubert, Berlin, sein Referat begonnen, als in dem einen Zimmer fortwährend gekläfft wurde. Schubert forderte den Wachmeister auf, die Aufseher zu entfernen und ihre Namen festzustellen. Der Beamte kam denn Wunsch nach, und für einen Augenblick herrschte Ruhe. Als Schubert weiter sprechen wollte, ging der Madau von neuem los; Hauptlehrer war ein Obersteiger der Grube „Jße“. Nunmehr forderte der Gastwirt die Anwesenden im Schankzimmer auf, sich zu entfernen. Die Aufseher sträubten sich energisch, aber endlich gelang es. Der Referent fuhr fort. Pflüch stürmte ein Gendarm herein: „Herr Ober-Wachmeister, von allen Seiten brechen sie in das Lokal ein!“ Der Ueberwachende schien den Kopf verloren zu haben, denn er schloß unter dem Vorgeben, nichts machen zu können, die Versammlung. Etwas sonderbar dies Verhalten der Beamten! Aufstakt die radikalistischen Elemente fernzuhalten, benützt man die Gelegenheit, um friedfertige Bürger an der Ausübung ihres Rechtes zu hindern. Allerdings hat das ungerechtfertigte Eingreifen besser gewirkt, wie alle Agitation.

### Husland.

#### Die Mobilmachung gegen die Arbeiterchaft in Holland.

„Het Volk“ brachte am Sonntag folgende Mitteilung: „Von vertrauenswürdiger Seite wird uns folgendes berichtet: „Die Regierung plant, kommenden Montag den Belagerungszustand für Amsterdam, Haag und Rotterdam zu erklären. In Dordrecht, wo keine Garnison ist, hat der Bürgermeister sich mit dem Stationschef in Verbindung zu setzen, und, wenn nötig, die Schützengarde zur Beschirmung und Bewachung der Stationen im Fall eines Streiks bereit halten.“

Eine solche Maßregel läßt sich, wie „Het Volk“ nachwies, zur Zeit nicht rechtfertigen. Nach dem Gesetz von 1890 kann der Belagerungszustand verhängt werden, wenn inländische Unruhen die innere oder äußere Sicherheit des Reichs oder eines Teils des Reichs in dringende Gefahr bringen“ (Art. 1, § 2), oder, wie Artikel 2 desselben Gesetzes bestimmt: „Wenn infolge eines feindlichen Angriffs oder in Folge inländischer Unruhen, wie die in Art. 1 sub 2 angeführten, die Gemeinschaft zwischen einem Teil des Reichsgebietes und dem eig. der Regierung (Haag) abgeschnitten ist, kann der betreffende Landesteil — es sei ganz oder teilweise — durch die Militärbehörde in den Belagerungszustand erklärt werden.“ — Es ist klar, daß derartige Unruhen, wie sie das Gesetz als maßgebend für den Belagerungszustand vorsieht, gegenwärtig nicht stattfinden. Die leitenden Personen der Arbeiterorganisationen machen bei jeder Gelegenheit zu ruhigen gesellschaftlichen Verhalten und daß diese Mahnung beherzigt wird, beweist schon die Thatsache, daß weder das unnotigerweise aufgebotene Militär noch die Polizei irgend welchen Anlaß zum Einschreiten findet. Aber selbst wenn der Eisenbahnerstreik proklamiert werden sollte, kann man das doch nicht als Unruhen ansehen, die eine solche außerordentliche Maßregel rechtfertigen. Wird dieser Plan, für den schon alles in Bereitschaft gebracht ist, durchgeführt, schreibt „Het Volk“, „dann ist das ein Staatsverbrechen, eine Revolution von oben. Wir werden abwarten, ob die Regierung den Rat haben wird, dazu überzugehen. Die Arbeiter warnen wir, nicht die geringste Veranlassung zu einem gewalt-



thätigen Auftreten der Regierung zu geben, ihr durch ein noch ruhigeres Auftreten als sonst auch jeden Vorwand dazu zu nehmen. Aber doch rufen wir ihnen zu, wenn ihre Organisation die Arbeitsniederlegung proklamiert, wie ein Mann die Arbeit einzustellen. Ruhig, aber standhaft, das sei unsere Losung in den ersten Zeiten, denen wir entgegengehen." —

Zwischen ist die Aufsehen erregende Mitteilung demittiert worden.

Der Kriegsminister hat die Erklärung abgegeben, daß bei der Regierung nicht die Absicht besteht, den Belagerungszustand zu verhängen. „Der Volk“ bemerkt hierzu: „Wenn wir uns vorbehalten näher zu untersuchen, wie es kommt, daß die Mitteilung des Ministers so vollständig mit den Berichten in Widerspruch steht, die uns von zwei vertrauenswürdigen Seiten zugegangen sind, geben wir jetzt nur unser Freude darüber Ausdruck, daß man in Haag wenigstens noch nicht so sehr den Kopf verloren hat, um zu solch einer widerrechtlichen und unsinnigen That überzugehen.“

Dah die Arbeiterchaft sich nicht durch die militärischen Maßnahmen einschüchtern läßt, beweist genügend der bereits am Sonntag erwähnte Beschluß der Vorstände der Organisationen, welcher wörtlich lautet:

„Nach Vernehmung der Erklärung der Vereinigungen des Eisenbahn-Personals, daß sie zur Abwehr eines Gesetzes, durch das die Freiheit des Streikens angegriffen wird, die Arbeit niederlegen würden, und der Erklärungen der Föderation der Transportarbeiter und anderer Gewerkschaften, daß auch sie in diesem Fall zur Arbeitseinstellung übergehen würden, beschließt die Versammlung, ein Ausschusskomitee zu ernennen, das eine starke Agitation zum Schutze der Freiheit der Arbeiter entfalten soll, und ruft das ganze niederländische Proletariat auf, sich in dieser Sache mit den organisierten Arbeitern solidarisch zu erklären.“ —

Das genannte Komitee soll aus 2 Vertretern des Eisenbahnpersonals, 2 Vertretern der Wasser-Transportarbeiter und je einem Vertreter des Nationalen Arbeiterssekretariats, der Socialdemokratischen Arbeiterpartei und der Freien Socialisten bestehen. Wenn die Eisenbahner die Zeit für gekommen ansehen, soll das Komitee die nötigen Maßnahmen ergreifen, um eine Arbeitsniederlegung für die verschiedenen Verufe auszusprechen. In der Versammlung waren 42 centrale Organisationen vertreten und außerdem 8 lokale Vereine.

Unter dem Militär ist ein Flugblatt verbreitet worden, worin die Ursachen des Eisenbahnstreiks kargelegt werden, auseinandergesetzt wird, wie unnützlich die militärischen Maßnahmen der Regierung sind, und die Soldaten zu solidarischem Verhalten aufgefordert werden. Ferner ist ein Artikel aus „Der Volk“ als Flugblatt verbreitet worden, worin die Arbeiter ermahnt werden, die Soldaten und Polizeibeamten als ihre Klassenfeinde zu betrachten. Beide Flugblätter sind von den Parteigenossen M. van Wezel, Sekretär der Amsterdamer Abteilung des Verbandes der Milizen und Art-Milizen, und W. Keuning, früherem Marinematrosen unterzeichnet.

**Vereinigung der Eisenbahner-Organisationen.** Am Sonntag fand in Amsterdam eine Zusammenkunft von Vertretern der „Niederländischen Vereinigung von Eisenbahn- und Straßenbahnpersonal“ und der anderen auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Eisenbahner-Vereinigungen statt, um die definitive Gründung der neuen einheitlichen Organisation vorzunehmen. Die anwesenden Delegierten repräsentierten 10 000 Mitglieder. Die Mitgliederzahl der neuen Organisation wird auf 12 000 berechnet. Zum Sitz des Hauptvorstandes wurde Amsterdam gewählt. Die Beratungen werden in einer neuen Zusammenkunft, die am 15. März in Utrecht tagen soll, fortgesetzt.

„Recht und Pflicht“, eine Streikgegner-Vereinigung von Eisenbahnpersonal hatte am Sonntag zu Utrecht eine Versammlung ihrer Anhänger aus dem ganzen Lande veranstaltet. Es waren circa 500 Personen erschienen. Man sandte ein Jubiläumstelegramm an die Königin, mit dem Gelübdis, alle Kraft einzusetzen, um die Ruhe auf den Eisenbahnen aufrecht zu erhalten. — In Rotterdam suchten höher gestellte Eisenbahnbeamte dieser Tage einen sogenannten Ordnungsvorstand der Eisenbahner zu gründen. Nachdem aber ein Mitglied der Vereinigung des Eisenbahnpersonals gesprochen hatte und lauten Beifall fand, mußte der Vorstehende erst diejenigen, die mit dem Zweck der Versammlung nicht einverstanden waren, ersuchen, das Lokal zu verlassen, worauf sich die Mehrzahl von ca. 50 Personen entfernte. Dann erst konnte die Gründung vorgenommen werden. —

Die zweite Kammer trat Dienstagmorgens wieder zusammen. Abg. Nees (liberal) erklärt, er wolle die Regierung über den Zustand der Eisenbahn-Angestellten im Januar interpellieren. Ebenso will Abg. Troelstra (Socialist) die Regierung interpellieren über die ungewöhnliche Einberufung der Miliz. Er wüßte zu wissen, welches ihre weiteren Pläne seien und ob sie beabsichtige, gesetzliche Maßregeln anlässlich des letzten Ausstandes zu ergreifen. Der Tag der Verhandlungen über beide Interpellationen wird später festgesetzt werden.

#### Das Komitee für Arbeitervertretung.

London, 21. Februar. (Fig. Ver.) Der Kongreß billigte die Aufstellung folgender Kandidaten: Clerh, Vertreter der Postleute, Deptford; Pete Curran, Gasarbeiter, Farrow; Jowett, Unabhängige Arbeiterpartei, West Bradford; James Parler, Unabhängige Arbeiterpartei, Halifax; Snowden, Unabhängige Arbeiterpartei, Blackburn; Will Thorne, Gasarbeiter und Socialdemokratische Föderation; John Hodge, Stahlarbeiter; John Ward, Straßenpflasterer. Die meisten dieser Kandidaten sind socialistisch. Nur Clerh und Ward sind liberal. Das Tadelvotum gegen den Abgeordneten Mr. Richard Bell wurde von Pete Curran und Rair Hardie begründet. Bell verteidigte sich so gut er konnte und wurde von Ward unterstützt. Letzterer sagte: „Unser Bestreben ist, festen Fuß im Parlament zu fassen. Wir sollen deshalb in der Wahl der Mittel nicht allzu gewissenhaft sein“. Wegen diese jesuitisch-opportunistische Politik wandte sich Keir Hardie, indem er sagte: „Wir sind nicht berechtigt, uns alle Mittel zu erlauben, die uns zu parlamentarischen Siegen führen könnten. Der Prüffstein der von uns zu ergreifenden Mittel kann nur ein wahres und ehrliches Prinzip sein. Eine Abweichung von diesem Weges würde zum Ruin der Arbeiterbewegung führen. Unser Ziel ist die Bildung einer parlamentarischen Arbeiterpartei. Ein von den Arbeitern bezahlter Gewerkschaftsbeamter, der die Hilfe der Liberalen oder Konservativen empfängt, handelt gegen die Grundsätze des Komitees.“ Das Tadelvotum gegen Bell wurde mit 659 000 gegen 154 000 Stimmen angenommen. —

#### England.

**Die Schulvorlage für London.** London, 21. Februar. (Fig. Ver.) Die Vertreter von 27 Gewerkschaften der britischen Hauptstadt waren gestern zu einer Konferenz verammelt, um die kommende Schulvorlage zu besprechen. Mr. Steadman führte den Vorsitz und eröffnete die Konferenz mit folgenden Worten: „Wir haben eine Erziehungs-Liga gegründet, um die von dem Trades-Unions-Kongresse empfohlene Schulpolitik verwirklichen zu können. Unsere Forderung ist, daß die Schulvorlage dem Arbeiterkinder die Möglichkeit bieten soll, bis zur höchsten

Stufe seines Erziehungswesens zu gelangen. Dann glauben wir, daß die Schulbehörde direkt vom Volke gewählt werden müßte. Wir sind deshalb gegen eine Befestigung der School Board. Aber die Regierung ist stark genug, ihren Plan durchzusetzen. Wenn schon die School Board befestigt werden muß, so sind wir für eine Neben-nahme ihrer Pflichten durch den Grafschaftsrat. Denn von den 28 Gemeindeverwaltungen Londons, aus denen die Regierung eine neue Schulbehörde wählen will, sind nur 6 progressiv, während die übrigen 22 gegen alle modernen nuzuzipalen Erziehungsinstitutionen sind.“ Mr. Ven Cooper, der Sekretär der Cigarrenarbeiter, stellte folgenden Antrag: „Die Konferenz ist der Ansicht, daß das ganze Schulwesen Londons einer einzigen, direkt gewählten Behörde unterstellt werden soll. Wir fordern alle Londoner Arbeiter auf, jede Schulvorlage zu bekämpfen, der von der Schaffung einer solchen Schulbehörde absieht.“ Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Ebenso wurde beschlossen, Arbeiter-Deputationen an die Regierung und den Parlamentsabgeordneten Londons zu schicken, um ihnen die Wünsche der Arbeiter darzulegen. Es soll auch ein großes Meeting am Trafalgar-Square stattfinden. —

**Pauperismus im Januar.** Die Zählung der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Armen in 35 bestimmten Gemeinden ergab für Januar folgendes Bild: Es wurden gezählt 363 209 oder 214 pro 10 000 der Bevölkerung dieser Orte. Verglichen mit dem Vormonat (Dezember 1902) ist dies eine Vermehrung von 2147 Personen oder 1 pro 10 000. Gegenüber Januar 1903 ist eine Vermehrung von 15 016 Personen oder 4 pro 10 000 zu verzeichnen. — Diese Zahlen sind auch ein Beweis für die große Arbeitslosigkeit, die zur Zeit in England herrscht. —

#### Amerika.

**Die Venezuela-Gläubiger rühren sich.** Die Vertreter Frankreichs, Spaniens und Belgiens behaupten Vowen, um über die Protokolle zur Regelung der Ansprüche dieser Mächte Rücksprache zu nehmen. Die Entwürfe sind bereits mit der Post an die beteiligten Regierungen abgegangen, aber es sind noch einzelne Bestimmungen vorhanden, über welche die Vertreter sich mit Vowen zu besprechen wünschen. Es wird erwartet, daß die Protokolle im zweiten Teil der Woche ihre Bestimmung erreichen. Unterdessen können endgültige Schritte für die gemeinsame Unterzeichnung der Protokolle nicht gethan werden. —

## Parlamentarisches.

### Budget-Kommission des Reichstags.

Ein guter Teil der Sitzung am Dienstag wurde noch durch die Debatte über die militärtechnische Hochschule in Anspruch genommen. Der Plan der Regierung, Unterstellung der neuen Anstalt unter militärische Leitung, wurde mit 14 Stimmen gegen 14 abgelehnt. Hierauf wurde eine Resolution des Abg. P a a s e angenommen, durch welche der Reichstagler erucht wird, mit der preussischen Unterrichts-Verwaltung in Unterhandlungen darüber einzutreten, wie, — event. unter finanzieller Beteiligung des Reichs — durch Erweiterung der Technischen Hochschule zu Charlottenburg den besonderen Anforderungen der Militärtechnik, speziell der Ballistik und des Waffentwessens, genügt werden könne. Außerdem wurde die 1. Rate für die Errichtung eines ballistischen Laboratoriums bewilligt. Hierauf wurden die übrigen fortdauernden Ausgaben unverändert angenommen. Bei der Forderung von 25 498 085 M. für die Beschaffung, Anfertigung und Erhaltung der Munition verlangte Abg. Frey Auskunft über das Verhalten der Militärverwaltung zu den hohen Preisen des Pulverertrags. Die Heeresverwaltung teilte mit, daß sie seit dem Jahre 1898 mit Erfolg befreit gewesen sei, die hohen Preise des Pulverertrags herunterzubringen. Sie habe die Konkurrenzfabriken so weit in ihrer Entwicklung gefördert, daß sie ein brauchbares Fabrikat liefern können. Dadurch sei es gelungen, den Pulverertrag zu zwingen, seine Preise bis zu 50 Proz. herabzusetzen. Bei der Forderung von 1 871 436 M. für Veruche im Bereiche des Artilleriewesens bringt Abg. Eichhoff die Stellung der Heeresverwaltung zur Ehrhardt'schen Geschützfabrik in Düsseldorf zur Sprache. Der Kriegsminister sucht in längeren Ausführungen nachzuweisen, daß die Vorwürfe, welche in der Presse bezüglich dieser Angelegenheit gegen die Heeresverwaltung erhoben worden, unbegründet seien.

Nächste Sitzung Mittwoch.

## Aus der Frauenbewegung.

### Arbeiterinnenleben, Sklavenleben!

In Schöneberg in der Bahnhofsstraße befindet sich eine große Fabrik, in der Glühstrümpfe hergestellt werden. 400—500 Mädchen und Frauen rühren hier die fleißigen Hände. Sie sind in der Wirterei, im Chateauraum, wo die Strümpfe mit Chemikalien präpariert und abgebrannt werden, wie in der Wirterei beschäftigt. In letzterer, die sich in der vierten Etage befindet, arbeiten, eng neben einander sitzend, etwa 100 Näherinnen. In der stöten Geschäftszeit, die gewöhnlich von Oktober bis Februar dauert, verdienen die Arbeiterinnen bei täglich 11stündiger Arbeitszeit 15—16 M. pro Woche. Häufen sich die Aufträge, so heißt es, Abendarbeit mitnehmen. Die Direktrice giebt dann jeder Arbeiterin 200—300 Stück Strümpfe mit der Weisung, sie am anderen Morgen fertig mitzubringen. Fürs Hundert werden 50 Pf. gezahlt, also ein schöner Abendverdienst. Den meisten der Arbeiterinnen wäre es zwar dienlicher und wohl auch lieber, abends spazieren zu gehen oder eine Versammlung zu besuchen; aber die einmal entseelte Arbeitswelt läßt sie freiwillig auf geistige und körperliche Erholung verzichten; sie sehen gern die Abendstunden daran, nachdem bereits der ganze Tag der Arbeit geopfert worden ist. Ebenfalls darf der Sonntag nicht ungenutzt vorübergehen. 400—600 Stück erscheinen der Direktrice als Sonntagsfeier für die Arbeiterinnen nicht zu viel. In der freien Zeit können die Arbeiterinnen, die dann verkürzte Arbeitszeit haben oder zum Teil entlassen werden, genug spazieren gehen.

**Mittagspause!** Um! Es wird gegessen und weiter gearbeitet. Wohin sollten die Arbeiterinnen auch, die zu weit wohnen, um in einjündiger Frist wieder in der Fabrik zu sein. Ein besonderer Speiseraum ist nicht vorhanden. Aber doch ist die Zubereitung für sorgfältig. Den Arbeiterinnen steht ein Schrank zur Verfügung, zur Aufbewahrung der mitgebrachten Nahrungsmittel, derselbe ist aber so schmutzig, und Schweben tummeln sich in Scharen darin umher, so daß der Ekel die Arbeiterinnen hindert, ihr Mitgebrachtes hinein zu legen. Auf den Arbeitstisch die Stullen zu legen, wird mit Geldstrafe geahndet.

Saal und Tische müssen wegen der Empfindlichkeit der Ware immer sauber gehalten sein. Obgleich dies im Geschäftsinteresse liegt, wird den Arbeiterinnen je 10 Pf. pro Woche dafür abgezogen.

Der Arbeitsraum ist ungenügend groß für 100 Personen, zumal nicht ordentlich ventiliert wird, daher ist die Luft oft zum Erstickten. Zum Ankleiden und Aufbegehren der Kleidungsstücke ist ein Winkel, der viel zu klein ist, abgetheilt.

Als Wassereinrichtung dient die Wasserleitung, die selten gereinigt und daher oft verstopft ist. Für sämtliche 100 Näherinnen giebt es wögenlich zwei Handtücher.

Der einzige meist unfaubere Abort ist selbstverständlich für 100 Arbeiterinnen völlig unzureichend. Welche Nachteile in gesundheitlicher Beziehung dies zur Folge hat, braucht nicht geschildert zu werden. Das zweite Klosett hält die Direktrice für sich verschlossen.

Sie müssen diese Arbeitsbiene tag über ihr Beck vertragen, denn sollte eine so verzogen sein, diese Stille durch irgend eine Mitteilung zu unterbrechen, so kann sie gewärtig sein, für diese Mißthat mit Strafe bis zu 50 Pf. belegt zu werden.

Bei Beginn der Arbeitszeit wird sehr auf Pünktlichkeit gehalten, denn verspätet sich eine Arbeiterin auch nur um 1 Minute, so kostet dies 10 Pf., dreimaliges Zuspätkommen in der Woche wird mit 80 Pf. gefühnt.

Ein ganz eigenartige Ausdrucksweise besitzt der Betriebsleiter, der „Der Doktor“, den Arbeiterinnen gegenüber. „Halten Sie die Presse“ und ähnliches soll man oft von ihm hören.

Al dies bezieht sich auf den Kassaal, läßt aber darauf schließen, daß in der Wirterei und dem Chateauraum (Präparieren und Abbrechen der Strümpfe) ähnliche Mißstände vorhanden sind. So erzeugt das Aufblühen beim Abbrechen der Strümpfe sehr bald Augenentzündung. Die Atmungsluft verdirbt sich durch diesen fortwährend wiederholten Brennpfrozess sehr schnell, ohne daß für genügende Zufuhr frischer Luft gesorgt wird, da auch in diesem Raume die Ventilation ungenügend funktioniert soll.

Nach dem Geschänderten nimmt es nicht wunder, daß Krankheiten wie Bleichsuch, Lungen- und Augenkrankheiten die häufige Folge sind.

Die Gewerbe-Jnspektion ist von diesen Zuständen unterrichtet worden, so daß auf Abstellung mancher Mißstände zu hoffen ist.

Vieles und Vieles könnte gebessert werden, wenn die Arbeiterinnen selbst nicht mehr alles Ungemach wie etwas Unabänderliches geduldig ertragen würden, sondern die Mittel ergreifen würden, die allein zum Heile führen: d. h. sich der gewerkschaftlichen Organisation anschließen, die den Geist des Widerstandes in ihnen weckt, sie lehrt, gemeinsam für die gemeinsame Sache einzutreten, und nicht nur in die Gewerkschaften, sondern auch hinein in die öffentlichen Versammlungen, damit Ihre politische Auffassung erlangt und aus einem Hemmschuh thätige Förderer der sozialistischen Bestrebungen werdet, die allein die Erlösung aus jeder Sklaverei bedeuten.

## Sociales.

Aus den Berichten der bayrischen Gewerbe-Jnspektion wird offiziös mitgeteilt:

Die Wirtschaftsverhältnisse haben im Berichtsjahre, von einigen Ausnahmen abgesehen, leider keine Besserung erfahren. Der Geschäftsgang gestaltete sich zwar in einzelnen Industriezweigen, so u. a. in einem Teile der oberfränkischen Granitstein- und Porzellanindustrie und in der unterfränkischen Kalkstein-Industrie, befriedigend, im großen ganzen aber blieb die Lage des Arbeitsmarktes ähnlich dem Vorjahre eine unerfreuliche, und im Zusammenhang damit war in zweiten Kreisen, namentlich in den auf die Bauhätigkeit angewiesenen Gewerben mangelnde Unternehmungslust bei den Arbeitgebern wahrzunehmen.

Da infolge der ungenügenden geschäftlichen Entwicklung teilweise länger dauernde und umfangreichere Betriebsunterbrechungen und Betriebsbeschränkungen stattfanden, so hat sich auch die Arbeitslosigkeit nicht gehoben. Des öfteren sind Arbeiterentlassungen eingetreten; in vielen Betrieben der Industrie und in geringen Maße auch des Handwerks sah man sich genötigt, abgehende Arbeiter nicht wieder zu erheben und so die Arbeiterzahl herabzumindern. Als weitere Folge ergab sich auch im Berichtsjahre eine erhebliche Zahl von Arbeitslosen, die allerdings mehreren Berichten (Niederbayern, Pfalz, Oberfranken und Mittelfranken) zufolge nicht größer war als im Vorjahre. Unter andrem machte sich hauptsächlich im Baugewerbe, der Metall- und Maschinenindustrie die Arbeitslosigkeit fühlbar.

Bei gelehrten Arbeitern waren Lohnausfälle u. a. namentlich für Bauhofsler, Bauhofsler und Spengler, ferner überhaupt in Maschinenfabriken und elektrotechnischen Betrieben bemerkbar. In Unterfranken trat ein Mangel an den Löhnen in der Hauptstadt nur bei Neueinstellungen von Arbeitern zu Tage. Lohnerhöhungen waren nur vereinzelt zu beobachten. Mehrmals fanden Verschlingen gegen die Vorschriften über die Lohnauszahlung statt, so unter andrem in der Steinindustrie und im Baugewerbe. Die Lohnauszahlungs-Vorschriften für Wanderarbeiter finden bei der Mehrzahl der Arbeitgeber wie Arbeitnehmer noch immer eine abfällige Beurteilung. Auch das Lohnprämienystem, wie es insbesondere in der Textilindustrie üblich ist, giebt bekanntlich zu manchen Klagen Anlaß; hierüber enthält der oberfränkische Bericht einige nähere Mitteilungen.

Die verschiedenen oben erwähnten Umstände haben nicht verfehlt, auf die Lebenshaltung der Arbeiterbevölkerung ungünstig einzuwirken. Nach der Mehrzahl der Berichte hat sich die wirtschaftliche Lage für weite Kreise der Arbeiterchaft verschlechtert. Zum Teil haben auch die Lebensmittelpreise eine Steigerung erfahren. Zweifellos wird der geringere Absatz, welchen u. a. eine Reihe von Bierbrauereien und andren Betrieben der Nahrungsmittel-Industrie im Berichtsjahre aufzuweisen haben, in erheblichem Maße auf den verminderten Konsum seitens der Arbeiterbevölkerung zurückzuführen sein. Der Verdesseichs-Verbrauch ist, soweit Mitteilungen vorliegen, gestiegen. (Oberbayern, Pfalz und Schwaben). Bei dieser Sachlage erscheint eine weitere Ausbreitung der Konsumvereine besonders wünschenswert.

Die Unterkunftsverhältnisse in Pflanzereien und Torfstößen führten aus gesundheitlichen und sittlichen Gründen wieder zu einer größeren Zahl von Veranstandungen (Oberbayern), namentlich läßt die Unterbringung der Wanderarbeiter in Pflanzereien immer noch sehr viel zu wünschen übrig (Unterfranken).

## Aus Industrie und Handel.

### Der „Fall Exner“.

Leipzig, den 24. Februar.

Der Vorsitzende verliest heute zunächst einen Brief Dr. Gensch's an Schmidt vom September 1899, wonach die Leipziger Bank den Prospekt zwecks Einführung junger Treberaktien bei der Berliner Börse nicht unterschreiben werde, um bei der Zulassungsstelle kein Wes fremden zu erregen, und in welchem Dr. Gensch Schmidt ersucht, nicht jeden in die Wäcker sehen zu lassen, damit das Leipziger Obligo nicht bekannt werde. Schmidt antwortete zustimmend und teilte mit, daß er bereits ein Geheimniß angelegt habe, da die Konkurrenz verstande, Angestellte zu bestechen.

Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt Exner, die Korrespondenz zwischen Dr. Gensch und Schmidt sei ihm bekannt. Es sei bereits vorhergehoben, daß er schon im September 1898 Bedenken begeh, ob es möglich sein würde, die Beziehungen zur Trebergesellschaft zu einem gedeihlichen Ende zu führen; er habe diese Bedenken Gensch und Sachsenöder mitgeteilt und vorgeschlagen, ein Berliner Bankhaus, am besten etwa Meißner, einzubeziehen. Sachsenöder habe dies unterlagert; er fand Exner zu pessimistisch und wünschte, daß dieser sich auf eine Urlaubsreise begeben und ausspanne. Nach seiner Rückkehr habe Exner von Gensch die Einrichtung eines Privatsekretariats erfahren, damit nicht jeder die Beziehungen zu der Trebergesellschaft inspiciere.

Der Sachverständige Blaut erklärt auf die Frage, ob Exner bei Anknüpfung der Kasselei Beziehung mit der nötigen Sorgfalt gehandelt habe; die Verbindung habe anfangs vielleicht gut ausgesehen; allerdings habe sich jetzt ergeben, daß bereits die Bilanz der Trebergesellschaft vom 31. März 1895 gefälscht war. Im November 1897 hätte jedoch die Leipziger Bank die wahre Sachlage durchschauen müssen, dieser hätte aber der Mut gefehlt, zu brechen. Der Sachverständige, Kommerzienrat Sieskind, stimmt dem Vorredner zu, das Obligo habe im November 1897 28 Millionen, das Aktienkapital der Bank 48 Millionen und die Reserven 18 Millionen betragen. Er glaube, bei einem damaligen Bruch wäre die Hälfte des Obligos zu retten gewesen, aber selbst bei einem Verluste der ganzen Summe würden die Gläubiger keinen Pfennig eingebüßt haben, die Aktionäre hätten sich zu einer Nachzahlung bereit gefunden und die Bank wäre somit saniert worden; dann wäre auch der Verlust der Aktionäre gering gewesen.

Exner bemerkt, der Aufsichtsrat und die Direktion der Leipziger Bank hätten 18 Befichtigungen der Treberwerke vorgenommen und eine Reihe Gutachten von Sachverständigen eingeholt. Ferner erklärt er, er habe die Absicht gehabt, den Prokuristen Wulpe zur Revision der Bücher nach Kassel zu schicken, diesen Plan auf den Widerspruch Schmid's hin jedoch aufgegeben.

Sachverständiger Blaut bemerkt, Schmidt habe guten Grund hierzu gehabt, da die Bücher der Trebergesellschaft und der Tochterwerke sämtlich gefälscht waren.



Darauf wird Profurist Withe vernommen, welcher bestritt, daß durch das Privatsekretariat eine Verschleimung bewirkt worden sei. Er habe stets dahin zu wirken gesucht, daß Schmidt erhöhte Sicherheit schaffe und nicht ohne vorherige Anzeige Wechsel auf die Leipziger Bank ziehe. Sachverständiger Plant erklärt, letzteres sei stets geschehen; es hätte nur verhindert werden können, wenn die Bank Wechsel hätte protestieren lassen; darauf wäre aber der Zusammenbruch der Leipziger Bank und der Treuegesellschaft erfolgt.

**Der englische Arbeitsmarkt im Jahre 1902.** Nach den vom Arbeitsamt das ganze Jahr hindurch geführten Erhebungen über den Stand des Arbeitsmarktes ist im Jahre 1902 die Arbeitslosigkeit eine weit geringere gewesen, als in den Jahren 1890 und 1900. Gegenüber dem Jahre 1901 war der Rückgang nur ein geringer. In einigen Industriezweigen, so z. B. im Kohlen- und Eisenbergbau und in den meisten Zweigen der Textilindustrie machte sich ein nicht unerheblicher Aufschwung bemerkbar; ein Rückgang dagegen war in der Maschinen-, Schiffbau-, Eisen- und Stahlindustrie und im Baugewerbe zu verzeichnen. Auch die Dock- und Hafenarbeiter fanden weniger Arbeitsgelegenheit. Aus den monatlichen Berichten der Trades-Unions geht hervor, daß von deren Mitgliedern im Jahresdurchschnitt 4,4 Proz. arbeitslos waren, während im Jahre 1901 nur 3,8 und im Jahre 1900 nur 2,9 Proz. Arbeitslose gemeldet wurden.

**Bank-Rechnungsablässe.** Der Bruttoertrag der Mitteldeutschen Kreditbank für das Jahr 1902 beträgt einschließlich 452 646 M. Vortrag aus dem Jahre 1901 5 060 353 M. gegen 5 086 292 M. im Jahre 1901. Nach Abzug der Unkosten und Steuern mit 1 553 777 M. (i. V. 1 506 489 M.) und der Abschreibungen im Betrage von 1 245 508 M. (i. V. 2 197 713 M.) verbleibt ein Reingewinn von 2 629 421 M. (i. V. 2 924 108 M.). Der auf den 10. März d. J. einberufenen General-Versammlung soll vorgeschlagen werden, eine Dividende von 5/100, (wie i. V.) zur Verteilung zu bringen, 30 000 M. der Pensionisten zu überweisen und auf neue Rechnung 473 064 M. (i. V. 452 646 M.) vorzutragen.

Der Aufsichtsrat der Deutschen Effekten- und Wechselbank in Frankfurt beschloß, der am 9. März stattfindenden General-Versammlung die Verteilung einer Dividende von 4 Proz. (gegen 1/100, im Vorjahre) vorzuschlagen. Der Reingewinn beträgt 1 347 093 M.; davon sollen u. a. dem Reservefonds 63 193 M. zugewiesen und 83 902 M. auf neue Rechnung vorgetragen werden. Der Reservefonds erreicht durch die Ueberweisung die Höhe von 2 398 230 M., d. i. rund 8 Proz. des Aktienkapitals.

Die Vereinsbank in Hamburg erzielte einen Reingewinn von 2 149 997 M. (i. V. 2 282 309 M.), der folgende Verwertung findet: 7/100, Dividende = 1 800 000 M. (i. V. 8 Proz. = 1 920 000 M.), Tantiemen 210 000 M. (i. V. 240 000 M.), Gewinn-Vortrag 139 997 M.

Die Norddeutsche Bank in Hamburg schließt mit einem Reingewinn von 4 539 390 M. ab (im Vorjahre 4 260 156 M.). Als Dividende gelangen 8/100, Proz. mit 3 400 000 M. gegen 8 Proz. mit 3 200 000 M. im Vorjahre zur Verteilung. Die Aktien sind bekanntlich sämtlich im Besitz der Diskonto-Gesellschaft.

## Verfammlungen.

### Der Reichstags-Wahlagitiation

diente eine von mehr als 1000 Personen besuchte Volksversammlung für den ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis, die am 23. Februar in der Tonhalle tagte. Reichstags-Abgeordneter Rosenkranz erörterte die Bedeutung der nächsten Reichstags-Wahlen, wobei er besonders die Frage behandelte, wie die Gegner Stimmen zu fangen beabsichtigten. Treffend kennzeichnete er die freisinnige Partei, deren Zerfall die Folge davon sei, daß sie stets verhalte, wenn freisinnliche Grundzüge zu vertreten waren. Redner nahm Bezug auf die letzte Verlängerung des Sozialistengesetzes, die Verhandlungen über das Militärgesetz von 1893 und die letzten Sozialist-Verhandlungen. Er glossierte das auf Stimmenfang beim Kleinbürgertum abzielende Verhalten des freisinnigen Abgeordneten Crüger, der dem gegen die Väterei-Berordnung während zu Felde ziehenden Partei unheimliche Konkurrenz mache, indem er das bisherige Kleinbürgertum, das wir endlich als Erfüllung eines vor einem Jahrzehnt gegebenen ministeriellen Versprechens bekommen haben, im Interesse der „armen kleinen Gastwirte“ heftig bekämpfe. Derselbe liberale Herr habe es ja als Genossenschaftler auf einem Genossenschaftstage fertig gebracht, gegen Genossenschaften, nämlich die Konsumvereine aufzutreten und zu sagen, daß auf keinen Fall die kleinen Gewerbetreibenden unter der Konkurrenz der Konsumgenossenschaften leiden dürften. — Das Centrum habe versucht, einerseits durch sein Eintreten für den Posttarif die Wauern zu lockern und andererseits die dadurch beunruhigten katholischen Arbeiter durch den Gedanken der Witwen- und Waisenversorgung zu beruhigen. Redner wies rechnerisch nach, daß die Witwen- und Waisenversorgung, wie sie sich nach den Entwürfen des Centrums schließlich gestaltet hat, von vornherein vor dem Bankrott stehe und zwar vor einem sehr faulen Bankrott. Im Durchschnitt würden danach auf jede Witwe pro Tag ca. 18 Pf., auf jede Waise pro Tag ca. 9 Pf. kommen, also etwa soviel, wie die von ihnen im Tage verbrauchten Lebensmittel durch die Wölfe verteuert würden. Trotzdem werde lustig damit Stimmenfang getrieben werden, habe doch schon jetzt ein Centrums-abgeordneter in einer Versammlung entgegen der Wahrheit behauptet, im Durchschnitt lämen auf den Haushalt einer Witwe mit vier Kindern jährlich 280 M. Das wirkliche Resultat sei die reinste Verhöhnung des Gedankens einer Witwen- und Waisenversorgung. (Lebhafte Zustimmung.) Nachdem Redner die gewaltmäßige Durchsetzung des Posttarifs kritisch gewürdigt hatte, wies er auf die sozialpolitischen Anregungen der Gegner, die es jetzt im Parlament regne. Das sei Stimmungs-mache für die Wahlen. Nun, und könne es recht sein, wenn die andern Parteien die Arbeiterfrage in den Vordergrund der Agitation rücken wollten, denn auf dieser Frage beruhe ja die Existenz der Socialdemokratie, die jede Form der Ausbeutung zerbrechen wolle. (Stürmischer Beifall.) — Genosse Gutmann erwähnte die Anwesenheit, im bevorstehenden Kampfe ihre Pflicht zu thun und sich vor allem dem Wahlverein anzuschließen. Darauf schloß er die Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Socialdemokratie, in das die Versammelten begeistert einstimmten.

### Die Berliner Gewerkschaftskommission

hielt am Montag eine Versammlung im Gewerkschaftshaus ab, in der zunächst über die vom Statistischen Amt der Stadt Berlin vorzunehmenden Erhebungen verhandelt wurde. Dr. Meinerich vom Statistischen Amt berichtete, daß vorerst Aufnahmen über Haushaltsbudgets und erst später die Erhebungen über einen in Berlin bestehenden Lohnsatz in den verschiedenen Gewerben vorgenommen werden sollen. Die im Jahre 1897 veranstalteten Aufnahmen über Haushaltsbudgets der Arbeiter sind bekanntlich mißglückt, hingegen sind die im Jahre 1901, wobei das Fragebogen-System angewandt wurde, schon von Erfolg gewesen, indem doch 142 im allgemeinen gut beantwortete Fragebogen eingegangen sind. Im Anschluß hieran sollen nunmehr die Erhebungen für das Jahr 1902 stattfinden und diesmal in der Weise, daß der Gewerkschaftskommission ein Posten von mehreren tausend Fragebogen zur Uebermittlung an die einzelnen Organisationen zur Verfügung gestellt wird und die Organisationsleitungen die Mitglieder zur Beantwortung der Fragebogen veranlassen. Es wird erwartet, daß auf diese Weise ein umfangreiches und wertvolles Material über die Haushaltsbudgets der Arbeiterklasse gesammelt wird. Der Zweck der Erhebungen ist, festzustellen, welche Bedürfnisse im Arbeiterhaushalt vorhanden sind, in welchem Umfang diese gedeckt werden können und wie es mit der Kaufkraft

des Arbeiters überhaupt bestellt ist. Nachdem der Referent noch die im Fragebogen enthaltenen Fragen, die sich namentlich auf die Wohnungsverhältnisse, Umfang der Haushaltung, Einkommen und Ausgaben beziehen, erläuterte, richtete er das Ersuchen an die Delegierten, dafür zu wirken, daß die Erhebungen in der angegebenen Weise von den Gewerkschaften vorgenommen werden. Zu der hierauf folgenden Diskussion verweist der Vorsitzende Brückner auf den sonderbaren Zustand, daß die Mitarbeiter der Gewerkschaften von den verschiedenen Behörden gewünscht wird, während von anderen Behörden, wie der Polizei, dieselben Organisationen in der schlimmsten Weise bekämpft und drangaliert werden. Legien führte aus, daß den Behörden bewiesen werden muß, daß ohne die Arbeiterorganisationen auf diesem Gebiete nicht erreicht werden kann und daß diese dann, wenn sich das feindselige Vorgehen der Behörden nicht ändert, ihre Mitarbeiter in Zukunft verweigern werden. Im übrigen empfiehlt der Redner diese Erhebungen vorzunehmen und er glaubt, daß es in diesem Falle möglich sein wird, die Beantwortung von etwa 3000 Fragebogen zu erzielen. Um eine feste Grundlage für die Beantwortung zu schaffen, sollten diejenigen, die zur Auslastung berufen sind, veranlaßt werden, für einen Zeitraum von 4 bis 6 Wochen genaue Aufzeichnungen über ihre Ausgaben zu machen. Die Ausfüllung der Fragebogen selbst soll möglichst unter der Kontrolle der Organisationsleitung bzw. den dazu Beauftragten vorgenommen werden, um Mißverständnisse und irtümliche Angaben zu vermeiden. In der weiteren Diskussion, an der sich u. a. Döblin, Fischendörfer, Körster und Silberschmidt beteiligten, sprachen sich alle Redner für die Vornahme der Erhebungen aus. Ueber die praktische Ausführung soll noch in besonderen Konferenzen mit den Gewerkschaftsleitern beraten werden.

Eine längere Debatte entspann sich sodann über die Versicherung der Gewerkschaftsbeamten. Schließlich wurde dem Antrag des Ausschusses, die beiden Beamten der Gewerkschaftskommission bei der Unterstützungs-Vereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung Angestellten zu versichern, zugestimmt und mit 49 gegen 20 Stimmen beschlossen, die 50 Proz. der Beiträge zu leisten.

Darauf gab Uthes vom Centralverband der Handels- und Arbeiter einen ausführlichen Bericht über den Verlauf der Lohnbewegung der Jungbierkutscher, aus dem zu entnehmen war, daß der zwischen der Organisation und dem Verein der Weich- und Malzbier-Brauereibesitzer vereinbarte Lohnvertrag von verschiedenen Unternehmern noch nicht anerkannt wird und die Aufseher gezwungen werden, aus der Organisation auszutreten. Im Anschluß an den Bericht gelangte eine Resolution zur Annahme, in der es heißt: Die Delegierten sichern den Jungbierkutschern die weitgehendste moralische Unterstützung dadurch zu, daß sie sich verpflichten, innerhalb ihrer Gewerkschaften dafür zu sorgen, daß nur von solchen Kutschern Bier entnommen wird, die sich durch eine Karte als Mitglieder des Centralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter legitimieren. — Diese Karte erhalten nur diejenigen Kutscher, welche für Brauereien fahren, die den Tarif bewilligt und unterschrieben haben.

Ueber den Streik in der Goldaderischen Großbäckerei berichtete Hägshold, der auch mitteilte, daß sich die Arbeiter an das Einigungsamt gewandt hätten, daß aber Herr Goldader jedwede Verhandlungen ablehnte, und zwar mit der Begründung, daß die Arbeiter durch die Arbeitseinstellung vertragsbrüchig geworden seien. Demgegenüber stehende die Thatsache, daß Goldader die vordem getroffenen Vereinbarungen überhaupt nicht innegehalten hat und er sogar vom Züningschiedsgericht verurteilt worden ist, dem gemahregeltem Vertrauensmann eine achtstägige Lohnentschädigung zu bezahlen. — Von diesem Redner und auch von Cohen, der über die Streiks in der Berliner Metallindustrie berichtete, wurde das Verhalten der Polizei den Streikenden gegenüber einer lebhaften Kritik unterzogen und angeführt, daß die Polizei oftmals auch die gesetzlichen Bestimmungen nicht beachtet, wenn es gilt, die Interessen der Unternehmer oder der „Arbeitswilligen“ zu schützen. Ein Redner kennzeichnete aus den gemachten Erfahrungen die Elemente, aus denen sich der Streikbrecher zumeist zusammensetzt.

Nachdem noch Dintel, Wasser und Becker in die aus 12 Personen bestehende Musiker-Kommission, welche auch die Aufgabe hat, etwaige Differenzen zwischen der Musiker- und anderen Organisationen zu regeln, gewählt waren, erfolgte der Schluß der Versammlung.

**Der Metallarbeiter-Verband** (Verwaltungsstelle Berlin) hielt am Sonntag in der Brauerei Friedrichshain seine ordentliche General-Versammlung ab. Cohen erläuterte kurz den gedruckt vorliegenden Jahresbericht. Aus demselben geht hervor, daß die Organisation am Orte trotz der anhaltenden Wirtschaftskrise einen fast ungeheuren Aufschwung genommen hat. Die Mitgliederzahl ist im Laufe des Jahres 1902 von 22 374 auf 30 664 angewachsen, hat also um 8200 zugenommen. Da der Anbruch zur Organisation auch in den Monaten Januar und Februar dieses Jahres ein bedeutender war, so ist begründete Aussicht vorhanden, in absehbarer Zeit alle organisationsfähigen Metallarbeiter dem Verbands zuzuführen. Streiks wurden im vergangenen Jahre 37 angefochten, davon waren nur der Klempner- und Rohrlegerstreik Angriffstreiks, alle übrigen dagegen Abwehrstreiks. Hier von endete der größte Teil mit mehr oder minder gutem Erfolg. Zahlreiche andre Differenzen konnten durch glückliche Verhandlungen mit den Arbeitgeberern erledigt werden. Ein Streikunterstützung wurde rund 1/10, Million Mark gezahlt. Die Arbeitslosigkeit war im 1. Quartal 1902 so groß wie noch in keinem Quartal zuvor. Es wurden durch Zahlung ermittelt in Berlin 9648 und in den Vororten 1501, zusammen 11 209 männliche und dazu 364 weibliche Arbeitslose. Verfügte Zeit arbeiteten 14 021 männliche und 586 weibliche Metallarbeiter, indem sie 6—25 Stunden pro Woche ausfüllten. Im 1. Quartal gelangen dem auch rund 52 000 M. an Arbeitslosen-Unterstützung zur Auszahlung. Mit dem 2. und 3. Quartal nahm dann die Arbeitslosigkeit erheblich ab, wogegen sich im 4. Quartal wieder eine Zunahme bemerkbar machte. Im ganzen genommen war die Arbeitslosigkeit im Jahre 1902 nicht völlig so groß wie im Jahre 1901, was auch aus den gegebenen Unterstützungsnummern hervorgeht. 1902 erhielten die Unterstützungs-berechtigten für insgesamt 71 882 Tage 89 551,72 M. Arbeitslosen-Unterstützung gegen 91 860,58 M. im Jahre 1901. Den höchsten Prozentsatz an Arbeitslosen stellen die Schlosser, ihnen folgen die Klempner, dann in weiterem Abstände Rohrleger, Dreher, Formner usw. Bei den beiden erstgenannten Kategorien resultiert die Arbeitslosigkeit zum guten Teil aus der in diesen Branchen üblichen unterhöhrten Beibringungsarbeit. Infolge des kolossalen Bruches, den die Metallindustrie durch ihren verhängnisvollen Arbeits-nachweis in der Gartenstraße auf die Arbeiter anübten, konnten durch den Verbandsnachweis im Gewerkschaftshaus auch nur 1890 Stellen vermittelt werden. Nimmt die Stärkung der Organisation aber nur annähernd so zu wie im Vorjahre, dann dürfte sich in absehbarer Zeit das Verhältnis bald gründlich zu Ungunsten der Kühnemannner verschieben. — Den Kassenericht gab Heyold. Die Jahres-Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse balancierten in der Summe vor 333 141,88 M., die Lokalkasse weist einen Bestand von 136 495,89 M. auf. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Rendanten Bericht erteilt. — Bei den erforderlichen Ergänzungswahlen zur Ortsverwaltung wurden wiedergewählt: Cohen als 1. Bevollmächtigter, Heine als 2. Kassierer, Scheffler als 3. Bevollmächtigter, K. Müller als Bibliothekar, Hennig als Bureaubeamter und Bernke als Revisor. — Inzwischen war ein Antrag eingelaufen, die Versammlung zu verlagern und zwar unter folgender Begründung: Es war nicht möglich gewesen, die Masse der Mitglieder, die sich an der Generalversammlung beteiligen wollten, auch nur annähernd in dem Saale unterzubringen. In dem Lokale waren ca. 3500 Personen anwesend, dann mußte es polizeilich abgesperrt werden. Etwa 2000 Personen aber standen draußen, die keinen Einlaß bekommen konnten. Da letztere sich nun nicht an der Beratung beteiligen

konnten, ferner in Berlin kein Saal vorhanden ist, der auch nur den fünften Teil der Mitglieder zu fassen vermöchte, die Mitwirkung sämtlicher Mitglieder an dem Zustandekommen bindender Generalversammlungs-Beschlüsse also von vornherein ausgeschlossen ist, so solle die Ortsverwaltung im Verein mit den Vertrauensmännern einen Modus finden, um in anderer Form den Wünschen der Mitglieder gerecht zu werden, damit gültige Beschlüsse zu stande kommen. Nach kurzer Debatte fand dieser Antrag einstimmige Annahme, die Weiterberatung der übrigen Verbands-Angelegenheiten wurde somit vertagt.

Die Berliner Filialen des Verbandes der städtischen Arbeiter hielten am Montag in den Armiahallen eine außerordentliche Versammlung ab, in welcher Schubert den Geschäftsbericht des vergangenen Jahres gab. Er konnte eine ganz bedeutende Zunahme an Mitgliedern sowie einen günstigen Mahnenabsatz konstatieren. Vier neue Filialen und zwar die der Parkarbeiter, Monteure der öffentlichen Beleuchtung, Freuwärter und Arbeiter der englischen Gasanstalten wurden im vergangenen Jahre neu gegründet. — Eine recht lebhafte Debatte zeitigte Punkt 2 der Tagesordnung: die neue Statuten-Vorlage zur bevorstehenden General-Versammlung. Schubert gab in eingehender Weise ein Bild der wichtigsten Neuerungen: der Beitragserhöhung um 6 Pf. pro Woche, Vergrößerung der Wochenzeitung, Einführung einer Sterbe-Unterstützung und Verschmelzung der 20 Berliner Filialen zu einer einzigen Filiale. Mit Recht machte der Referent geltend, daß fast alle Gewerkschaften die Zweckmäßigkeit von Unterstützungs-zweigen mehr und mehr einsehen und dazu übergehen, dieselben in ihrer Organisation einzuführen. Auch der Verband städtischer Arbeiter hat alle Ursache, diesem Beispiele zu folgen, denn nur durch eine nach innen gefestigte Organisation können bessere Erfolge errungen werden. Der Widerspruch, der sich gegen die Verschmelzung der Berliner Filialen richtete, sei ganz ungerechtfertigt. Dieses bisherige Verhältnis sei in der deutschen Gewerkschaftsbewegung einzig und auch bei uns durchaus unhaltbar. Ein einheitliches Vorgehen in Verwaltung und andern Fragen ist hier unmöglich. Jede Filiale betrachtet sich als autonome Körperschaft, sät sich nicht den allgemeinen Beschlüssen und macht den Verwaltungsapparat zu einem außerordentlich schwierigen. Statt sich als Brüder zu betrachten, steht man sich feindlich gegenüber: statt den Geist der Solidarität zu fördern, greift der kleinliche Krämergeist um sich. Besonders die kleinen Filialen leiden darunter: hier muß der Starke den Schwachen unterstützen. Nach lebhafter Geschäftsordnungs-Debatte wurde die Versammlung vertagt.

**Reinholders und Jungend.** In der letzten Mitglieder-Versammlung des Wahlvereins am 18. Februar, welche in dem Lokal Borussia, Provinzialstr. 70, tagte, sprach Genosse Kalks über „Kosaken in Preußen“. Redner wurde durch reichen Beifall belohnt. Ferner wurde beschlossen, die Kandidaten zu den nächsten Gewerbegerichtswahlen in den Diskutier-Abenden zu ernennen. — Der Antrag, zur Erhaltung der Schönholzer Heide 10 Mark aus der Kasse beizusteuern, wurde abgelehnt und folgende Resolution angenommen: Die heutige Wahlvereins-Versammlung erklärt sich mit der Erhaltung der Schönholzer Heide einverstanden, lehnt aber Geldausgaben dafür ab. — Die nächste Mitglieder-Versammlung findet am 18. März statt.

**Französisch-Buchholz.** Am 17. d. Mis. fand die regelmäßige Vereinsversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins in Köpenick Lokal statt. Genosse W. Sonntag-Bankow hielt einen Vortrag über „Unser Programm“. In der Diskussion teilte Genosse Pohl mit, daß der Bund der Landwirte auch hier eine Agitationsversammlung abgehalten, aber keine Erfolge erzielt hat.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Grubenunglück.

**Borbeck, 24. Februar.** (W. T. V.) Auf der Zeche „Helene-Amalie“ stieß ein Förderkorb auf; elf Bergleute wurden mehr oder minder schwer verletzt, ein Bergarbeiter kam ums Leben.

### Debatte über die englische Heeresreform.

**London, 24. Februar.** (W. T. V.) Unterhaus. Bei der Weiterberatung von Bedetts Amendment zur Adresse greift Churchill (konservativ) den Plan der Bildung neuer Armeecorps heftig an und sagt, ein Armeecorps sei ausreichend, um Wilde zu bekämpfen, aber die drei Armeecorps, welche in dem Plane für Operationen im Auslande vorgesehen seien, seien nicht genügend, um mit einer Nation in Europa zu kämpfen. Wenn England die Vorkherrschaft zur See habe, brauche es kein großes Heer, wenn es sie nicht mehr habe, dann brauche es mehr Schiffe. (Beifall.) Campbell Bannerman (lib.) führt aus, der Kriegsminister hätte den Plan nicht aufstellen sollen, bis die Erfahrungen des Südafrikanischen Krieges vollständig verarbeitet seien. Das Armeecorpsystem sei keine deutsche, sondern eine kontinentale Einrichtung. Englands Lage weiche von der der festländischen Mächte ab. Welchen Nutzen hätte das Armeecorps-system in Südafrika gehabt? Das System passe für England weder in Kriegs- noch in Friedenszeiten. Die Ausgaben der Nation für kriegerische Zwecke steigerten sich in unerträglicher Weise fast über die Mittel des Volkes. Die Regierung solle erst eine sorgfältige Untersuchung über die militärischen Erfordernisse des Landes anstellen und dann diese Erfordernisse erfüllen. Lord Stanley (l.) erklärt, Lord Robert habe den Plan, bevor an seine Durchführung gegangen wurde, sorgfältig geprüft und ihn vollständig gebilligt. Bezuglich des von mehreren Mitgliedern des Hauses gemachten Vergleiches zwischen dem englischen und dem deutschen Nachrichtenwesen weist Redner darauf hin, daß an der indischen Grenze ein Nachrichtenbureau am meisten notwendig sei. Es gebe in Indien ein gut organisiertes Nachrichten-Bureau, welches Nachrichten nach London übermittele. Den Verhandlungen des Hauses wohnte der deutsche und der russische Militärattaché bei.

### Die macedonische Reformnote.

**Wien, 24. Februar.** (W. T. V.) Die der türkischen Regierung von dem österreichisch-ungarischen und dem russischen Botschafter überreichte Note betreffend Reformen in den Vilajets Saloniki, Kariowa und Monastir befragt u. a.: Da durch die infolge der letzten Unruhen in den drei Vilajets vorgekommenen zahlreichen Verhaftungen die Gemüter dortselbst erregt wurden, wird die kaiserliche Regierung, um die Rückkehr zur normalen Situation zu beschleunigen, allen Personen, welche wegen politischer Delikte angeklagt oder verurteilt sind, sowie den ausgewanderten eine Amnestie gewähren.

### Drohende Erhebung der Albanesen.

**Belgrad, 24. Februar.** (W. T. V.) Nach Meldungen aus Ipel haben 3000 Albanesen im Dorfe Lufowj Protestversammlungen abgehalten, sind dann nach Ipel marschiert, wo sie den serbischen Kaufmann Popowitsch ermordeten, und vom Telegraphenamte unter der Drohung, alle Beamten ermorden zu wollen, die Abschendung einer Depesche an den Sultan erzwangen, in der sie im Falle der Einführung von Reformen mit einer allgemeinen Erhebung der Albanesen drohen.

**Wilhelmshaven, 24. Februar.** (W. T. V.) Korvettenkapitän Kaiser wurde vom Kriegsgericht wegen Ungehorsams gegen einen Dienstbefehl zu 3 Monaten Festungshaft verurteilt.

**Kam, 24. Februar.** (W. T. V.) In der Deputiertenkammer kam es heute gelegentlich einer Anfrage wegen Auflösung des Vereins „Unione Paratina“ in Para zu heftigen Auseinandersetzungen, so daß sich der Präsident genötigt sah, die Sitzung aufzuheben. Nach Uebernahme der Sitzung gab der Präsident seinem Bedauern über das Vorkommnis Ausdruck, worauf das Haus seine Beratungen ruhig fortsetzte.



Reichstag.

266. Sitzung, Dienstag, den 24. Februar 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Posadowsky. Die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt beim Kapitel Gesundheitsamt.

Abg. Dr. Baasche (nat.): Die Sperrmaßnahmen beim Ausbruch der Maul- und Klauenseuche machen vielfach der Landwirtschaft mehr Schaden als die Seuche selbst. In einer Gegend meines Wahlkreises sind die Viehmärkte schon seit fast dreiviertel Jahren gesperrt, obgleich die Seuche dort nur in ganz wenigen Dörfern vorhanden ist. Man sollte doch bei Anordnung der Sperrmaßnahmen möglichst den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragen. Hoffentlich wird dem Reichstage bald eine Vorlage zur Reform des Viehseuchen-Gesetzes gemacht. Redner wünscht im weiteren Anschluss darüber, ob sich die Ausbreitung der Viehbrand-Krankheiten unter den Tieren nicht verhindern lasse ohne Schädigung der Lederindustrie.

Abg. Dr. Siedelmann (Soz.):

Die vom Bundesrat getroffenen Maßnahmen zum Schutze der Arbeiter in Bäckereien und Fleischfabriken, Kaffee- und Speisekammererzien, Gerbereien etc. gegen Milzbrandinfektionen sind noch immer nicht genügend. Zwar haben die unablässigen Maßnahmen von unserer Seite und namentlich von Seiten meiner Vorgänger in der Vertretung der Stadt Kärnten dazu geführt, daß wir seit sieben Jahren einen besseren Schutz der Arbeiter gegen diese äußerst gefährliche Krankheit haben. Aber selbst die neueste Bundesrats-Verordnung vom 22. Oktober 1902, die am 1. Januar d. J. in Kraft getreten ist, ist noch keineswegs durchgreifend genug. Es handelt sich hier direkt um das Leben der Arbeiter. Ein Arbeiter, der mit Milzbrand infiziert ist, ist meistens rettungslos verloren. Menschenleben aber gehen unter allen Umständen der Industrie vor. Es ist zu bedauern, daß die Regierung sich auch in ihrer neuesten Verordnung nicht zu energischen Maßnahmen hat aufraffen können. Wir müssen verlangen, daß das gesamte inländische wie ausländische Material dem Desinfektionszwange unterworfen wird. Ferner ist keine Garantie dafür gegeben, daß noch nicht desinfiziertes Material an Arbeitnehmer abgegeben wird. Besonders zu beklagen ist, daß nicht ein einheitliches Desinfektionsmittel vorgeschrieben ist, und zwar die halbhandige Einwirkung stromenden Wasserdampfes bei einem Überdruck von mindestens 0,15 Atmosphären. Im Jahre 1901 sind wieder eine große Anzahl von Erkrankungen und Todesfällen an Milzbrand vorgekommen. Redner legt diese Fälle im einzelnen dar. Zweifellos wird die Bundesrats-Verordnung vielfach nicht genügend beachtet. Dafür bieten uns die Berichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten ein sehr reichliches Material, zum Beispiel aus Oberbayern, der Pfalz usw. Gewissenlose Händler bringen oft Felle von milzbrandigen Tieren in den Handel, wobei sie die Spuren der Krankheit durch Salz oder ähnliche Mittel zu verwischen suchen. Die jüngste Bundesrats-Verordnung läßt drei Methoden der Desinfektion zur Auswahl frei, von denen die eine, das mindestens zwei Stunden lange Kochen, durchaus keine Gewähr für die Tötung der Milzbrandsporen bietet. Dafür liegen Beweise aus Unternehmerrreisen selbst vor. Wir müssen im Interesse der Arbeiter verlangen, daß ihre Forderungen in einer neuen Bundesrats-Verordnung durchgeführt werden. Erst dann kann mit gutem Gewissen gesagt werden, daß alles gegeben ist, um die furchtbare Gefahr der Milzbrandkrankheit von den Arbeitern fernzuhalten. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Wehl (nat.): Wenn ich zum erstenmal als junger Abgeordneter die Tribüne betrete, so werden Sie vielleicht von mir erwarten, daß ich hier ein politisches Glaubensbekenntnis ablege. (Auf: Nein! nein! Heiterkeit.) Das will ich auch nicht. Denn hier soll ja nicht nach Parteien und Interessen, sondern nach des Volkes Wohl entschieden werden. Redner wünscht im Interesse der Gewerbeindustrie, daß die Bundesrats-Verordnungen über die Milzbrand-Gefahr erst nach sorgfältigen Erwägungen und nicht in einer Art Erlassen werden. Die ganze Lederindustrie vernichten kann. Die Gefahr der Milzbrand-Infektion im Gerbereibetriebe sei lange nicht so groß, wie der Vorredner behauptet habe. Es sei nicht erwiesen, daß die Abwässer der Gerbereien die Milzbrand-Bakterien verbreiten. Eine besondere Kontrolle der Wildhäute aus Südamerika bedürfe es nicht, da beim Schlachten der Tiere die sorgfältigste Kontrolle geübt werde. „Wildhäute“ sei allerdings ein dehnbarer Begriff. (Heiterkeit.) Bei Wildhäuten, die aus China und Südamerika stammen, sei die Gefahr größer. Redner geht auf weitere technische Details ein und meint, eine absolute Immunisierung des gesamten Materials in den Gerbereien werde sich schwer durchführen lassen.

Abg. Hoffmann-Hall (Südd. Wp.) schließt sich den Ausführungen des Abgeordneten Siedelmann an und wünscht weiter energischer Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche. Diese Seuche ist viel bösartiger geworden als früher. Am besten ist das sofortige Töten der Tiere, die von der Seuche befallen werden. Die großen Schlachthöfe, vor allem die Ausstellungen tragen viel zur Verbreitung dieser Seuche bei, die jetzt viel gefährlicher ist als der Milzbrand oder die Lungenseuche. Wenn die Tierbesitzer und Tierärzte nicht Hand in Hand gehen, kann die Seuchenbekämpfung nicht wirksam werden. Die Kosten der Maßregeln gegen die Seuche muß natürlich der Staat tragen und nicht der einzelne, der schon ohnehin durch die Seuche geschädigt ist, vor allem, wenn es sich um Eingriffe in sein Eigentum handelt.

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Die verbündeten Regierungen täuschen sich nicht darüber, welche Opfer durch die Sperrmaßnahmen den einzelnen Gemeinden und Besitzern auferlegt werden. Wenn Sie aber in der vom Reichsamte des Innern ausgegebenen Tabelle die Kurve über die Entwicklung der Maul- und Klauenseuche verfolgen, so werden Sie darin den besten Beweis sehen, wie segensreich für die Landwirtschaft im ganzen strengen Maßregeln in Bezug auf die Maul- und Klauenseuche wirken. Wir sind ja im Begriff, eine Novelle zum Viehseuchen-Gesetz auszuarbeiten, und die Frage wird dabei auf das erste Entworfen werden. Eine wesentliche Milderung dieser Maßregeln wird im Gesamtinteresse der deutschen Viehwirtschaft kaum möglich sein. Was weiter die Gefahr des Milzbrandes angeht, so ist in der Bekanntmachung des Reichs-Versicherungsamtes besonders empfohlen, Haare und Felle möglichst vollkommen sicher zu befeuchten, am besten durch Feuer. Es ist unzweifelhaft, daß jetzt noch Häute namentlich von kleinen Gerbereien in fließendem Wasser gereinigt werden, und daß damit die Gefahr der Verbreitung des Milzbrandes verbunden sein kann. Das Reichs-Gesundheitsamt beschäftigt sich jetzt eingehend mit der Frage, inwiefern solche Manipulationen zulässig sind, resp. inwiefern ihre Beschränkung eventuell eintreten muß, ob durch die Bundesrats-Verordnung oder eventuell durch ein Gesetz die Vermeidung von Ausläufen durch milzbrandige Felle zu befeuchten ist. Ueber den Verkehr mit Vorsten sind schärfere Vorschriften erlassen. Der Desinfektionszwang ist auf die ausländischen Gegenstände ausgedehnt. Die weitere Ausdehnung auf die inländischen Gegenstände ist bisher nicht erfolgt, weil noch kein Fall mit Sicherheit nachgewiesen ist, daß solche Haare den Grund zur Verbreitung der Ansteckung gegeben haben. Das Verlangen, alle Haare mit stromendem Dampf zu desinfizieren, würde zur Folge haben, daß viele kleine Gewerbetreibende ihren Betrieb aufgeben müßten. Das Verfahren mit stromendem Dampf und das Kochen der Haare sind an und für sich gleichwertig. Wir verfolgen diese Frage fortgesetzt, aber gerade hier ist ein schrittweises Vorgehen durchaus berechtigt.

Präs. Graf Ballestrem: Damit verlassen wir die Viehseuche und gehen zum Essig über. (Heiterkeit.)

Abg. Münch-Herber (nat.) fordert das Verbot des Verkaufes von konzentrierter Essigsäure. Diese Säure müsse nur in Apotheken als Gift verkauft werden dürfen. Die Essigsäure, ein tödlich wirkendes Blutgift, verursache viele Unglücks- und Todesfälle. Redner führt eine Anzahl von Fällen an, in denen durch Verpeisung von Essigsäure mit anderen Flüssigkeiten Todesfälle herbeigeführt oder mittels dieses Giftes Selbstmorde begangen worden sind. Vierzehn Todesfälle in einem Jahr sollten doch die Regierung zum Nachdenken veranlassen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Diese Frage unterliegt der Prüfung, eine Einigung ist aber noch nicht erfolgt.

Abg. Baumann (C.) begründet die von ihm eingebrachte Resolution über die Weinkontrolle. Die im Weingesetz vom 24. Mai 1901 vorgesehene Kontrolle hat noch nicht in der richtigen Weise eingesetzt. In der Stadt Berlin zum Beispiel wird noch heute die Wein- und Spirituosenherstellung in großem Maßstabe betrieben. In den Schauläden von Berlin werden für 35 und 40 Pfennig Marken wie Laubenhäuser, Mühlhäuser usw. ausgestellt, Marken, in denen auch nicht eine Spur wirtlichen Weines enthalten sein kann. In Bayern hat sich gegenüber solchen Verfälschungen die Nahrungsmittelkontrolle sehr gut bewährt. So lange eine solche strenge Kontrolle nicht für das ganze Reich durch besonders damit betraute Beamte durchgeführt wird, so lange wird das Weingesetz nur auf dem Papier stehen.

Abg. Fik (nat.): Um dem reinen Wein zum Siege zu verhelfen, muß ich Ihnen reinen Wein einschenken. (Heiterkeit.) Der deutsche Weinbau leidet heute unter den billigen Preisen im Weinproduktionsgebiet und teilweise unter der Unverlässlichkeit der Marken. Dagegen läßt sich ankämpfen durch Steigerung des Bedarfs, der durch und durch Einschränkung der überflüssigen Weinvermehrung, sowie durch Verbesserung der Qualität. Es müssen möglichst alkoholfreie Marken, d. h. Naturweine hergestellt werden. Eine schärfere Kellerkontrolle ist unbedingt notwendig. In der Pfalz haben wir dank den Beschlüssen unseres Provinziallandtages eine solche strenge Kontrolle. Leider hat die Reichsregierung durch die Ausföhrungsbestimmungen des Bundesrats die guten Einwirkungen des Weingesetzes wieder illusorisch gemacht. In einem Prozeß wurde festgestellt, daß ein Händler 100 Liter Wein mit 800 Liter Sauerwasser vermischt hatte. (Hört! hört!) Trotzdem wurde er freigesprochen! Allerdings, wenn selbst hier im Reichstag gegen das Weingesetz verstoßen wird, dann ist wahrlich nicht zu erwarten, daß es draußen im Lande besser ist!

Abg. Schäfer (C.): Die süddeutschen Winger besonders bedürfen dringend des Schutzes gegen die Schädlinge wie die Heblaus und gegen den unfaulenden Weinbrand. Das ganze Weingesetz ist wertlos, wenn die Kontrolle nicht scharf genug gehandhabt wird und das geschieht heute nicht. Herr Durm wandte sich am 4. Dezember 1902 gegen die Vorläufigkeit, daß in den staatlichen Krankenhäusern nur deutscher Rotwein verwendet werden dürfe. Wir begrüßen diesen Schutzes des deutschen Rotweins im Gegenteil mit Freuden. Am besten wäre ein Verbot des Verschnittweines. Ist dies nicht möglich, dann verlangen wir höhere Zölle für den ausländischen Rotwein. (Oho! bei den Sozialdemokraten.) Das verlangen wir nicht nur im Interesse der Produzenten, sondern auch der Konsumenten. Ebenso muß der Deklarationszwang im Interesse der Konsumenten eingeführt werden. Nicht vergessen darf werden, daß der reelle Weinbau und der reelle Weinhandel identisch sind. Eine Anzahl Weinhandlungen beziehen billigen ausländischen Wein aber unter falschen Marken. Gegen solche und ähnliche Manipulationen der Händler muß energisch vorgegangen werden. Die jetzigen Zustände sind ganz unhaltbar.

Abg. Deimhard (nat.): Das Weingesetz hat da, wo es ausgeführt ist, ganz gut gewirkt. Es ist nur notwendig, daß die Kontrolle liberal scharf gehandhabt wird. Die Kontrolle darf sich nicht auf den Fabrikanten beschränken, sie muß auch die Händler erreichen. Ich hoffe, daß die Regierung dieser Frage ihre volle Aufmerksamkeit schenken wird.

Abg. Dr. Stankewitz (nat.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Schäfer an.

Württembergischer Bundesrats-Bevollmächtigter Präsident v. Schider teilt mit, daß Württemberg für die Weinkontrolle in sieben Kontrollbezirke eingeteilt sei.

Kommissar für Fisch-Lothringen, Geheimrath Halley, giebt Auskunft über die Durchführung des Weingesetzes in Lothringen.

Abg. Dabach (C.) bezeichnet die Weinkontrolle ebenfalls als mangelhaft. Trotz des neuen Weingesetzes werde die Vermehrung des Weines durch Wasser immer noch massenhaft betrieben, so daß selbst sehr guter 1897er Wein absolut unverkäuflich sei. Wenn Deutschland nicht einmal Geld genug habe; um eine einheitliche Nahrungsmittel-Kontrolle durchzuführen, so verheere er nicht, wie man viel Geld ausgeben könne, um in menschenleeren Gegenden künstliche Eisenbahnen zu bauen. Alle diese Ausgaben müßten zurückgestellt werden bis nach Durchführung einer einheitlichen Kontrolle der Nahrungsmittel und Genussmittel.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Der Vorredner hat die Frage der ostafrikanischen Bahnen mit der Weinkontrolle verknüpft. (Heiterkeit.) Wenn unsere Kolonien auf Eisenbahnen so lange warten sollen, bis es in Deutschland gar keinen schlichten Wein mehr giebt, so werden sie recht lange warten müssen. (Heiterkeit.) Das neue Weingesetz hat aber gegenüber der Verfälschung von Weinen doch recht durchschlagend gewirkt. Das ist mir von hervorragenden Weininteressen bestätigt worden. Einheitliche Grundzüge über die Untersuchung des Weines existieren ja längst. Ich habe alle Bundesstaaten darauf hingewiesen, daß die Weinkontrolle mit der nötigen Schärfe geübt werden möge. Man kann den Konsumenten, die Verfälschungen in den großen Städten usw. befürchten, nur raten, ihren Wein da zu beziehen, wo eine strenge Kontrolle stattfindet, an der Quelle selbst. Auch ich habe sehr wenig Sympathie für den Wein, der in Kellern wächst und keine Reblaus zu befürchten hat. (Heiterkeit.)

Ein geordneter, sachverständiger Nahrungsmittel-Kontrolle kann von den allgemeinen Polizeiorganen gar nicht ausgeführt werden, weil sie nicht sachverständig sind und dazu keine Zeit haben, auch vielfach nicht die erforderliche Unabhängigkeit. Ich habe mich infolge der Resolution des Reichstages auf Einführung einer allgemeinen Nahrungsmittel-Kontrolle im Reiche zunächst an die preussischen Refforts gewandt, mit der Bitte, dieser Frage näherzutreten. Man erklärte sich bereit, diese Frage in kommissarischen Beratungen zu erörtern. Aber wiederum sind schon gegen diesen Vorschlag die ersten Bedenken von bestimmter Seite geltend gemacht worden. Daß Reichsbeamte angestellt werden oder daß das Reich die Kontrolle bezahlen soll, halte ich für ausgeschlossen. Die Ausführung eines etwa zu erlassenden Reichsgesetzes wird auf jeden Fall den Bundesstaaten zufallen. Die Herren sollten deshalb ihre Wünsche in den einzelnen Landtagen geltend machen, besonders auch im preussischen Landtag. Ich kann nichts machen, wenn ich nicht die Mehrheit der Regierung hinter mich habe. Wir brauchen — das erkenne ich nach wie vor an — für eine wirksame Nahrungsmittelkontrolle gleiche Grundzüge und technisch geschulte Beamte.

Abg. Dr. Crüger (fr. Wp.): Die Sünden auf dem Gebiete der Weinproduktion gehören zu den Unnehmungen. Der Konsum der kleinen Weinproduzenten liegt vor allem daran, daß wir verschiedene schlechte Weinjahre gehabt haben. Gegen die Witterungsverhältnisse können wir die Winger nicht schützen. Das Verlangen nach Erhöhung der Zölle steht direkt im Widerspruch mit dem Gesundheitsamt, das für den Konsumenten forgt. Durch die Zollhebung würde der Wein lediglich

verteuert, eine Sicherheit gegen Weinpanfcherer hätte sie nicht. Die Kontrolle muß in den verschiedenen Bundesstaaten und innerhalb derselben gleichmäßig sein. Insofern ziehen die Weinpanfcherer sich in die Gegenden zurück, wo die Kontrolle eine Lücke ist. Sehr gefreut habe ich mich über die Erklärung des Herrn Staatssekretärs, daß die Polizei zur Kontrolle nicht geeignet ist, weil sie nicht sachverständig ist und nicht die genügende Zeit hat. Wir werden jedenfalls keinem Räte folgen und die Frage der allgemeinen Nahrungsmittel-Kontrolle in den Landtagen zur Sprache bringen.

Abg. Lude (V. d. L.) tritt für schärfere Beobachtung des Weinhandels ein.

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. Dr. Falkenborn (C.) und Fik (nat.) schließt die Debatte über die Weinfahrt.

Die weitere Beratung des Etats wird hierauf vertagt auf Mittwoch 1 Uhr.

Abg. Dr. Baasche (nat.) bittet den Präsidenten, nach Abschluß der Beratung des Reichsamtes des Innern die Krankenkassen-Gesetz-Novelle auf die Tagesordnung zu setzen, damit dieselbe eventuell noch in dieser Session erledigt werden könne.

Präsident Graf Ballestrem: Das war meine Absicht. Je rascher diese zweite Beratung des vorliegenden Etats vor sich geht, desto eher wird die Krankenkassen-Novelle auf die Tagesordnung gesetzt werden können.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Wp.) wünscht, daß die noch nicht erledigten Berichte der Wahlprüfungs-Kommission, besonders soweit Ungültigkeit der Wahl beantragt sei, möglichst bald auf die Tagesordnung gesetzt werden möchten.

Präsident Graf Ballestrem: Ich halte es geradezu für meine Pflicht, solche Berichte möglichst rasch dem Hause vorzulegen. Ich gebe aber zu bedenken, daß bei der gegenwärtigen Befassung des Hauses es schwerlich zur völligen Verabschiedung solcher strittigen Sachen kommen würde.

Abg. Singer (Soz.) bittet, die Petitionsberichte auch berücksichtigen zu wollen. Es handelt sich zum Teil um vor Jahren eingereichte und in der Kommission längst erledigte Petitionen, die keine große Diskussion hervorrufen würden, mit deren Erledigung aber den Petenten sehr gedient wäre, da häufig den Petitionen Aktenmaterial beigegeben ist, das sie zurückerhalten wollen.

Präsident Graf Ballestrem: Ich stimme auch mit diesem Herrn Abgeordneten, der soeben gesprochen hat, überein. (Heiterkeit.) Ich habe schon die Disposition getroffen, daß künftig vor Beginn der eigentlichen Tagesordnung eine Reihe von Petitionen, die voraussichtlich zu keiner längeren Debatte führen, erledigt werden. Die übrigen Petitionen werden zurückstellen müssen, bis der Etat erledigt ist. Der Reichstag hat zunächst die Pflicht, den Etat zu erledigen (Sehr richtig!) und zwar vor dem 1. April. Es ist noch nicht dagesehen, daß der Reichstag dieser seiner Verpflichtung nicht nachgekommen wäre. Meine Pflicht ist es, Ihnen das ans Herz zu legen, wie Sie es machen, ist Ihre Sache. (Heiterkeit.)

Schluß 6<sup>1</sup> Uhr.

Abgeordnetenhaus.

29. Sitzung vom Dienstag, 24. Februar, 11 Uhr.

Am Ministertische: Budge.

Die zweite Beratung des Eisenbahn-Etats wird fortgesetzt.

Abg. Dirsh-Essen (nat.): Wir sind im allgemeinen mit den gestrigen Ausführungen des Herrn Ministers durchaus einverstanden. Eine Personentarif-Ermäßigung halten wir weder für notwendig noch für zweckmäßig. Was den Gütertarif anlangt, so müssen, um unsern Wettbewerb mit dem Ausland zu stärken, vor allem die Tarife für Rohprodukte speziell der Stoffen herabgesetzt werden.

Minister Budge:

Man spricht immer von Personentarif-Reformen und meint damit lediglich Ermäßigung der Personentarife. Ich habe bereits gestern erklärt, daß es sich für mich weniger handelt um eine Personentarif-Reform als um eine Personenerleichterungs-Reform, das heißt um eine Vereinfachung der Bestimmungen über Freigepräg, Zuschlagarten usw. In diesen Zwecken habe ich mich mit den Nachbarverwaltungen in Verbindung gesetzt. In eine Abkündigung der IV. Klasse ist aber nicht zu denken. Diese Klasse hat sich als ein sehr notwendiges Verkehrsmittel herausgestellt, in keinem Lande fährt der Arbeiter so billig wie bei uns. (Sehr richtig!)

Abg. Krieger (fr. Wp.):

Ich muß scharfen Widerspruch erheben gegen die Auffassung des Herrn Eisenbahnministers über das Koalitionsrecht der Eisenbahn-Arbeiter. Er verglich diese Arbeiter mit Soldaten. Das sind sie aber eben nicht, sondern Staatsbürger, die genau dieselben staatsbürgerlichen Rechte haben wie alle andern Staatsbürger. (Sehr richtig! links.) Dadurch, daß der Staat ihr Arbeitgeber ist, dürfen diese Arbeiter nicht degradieren werden zu Bürgern zweiter Klasse, im Gegenteil hat der Staat die Pflicht, im Verhältnis zu seinen Arbeitern allen Privat-Unternehmern mit gutem Beispiel voranzugehen. (Sehr richtig! links.) Der Herr Minister sprach manchmal von der Sozialdemokratie und dann wieder vom Umsturz. Was sind denn Umsturzbestrebungen? Das Gesetz lenkt diesen Begriff nicht, wer soll also darüber entscheiden, ob Umsturzbestrebungen vorliegen oder nicht? Für den Herrn Minister scheint Umsturz und Sozialdemokratie dasselbe zu sein. Alle Arbeiter sagte er, die Vereinen beitreten, welche mit der Sozialdemokratie in Fühlung stehen, würden entlassen, er wolle Herr in seine Hand. Ueber der Herrschaft des Ministers steht aber doch die Herrschaft des Gesetzes. (Sehr richtig! links.) Nach den Worten des Herrn Ministers muß ich annehmen, daß ein Verbot besteht für seine Arbeiter, sich solchen Vereinen anzuschließen, und ein solches Verbot würde sich direkt gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter richten. (Sehr richtig! links.) Nicht die Streikgefahr, sondern die allgemeine Sozialistenfurcht scheinen mir für die Aufkündigung des Herrn Ministers maßgebend zu sein. Zuckerbrot und Reife, das war das Rezept des Ministers, bis jetzt aber hat dies Rezept zur Bekämpfung der Sozialdemokratie noch nicht seinen Zweck erreicht. (Lebhaftes Bravo! links.)

Minister Budge:

Ich protestiere auf das lebhafteste dagegen, daß ich die Koalitionsfreiheit meiner Arbeiter irgendwie angefaßt habe oder antasten werde, oder daß ich irgend ein Gesetz verlege. Das sieht auch gar nicht in Frage. Vielmehr steht in Frage: wer will die Macht haben, den Eisenbahnbetrieb zu führen oder stillsetzen zu lassen? Das Wahlrecht meiner Arbeiter werde ich nie angreifen. Sie können wählen, wen sie wollen, auch sozialdemokratisch, da habe ich gar nichts dagegen. Der Herr Vorredner würde nicht so gesprochen haben, wenn er die Situation genau kannte. Die Sozialdemokratie ist in der That die Umsturzpartei, sie beschäftigt sich thätig mit dem Betrieb des Eisenbahnbetriebes zu untergraben. Die ganze Verfügung, die ich gestern mitgeteilt habe, richtet sich gegen den Hamburger Verband. In dessen Organ, der „Bedruf“ heißt es: „Die Lage der Eisenbahnarbeiter wird um kein Zola besser werden dadurch, daß ein General-Minister wurde, so lange der Arbeiter nicht die ökonomische Macht in Händen hat. Dieselbe Macht, die in andern Händen konzentriert, ist selbst in Preußen liegt.“ Da ist doch also ausgesprochen, daß es sich um eine Wahlfrage handelt. Weiter heißt es: „Wir wollen nur Männer haben, die gewillt sind, in den Kampf einzutreten; jeder Kampf fordert Opfer.“ Verlangen Sie, daß ich keine Energie zeige, wenn die Leute sagen, sie wollen gegen mich kämpfen! Weiter schreibt der „Bedruf“: „Die Sozialdemokratie sei die einzige Partei, die für



Die Arbeiter eintritt zu, und alle andern Parteien, also auch Sie, meine Herren von der Linken, trieben nur ein heuchlerisches Spiel mit den Arbeitern." (Hört! hört!) Ich kann nichts Besseres thun, als wenn ich meinen Betrieb vor derartigen Strömungen schütze. (Lebhafte Beifall.) Wie die mir unterstellten Beamten denken, dafür nur ein Beispiel. Der „Werkruf“ behauptete, daß zahlreiche Lokomotivführer dem Verbande angehörten. Dem gegenüber schreibt das Organ der Lokomotivführer, die „Deutsche Eisenbahn-Zeitung“: „Diese Behauptung ist eine unverschämte und dreiste Verleumdung. Gerade das Lokomotivpersonal hat dem Verband so oft sein Verbleiben erklärt, daß es eigentlich Wunder nehmen muß, wie er so abgelehrt sein kann, immer wieder an die Lokomotivführer heranzugehen.“

Ich befreite, daß bei den Eisenbahnvereinen irgend welcher Provan geübt wird. Wenn aber Hunderte von Ergebnissen vorliegen, so zeigt mir das, daß sich 83 000 loyale Männer zusammenschließen haben. Ich erkläre nochmals, es kann jeder wählen, wen er will, aber dem Hamburger Verband darf er nicht beitreten. (Bravo! rechts.) Ich kann auf ein Nachbarland verweisen. Dort sieht man, wohin man kommt, wenn man sich die Augen verbindet, nichts sehen will und alles gehen läßt, wie es geht. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Dr. Gies (natl.): Wir müssen dem Minister dankbar sein, daß er gewillt ist, so energig Ordnung und Disziplin aufrecht zu erhalten. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. Dr. Sattler (natl.): Es gehört die lebhafteste Phantasie des Dr. Krieger dazu, aus den Erklärungen des Ministers eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit zu erblicken. Der Minister hat das Recht, Agitatoren von seiner Verwaltung fern zu halten.

Abg. Kirck (C.): Bei der Tarifreform muß man vorsichtig sein. Einverstanden bin ich damit, daß die IV. Wagenklasse nicht aufgehoben werden soll, dagegen eine Gepäcksreform statthaben soll. Dem Publikum muß die Gepäcksaufgabe bequemer gemacht werden. Der Minister solle die Beamtenegehälter möglichst aufbessern, das ist das beste Mittel gegen den Inflation. Der Minister hat die Koalitionsfreiheit und das Wahlrecht der Beamten und Arbeiter nicht angetastet. Er hat recht, wenn er die Disziplin aufrecht erhält. (Beifall im Centrum.)

Abg. Graf Braßman (C.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Kirck in Bezug auf die Herabsetzung der Personentaxen an. Eine solche Herabsetzung ist ein sehr gefährliches Experiment. Auch eine gleichmäßige Herabsetzung der Gütertarife halten wir für bedenklich. In der heimischen Industrie wird vielmehr genügt, wenn wir, wie beim Zolltarif für die meisten Positionen eine möglichst große Beweglichkeit vorsehen ist, auch für die Gütertarife der Regierung möglichst viel Freiheit lassen.

Abg. Malfewitz (L.): Wie können dem Minister für seine heutigen Worte auf die Rede des Abg. Krieger nur nochmals meinen warmen Dank aussprechen. Ich wünsche, daß diese Worte recht weit ins Land hineindringen möchten. Ein Minister, der nicht alles daran setzt, um die Sozialdemokratie von seinem Ressort fernzuhalten, verdient nicht weiter auf seinem Platze zu bleiben. (Bravo! rechts.)

Der Minister hat durchaus recht, wenn er Herr im Hause sein will. Wohin würden wir denn sonst kommen? Die Vorgänge in Holland sollen ein warnendes Beispiel sein. Tausende von Arbeitern würden brotlos werden, wenn die Angehörten der Eisenbahn in den Ausstand treten würden. Hier muß mit Entschiedenheit vorgegangen werden. Wenn das Hebel sich erst einmal eingefressen hat, ist es zu spät. (Bravo! im Centrum.)

Abg. Dr. Barth (fr. Sp.): Ich möchte aus der gestrigen Rede des Ministers einen Punkt hervorheben, der von grundsätzlicher Bedeutung ist; ich meine die Frage, ob das Koalitionsrecht auch für die Eisenbahn-Arbeiter gilt. Der Minister hat hier erklärt, daß er nicht daran dachte, die Koalitionsfreiheit der Angestellten seiner Verwaltung anzutasten. Ich habe diesen Grundsatze mit großer Befriedigung gehört, wurde allerdings enttäuscht durch die folgenden Erklärungen des Ministers, die nicht im vollen Einklang mit diesem Grundsatze standen. Der Minister hat weiter erklärt, daß er nicht im entferntesten beabsichtigte, etwa die Eisenbahnarbeiter in ihrer politischen Gesinnung in irgend einer Weise zu beschränken. Nun kommt die praktische Seite der Frage. Wie weit soll das im § 152 der Gewerbe-Ordnung allen Arbeiter gewährleistete Koalitionsrecht, das wichtigste Recht, das die Arbeiter überhaupt besitzen, auch für die in dem großen Eisenbahnbetriebe beschäftigten Arbeiter erlaubt sein? Grundsätzlich gilt das Koalitionsrecht auch für die Eisenbahnarbeiter. Der Minister läßt diesen Grundsatze aber nur mit Ausnahme gelten. Er hat erklärt, daß die Eisenbahnarbeiter dem Eisenbahnarbeiter-Verbande, dessen Organ der „Werkruf“ ist und der seinen Sitz in Hamburg hat, nicht angehören dürfen. Dieser Verband wird seitens der Eisenbahnverwaltung vollständig perhorresziert. Seinen Standpunkt begründet der Minister damit, daß dieser Verband unter sozialdemokratischer Leitung stände und der Eisenbahnverwaltung ausdrücklich den Krieg erklärt habe.

Der Minister hat uns Verherrungen aus dem „Werkruf“ vorgelesen, die alles mehr sind als schon. Aber ich glaube, der Minister thäte gut, gegenüber Verherrungen nicht allzu nervös zu sein. (Sehr richtig! links.) In der Arbeiterpresse werden ja häufig trasse Ausdrücke gebraucht. Aber die man sich sehr selten befriedigend ausdrücken kann. Das sind aber Dinge von ganz untergeordneter Bedeutung gegenüber der Frage: Haben die Eisenbahnarbeiter ein Koalitionsrecht oder nicht. (Zustimmung links.) Der Minister sagt, er wäre von dem äußersten Wohlwollen für seine Arbeiter befeelt. Ich glaube ihm das. Heute kommt es aber weniger darauf an, daß eine staatliche Verwaltung ihren Arbeitern Wohlwollen angeben läßt, als darauf, daß sie die höchste Gerechtigkeit walten läßt. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Arbeiter wollen kein patriarchalisches Wohlwollen, sondern sie wollen Rechte. (Lebhafte Bravo! links.) Großer Lärm links.) Wenn die Arbeiter zwischen Wohlwollen und Rechten zu wählen haben, so nehmen sie die Rechte. Die industriellen Arbeiter, und das sind die Eisenbahnarbeiter, nehmen die Rechte, die andern Betrieben verziehen werden sind, mit vollem Rechte auch für sich in Anspruch. (Sehr richtig! links.) So wird die Frage: „Haben die Eisenbahn-Arbeiter ein Koalitionsrecht oder nicht?“ zu einer wichtigen Frage von sozialpolitischer Bedeutung. Nun liegt die Sache so, daß von einem Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter nicht die Rede sein kann. (Sehr richtig! links.) Widerspruch rechts.) Der Minister erklärte, er habe nichts dagegen, wenn sich die Arbeiter zu Vereinen zusammenschließen. Aber doch nur zu Vereinen, die von der Verwaltung approbiert sind. (Sehr gut! links.) Unruhe rechts.) Wenn einem Arbeiter eine solche Frage gestellt wird, dann kann er sehr richtig sagen, daß er überhaupt kein Koalitionsrecht hat. (Zustimmung links.) Darin liegt ja gerade das Wesentliche des Koalitionsrechtes, daß der Arbeiter wählen kann, welcher Organisation er beitreten will. (Sehr gut! links.) um seine vernünftigen Interessen zu vertreten. Ich wünsche, daß die Eisenbahn-Verwaltung diese Frage einmal losgelöst von dem politischen Vorurteil gegen die Sozialdemokratie betrachten möge. Die Eisenbahn-Verwaltung hat ein Interesse daran, einen Stamm von Arbeitern zu haben, die innerlich zufrieden sind. (Nur rechts: Sozialdemokratie!) Lösen auch Sie (nach rechts) sich einmal auf eine Viertelstunde von Ihrem Vorurteil los. Die Sozialdemokratie ist doch einmal vorhanden und sie können sie nicht aus der Welt schaffen. Unter den 365 000 im Eisenbahndienste beschäftigten Personen sind Zehntausende, die sich zur Sozialdemokratie rechnen. (Lebhafte Widerspruch rechts.) Zustimmung links.) Sehen Sie (nach rechts) sich doch einmal bei den Reichstagswahlen die Resultate der Wahlen an. Der Minister sagte, ohne eine strenge Disziplin würden wir den allschlimmsten Zeiten entgegengehen.

Hier kommt das alte Vorurteil gegen die Arbeiterorganisationen deutlich zum Vorschein. Ein organisierter Arbeiter ist viel ordnungsliebender als ein unorganisierter, denn Organisation ist Ordnung. (Nach rechts.) Sehr wahr! links.) Ich möchte den Minister noch fragen, weshalb er den Eisenbahn-Arbeitern die Zugehörigkeit zu einigen Genossenschaften verboten hat. (Hört! hört! links.) nämlich zu den Genossenschaften, die unter sozialdemokratischer Leitung stehen sollen. Nach unserm Genossenschaftsgesetz sind bekanntlich politische Bestrebungen grundsätzlich ausgeschlossen. (Nach rechts.) Es handelt sich also um rein wirtschaftliche Organisationen. Kann es denn eigentlich etwas Wünschenswerteres für die Eisenbahnverwaltung geben, als daß die Arbeiter ihre Lage durch wirtschaftliche, nicht politische Maßnahmen verbessern wollen? Verbietet man ihnen das, so degradiert man sie zu Arbeitern zweiter Klasse, man erregt in ihnen das Gefühl der Unzufriedenheit. (Sehr wahr! links.) Ich möchte den Minister bitten, mit dieser Feindschaft zu brechen. (Lebhafte Beifall links.)

Minister Budge: Das Hand wird mit mir einverstanden sein, wenn ich auf die vom Abg. Dr. Barth zum Fenster hinaus gehaltene Wahrheit nicht eingehe. (Bravo! rechts, lebhaftes Oh! links.) Es war doch nichts anderes als eine Wahrheit. (Oh! links.) Da Herr Barth aber eine bestimmte Frage an mich gerichtet hat über theoretische Erwägungen, die bei mir noch nicht praktisch geworden sind, so will ich antworten, daß ich von Fall zu Fall entscheiden werde. Die Disziplin muß aufrecht erhalten werden, das reisende Publikum vor Unfällen geschützt und die Betriebssicherheit aufrecht erhalten werden. Deshalb werde ich immer die Reine des Unfriedens in der Verwaltung erfordern. Einen Erfolg haben übrigens diese Debatten von gestern und heute. Meine 365 000 Arbeiter wissen nun, wie ich über treue Eisenbahner und wie ich über untreue denke. (Bravo! bei der Mehrheit.)

Abg. Brömel (fr. Sp.): Die Worte des Ministers, mein Freund Barth habe hier nur eine Wahrheit gehalten, muß ich zurückweisen. Die Frage der Koalitionsfreiheit hat der Minister in seiner Programmrede oder Nicht-Programmrede angeknüpft und wir können doch nicht auf die Erörterung dieser Frage verzichten, weil zufällig Wahlen vor der Thür stehen. Nach den Ausführungen des Ministers blieb und ja vorläufig nichts anderes übrig, als die praktische Entwicklung abzuwarten. Selbstverständlich wollen auch wir Ordnung und Disziplin im Eisenbahnbetriebe, wie in jedem wirtschaftlichen Betriebe überhaupt. Aber die Ordnung und Disziplin muß unter Wahrung der den Arbeitern gesetzlich gewährleisteten staatsbürgerlichen Rechte aufrecht erhalten werden.

Mit den sonstigen Maßnahmen des Ministers kann man im großen und ganzen einverstanden sein. Wir wünschen aber dringend eine Tarifreform, namentlich eine Personentarif-Reform, bei der der Grundsatze, jeden mit gleichem Maße zu messen, zur Geltung gelangt. Billige Tarife sind für unser Wirtschaftsleben besser als der schunhöllernische und agrarische Zolltarif. Unser Gepäcksatz ist völlig rückständig. Eine 100 Kilo schwere Person wird in der 2. Klasse billiger befördert als ein 100 Kilo schweres Gepäckstück. (Weiter.) Nebenher besagt schließlich die Aufhebung vieler Sonderzüge, die gerade den Unbemittelten zu gute kommen und wünscht billige Vororttarife schon um Interesse der Lösung der Wohnungsfrage. (Beifall links.)

Minister Budge: Der Vorredner hat eine Anzahl Gesichtspunkte vorgebracht, die gewiß der Beherzigung wert sind. Ich erkläre, daß ich einer Reform der Personentaxen nicht abgeneigt bin. In der kurzen Zeit meiner Amtsführung war es mir aber nicht möglich, mich in das Studium dieser Frage zu vertiefen. Ich verspreche aber, daß ich der Frage näher treten werde. (Beifall.)

Präsident v. Kröcher schlägt nunmehr Vertagung der Sitzung und die Weiterberatung des Eisenbahn-Etats in der morgigen Sitzung vor.

Abg. v. Gynern (natl.) fragt an, wann die Trierer Interpellation auf die Tagesordnung komme. Präsident v. Kröcher: Um dem Drängen der Herren nachzugeben, bin ich bereit die Vertagung der Interpellation morgen auf die Tagesordnung zu setzen. Sie können dann aus dem Munde des Staatssekretärs selbst hören, ob und wann er die Interpellation beantworten will. Es bleibt also beim Vorschlag des Präsidenten. Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß 4 1/2 Uhr.

## Partei-Nachrichten.

**Konservativer Verleumder.**  
Die konservativ „Leipziger Zeitung“, Amtsblatt der königlich sächsischen Regierung, beschuldigt die in Krankenkassen-Verwaltungen sitzenden Parteigenossen einer Handlung, die durch § 206 des Strafgesetzbuchs mit Todesstrafe bedroht ist und thut das mit dem Bewußtsein, daß nicht die Spur einer Thatsache bekannt ist, die ihre Behauptungen rechtfertigt. Das Blatt behauptet, daß die Sozialdemokratie bestrebt sei, aus den Orts-Krankenkassen materielle Vorteile für ihre Partei-Lasse herauszuschlagen.

Das könnte nur geschehen, indem die Kassenbeamten — und selbstverständlich nur die sozialdemokratischen — bewußt zum Nachteil der von ihnen verwalteten Krankenkassen deren Gelder der sozialdemokratischen Partei-Lasse zuführten.

Es ist bekannt, daß die preussische Regierung im Sommer 1900, zur selben Zeit, als der Regierungsrat Hoffmann seine „Privatansichten“ über die Reform der Krankenversicherung veröffentlichte, bei allen Behörden eine vertrauliche Umfrage über die Kassenreform veranstaltete, in der auch die Frage enthalten war, ob bekannt geworden sei, daß Kassen-Gelder zu sozialdemokratischen Zwecken verwandt worden sind. Diese „Privatansicht“ der preussischen Regierung hat nun nicht die geringste Unterstützung durch thatsächliches Material gefunden; die Umfrage ist selbstverständlich in diesem Punkte vollständig ergebnislos gewesen und deshalb ist auch in der Begründung der Novelle zum Krankenversicherungs-Gesetz kein Wort darüber enthalten. Wohl schlägt die Novelle im Hoffmannschen Sinne neue Bestimmungen vor, die das Eingriffsrecht der Behörden in die Kassenverwaltung ganz unzulässig erweitern wollen, doch die Begründung begnügt sich mit einer allgemeinen Medensart über die Notwendigkeit des Schutzes gegen Veruntreuungen. Dieser Schutz ist jetzt schon ausreichend vorhanden; bei Krankenkassen kommen sicher viel weniger Veruntreuungen vor, wie bei Staatsbehörden, z. B. der Post. Wenn die Regierung nur einen einzigen Fall erfahren hätte, der die Möglichkeit der Deutung zuließe, daß in der That die sozialdemokratische Partei-Lasse aus Mitteln der Krankenkassen Vorteile gehabt habe, sie hätte gewiß nicht geögert, ihn zur Begründung des erweiterten Eingriffsrechtes der Behörden in die Kassenverwaltung zu benutzen. Der guten Willen dazu hat sie durch ihre Umfrage bewiesen.

Dennoch scheint sich ein aus öffentlichen Mitteln erhaltenes Blatt amtlichen Charakters nicht, das, was die preussische Regierung schamhaft wenigstens in die Form einer vertraulichen Umfrage bei den Polizeibehörden kleidet, öffentlich zu behaupten und zwar jetzt, wo auch ihm bekannt sein muß, daß der ganze Apparat der preussischen Polizeibehörden keinen Beweis herbeizuschaffen vermochte. Und das beschränkt sich täglich über Mißbrauch der Pressefreiheit und rohen Ton in der Presse. Und das zetzt, wenn einmal ein sozialdemokratischer Medakteur bei der Kritik öffentlicher Mißstände einer falschen Information zum Opfer fällt.

**Polizeiliches, Gerichtliches usw.**  
Zu 14 Tagen Gefängnis wurde in Danzig der Parteigenosse Gahn verurteilt. Er soll in Beziehung auf dortige Polizeibeamte

gesprächsweise behauptet haben, daß sie „das Blaue vom Himmel herunter schwürten“. Die Neuerung soll gemacht worden sein gegenüber einem Manne, mit dem er jahrelang freundschaftlich verkehrt hat. Die beiden sprachen über einen Prozeß, der gegen Hahn wegen angeblicher Bedrohung des Polizeikommissars Sachse angestrengt war und dabei soll Hahn, der seine Schuld bestritt, in Beziehung auf die als Zeugen geladenen Polizeibeamten die inkriminierte Neuerung geübt haben. Der „gute Freund“ hatte nichts Eiligeres zu thun, wie die Sache der Polizei anzuzeigen und obwohl Hahn entschieden die Richtigkeit der Angaben des Denunzianten bestritt und dieser der einzige Zeuge war, wurde er doch schon vom Schöffengericht und jetzt auch vom Berufungsgericht zu der genannten Strafe verurteilt.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß-Verlag) ist soeben das 21. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ultramontaner Sozialismus. — Startelfragen. Von Heinrich Cunow. 2. Serie und Artikel. — Der Rassenkrieg der Eisenbahner in Holland. Von Hermann Gorter (Zusatz). — Eine Urgeschichte Amerikas. Von Maximilian Bach (London). — Deutsches Volk als Kolonial. Von Dr. Th. Meier. (Schluß). — Literarische Rundschau: Der Kampf gegen die Wohnungsnot. Vorträge. Von Dr. J. J. Bier, II. Divorzio. Von Robert Nischel.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von 25 Pf. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspresse sind die Postämtern in die „Neue Zeit“ unter Nr. 5775 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Problemnummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß-Verlag), ist uns soeben die Nr. 5 des 13. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Auktual der Vertrauensperson. — Unrecht über Unrecht. — Rückblick auf die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung in Italien. Anna Maria Rozzoni, Anna Kautskoff. Die ersten größeren Lohnbewegungen der italienischen Arbeiterinnen. Von Dr. Robert Nischel. — Bericht der Berliner Befreiungskommission für Arbeiterinnen. Von K. W. — Aus der Bewegung. — Familien: Der Garten. Von Albert Gumbmann. — Soziale Erziehung. — Weibliche Jubiläumspostkarten. — Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf. durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1903 unter Nr. 3159) beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf.

Die Jahrszahlnummer des „Wahren Jacob“ ist soeben erschienen. Sie wird im Inhalt und Ausstattung der Jahreszahlnummer gerecht. Das farbige Vorderbild schildert den Jahrszahlfestzug der Holmarjörä, während das farbige Rückbild Gruppen „von Internationalen Karneval“ bringt. Ein großes Bild „Karneval“ hat Hans G. Jensen gezeichnet; viele kleine Bilder tragen weiter den Jahrszahlcharakter der Nummer Rechnung, ebenso die Weibliche „Prinz Karneval“ von Ernst Axelsson, „Karlensfest“, „Karneval“, „Agrarische Karneval-Schnabähupeln“ und die Jahrszahlrede des Münchner Metzgermeisters A. D. Buehler. In der Nummer wird sodann die Porträlgalerie „Die Wälder des Prometheus“ durch die Wiedergabe der Bilder Graf Ballestrins und Graf Stolberg fortgesetzt. In zahlreichen Illustrationen und Textbeiträgen wird auf politische Vorgänge in lausicher Weise Bezug genommen. Besonders seien noch die Gedichte „Landeschaft in Reimgebung“ von Erich Mühlmann (Illustriert), „Der Gemachte Mann“ von Rudolf Lavant, „Rein Freund“, „Das Ende“ und „Epistel an den schlichten Mann“ erwähnt. Der Preis der zwölf Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Haug, Landwirtschaftslehre in Nischelstadt i. D. Rentable Hahnverzug. Zweite erweiterte Auflage. Verlag von F. Rahmann in Nischelstadt. Preis 50 Pf.

Dr. Ernst Lange. Die finanziellen Grundlagen der deutschen Unfallversicherung und ihre rationelle Umgestaltung. Berlin-Grünevald 1903. Verlag A. Trotschel.

Jahres-Arbeiter-Versicherung im Auslande. Heft 1a. Berlin-Grünevald 1903. Verlag A. Trotschel.

**Socialdemokrat. Wahlverein**  
i. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.  
**Todes-Anzeige.**  
Am 21. Februar verstarb nach langem Leiden unser Parteigenosse, der Redakteur  
**Wilhelm Möricke,**  
Stargarderstr. 63.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 23. Februar, nachts 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gerichtsmanne-Nichthofes (Nieder-Schönhausen) aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Socialdemokrat. Wahlverein**  
i. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.  
**Todes-Anzeige.**  
Am 23. Februar verstarb plötzlich unser langjähriges Mitglied, der Restaurateur  
**Friedrich Behrens,**  
Gortnerstr. 7.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gerichtsmanne-Nichthofes in Nieder-Schönhausen aus statt.  
Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

**Todes-Anzeige.**  
Am 21. d. M. erbeile ein sanfter Tod die Leiden unseres lieben Vaters, Schwiegervaters und Großvaters, des Restaurateurs  
**Friedrich Behrens,**  
Gortnerstraße 7.  
Dies zeigt, um Beseid bittend, im Namen der trauernden Hinterbliebenen an  
**Witwe Lina Behrens.**  
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 26. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gerichtsmanne-Nichthofes in Nieder-Schönhausen aus statt.

Allen Freunden und Bekannten zur trauernden Nachricht, daß am Montagmorgen 6 Uhr mein lieber Mann, der Restaurateur  
**Gustav Fromm**  
Jahrszahl 26, im 33. Lebensjahre verschieden ist.  
Die Beerdigung findet Donnerstagnachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gerichtsmanne-Nichthofes, Landberger Allee aus statt.  
**Die trauernde Gattin.**  
Die Beerdigung findet Donnerstagnachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gerichtsmanne-Nichthofes, Landberger Allee aus statt.

Heute wurde ein zweiter Sohn geboren.  
84/30  
Berlin W., 23. Februar 1903.  
**Dr. Wegscheider** und Frau.  
**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Nachruf!**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Maschinen-former  
**Hermann Reuter**  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
112/12 Die Ortsverwaltung.

**Vorwärts - Buchhandlung**  
SW., Lindenstrasse 69.  
**Conrissen- und Radfahrerkarten, Stadtpläne!**  
Stadtpläne von Berlin von 30 Pf. bis 1 M.  
Stadtpläne von Berlin mit amtlichen Vorzeichen v. 50 Pf. bis 3 M.  
Umgebungsarten von Berlin, 85, 102 und 100 [ ]-Karten um Berlin, mit Entfernungangaben von Ort zu Ort, foliert, von 50 Pf. bis 3 M., auch für Radfahrer benutzbar.  
Radfahrerkarten von Berlin mit Angabe der Art des Straßen-systems, der für Radfahrer verbotenen Straßen etc. 50 Pf.  
Radfahrerkarten von Berlin und weiterer Umgebung (von Joachimsthal bis Pünderberg, von Gehrth bis Frankfurt a. O.) auf Leinwand aufgezogen, in Karton 1,75 M.  
Radfahrerkarten von Deutschland und angrenzenden Ländern, mit Angabe der Befestigung der Wege, Entfernungen der einzelnen Orte unter sich, Höhe über dem Meer, Eisenbahnen etc., Meinem Führer, aufgezogen, in Karton, jede Section 1,50 M.  
Zaidenwortbücher, kleines Format, praktisch für die Reise. Französisch-deutsch und deutsch-französisch, englisch-deutsch und deutsch-englisch, russisch-deutsch u. deutsch-russisch, italienisch-deutsch und deutsch-italienisch.

**Dr. Schönemann,**  
Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.  
12-1/3, 1/6-1/8, Sonnt. 9-11.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
 Mittwoch, 25. Februar.  
 Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Spernhaus.** Fideles.  
 Schauspielhaus. Ohnes und sein Ring.  
 Deutsches. Komma Samma.  
 Berliner. Ueber unsre Kraft.  
 (1. Teil)  
 Vesting. Der blinde Passagier.  
 Neues. Die Lokalbahn.  
 Reichens. Lutti (Loute).  
 Weiten. Die lustigen Selber von Widor.  
**Central.** Das Mädchen von der Heilsarmee.  
**Thalia.** Der Cameliemonkel.  
**Belle-Alliance.** Am Telephon.  
 Circus: Cupido u. Co.  
 Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Wallner-Theater)  
 Der Meister von Palmyra.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstädt.  
 Theater.) Jugendfreunde.  
**Carl Weisk.** Berliner Rangen.  
**Buntes.** Die Kinder der Exzellenz.  
**Luise.** Der Fall Clémenceau.  
**Kleines.** Nachtasyl.  
**Trianon.** Die Rotbrücke.  
**Apollo.** Frau Luna. — Cafe-Ball.  
**Metropol.** Neues! Allerneuestes!  
**Casino.** Cavalleria rusticana.  
**Wintergarten.** Spezialitäten.  
**Reichshallen.** Stettiner Sänger.  
**Städtl.** Stettiner Sänger.  
**Passage-Theater.** Spezialitäten.  
**Residenz-Theater.** Spezialitäten.  
**Palast.** Berliner Luft.  
**Urania.** Taubenstrasse 48/49.  
 Das Land Tirol.  
**Invalidenstrasse 57/62.** Sternwarte.  
 Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

**Urania.**  
 Taubenstrasse 48/49.  
 Abends 8 Uhr:  
**Das Land Tirol.**  
**Sternwarte**  
 Invalidenstrasse 57/62.

**CASTANS**  
**Panoptikum**  
 Friedrichstrasse 165.  
**Neu! Miss Karri**  
 die schöne Tätowierte.  
 Neu ausgestellt:  
**Otto Reutter.**  
 Gr. Promenaden-Konzert.

**Passage-Theater.**  
**Letzte Woche**  
 des sensationellen Februar-  
 Programms.  
 Anf. Sonnt. 3. Wochent. 5.  
 Abendvorst. 8 U. Ende 11 U.  
**AGA** die  
 schwebende  
 Jungfrau.  
 Wettfahrt im Todesring.  
**Willy Prager.**  
 14 erstklassige Nummern.

**Kleines Theater.**  
 Unter den Linden 44.  
 Anfang 8 Uhr.

**Nachtasyl.**  
**Residenz-Theater**  
 Direktion: Sigmund Lautenberg.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.

**Lutti (Loute).**  
 Schwan in 4 Akten von Pierre Seber.  
 Morgen und folgende Tage: **Lutti.**  
 Sonntagabend 8 Uhr:  
**Sein Doppelgänger.**

**Buntes Theater**  
 Köpenickerstrasse 68.  
 Anfang abends 8 Uhr.  
**Volkstümliche Vorstellung**  
 (Parkett 1,50 Mk.):  
**Die Kinder der Exzellenz.**  
 Sonnabend, den 28. Februar,  
 zum erstmalig: **Winterschlaf.**  
 Drama in 3 Akten v. Max Dreyer.

**Carl Weiss-Theater.**  
 Wiederanstreten des Direktors Herrn  
 Carl Weisk.  
**Berliner Rangen.**  
 Große Gelang-Ausstellungsposte in  
 7 Bildern von Ernst Ritterfeldt.  
 Musik von R. Leonhard. Anf. 8 Uhr.  
 Morgen: Die letzte Vorstellung.

**Bernhard Rose-Theater**  
 Wadestraße 58.  
 Mittwoch, den 25. Februar 1903:

**Ein ehrlicher Makler.**  
 Selbstst. mit Gesang in 4 Akten von  
 Leon Trepsow.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Nach der Vorstellung:

**Tanz.**  
**Die Grille.** Pantomime  
 Charakterbild.

**Winter-Garten.**

**Wiederauftreten**  
 von  
**Yvette Guilbert**  
 Letzte Woche.  
 Keine erhöhten Preise!!

**Schiller-Theater.**  
**Schiller-Theater O.**  
 (Wallner-Theater).  
 Mittwochabend 8 Uhr:  
**Der Meister von Palmyra.**  
 Dramatische Dichtung in 5 Aufzügen  
 von Adolph Müllers.  
 Donnerstagabend 8 Uhr:  
**Wohlthätige Frauen.**  
 Freitagabend 8 Uhr:  
**Wohlthätige Frauen.**  
**Schiller-Theater N.**  
 (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
 Mittwochabend 8 Uhr:  
**Jugendfreunde.**  
 Lustspiel in vier Aufzügen von  
 Ludwig Fulda.  
 Donnerstagabend 8 Uhr:  
 Zum erstmalig:  
**Das zweite Gesicht.**  
 Freitagabend 8 Uhr:  
**Das zweite Gesicht.**  
 Schluss der Saison 3. März.

**Cirkus Schumann**  
 Mittwoch, den 25. Februar 1903,  
 abends 7 1/2 Uhr:  
**Grosser Elite-Abend.**  
**Nur noch 2 Tage**  
 der einzig dastehende verwegene  
 Radfahrer der Welt **Mr. Diavolo**  
 mit seinem unkopierbaren Akt  
**the Loop.**  
 Ausserdem d. Riesenprogramm u.  
**Die lustigen Heidelberg.**

**Steidl-Theater**  
 Prinzen-  
 strasse 132.  
 Täglich 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.  
**Urkommische Soiree**  
 der  
**Steidl-Sänger**  
 Neues Programm! Entree 50 Pf.  
 (Vorverkauf 40 Pf.) Sperrst. 1 Mk.  
 Täglich: Nachmittags 4 Uhr:  
**Mons. Lohls**  
**Cirkus-u. Affentheater**  
 Entree 50 Pf., Sperrst. 1 M.  
 Kinder auf allen Plätzen die Hälfte.

**Casino-Theater**  
 Hofringstr. 37.  
**Letzte Woche:**  
**Cavalleria rusticana.**  
**Letzte Woche:**  
**Unteroffizier Lehmann.**  
 Die neuen Spezialit. 8. Sonntag 7 1/2.

**Apollo-Theater.**  
 Heute u. Freitag sowie Sonntag 8 Uhr:  
**Frau Luna.**  
 Um 9 1/2 Uhr: Erstklass. Spezialitäten.  
 Um 10 1/2 Uhr: Neu!  
**America Creble-Cake-Walk-Tänzer.**  
**Rob. Steidl** mit neuen Schlegern.  
 Donnerstag und Sonnabend:  
**Makris Hochzeit.**  
 Sonntagabend: **Lysistrata.**  
 In jeder Vorstellung: **Harmdins**  
 elektrisches Ballett.

**W. Noacks Theater.**  
 Direktion: Robert Dill.  
 Brunnenstrasse 10.  
**Die Räuber.**  
 Donnerstag: **Wiedergefunden.**  
 Freitag: **Benefiz für Jovya Karsten:**  
 Gde. Schauspiel in 5 Akten von  
 Ad. Bog.

**Palast-Theater**  
 Burgstrasse 22. Früher: Jeen-Palast.  
 8 1/2 Uhr. Kistenverkauf. 8 1/2 Uhr.  
**Berliner Luft.**  
 Operettenpöste in 3 Akten von Hofje.  
 Zwickel. Dr. R. Winkler.  
 Sonnabend, den 28. Februar 1903:  
**Grosses**  
**Bockbier-Jubil.-u. Truhelfest**  
 Ehren- u. Vorzugskarten gültig.  
 Freitag mit Prämien.  
 Anf. 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2. Entree 50 Pf.

**Städtl. Theater.**  
 Burgstrasse 22. Früher: Jeen-Palast.  
 8 1/2 Uhr. Kistenverkauf. 8 1/2 Uhr.  
**Berliner Luft.**  
 Operettenpöste in 3 Akten von Hofje.  
 Zwickel. Dr. R. Winkler.  
 Sonnabend, den 28. Februar 1903:  
**Grosses**  
**Bockbier-Jubil.-u. Truhelfest**  
 Ehren- u. Vorzugskarten gültig.  
 Freitag mit Prämien.  
 Anf. 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2. Entree 50 Pf.

**Etablissement**  
**Buggenhagen**  
 am Moritzplatz.  
 Jeden Tag:  
**Der schöne Max aus**  
**Franz-Buchholz.**  
 Heute: **Vodkierfest.**  
 Im Kaiser-Saal:  
**Norddeutsche Sänger**  
 und Tanz.

**Credit.** — 10 Mark —  
 bessere Anzüge,  
 Paletots  
 nach Maß.  
 Der Kasse allerbilligste Preise.  
 Der selbst Stoff hat n. 20 Mk. an.  
**J. Tomporowski,**  
 Prinzenstr. 55.

**Raucher**  
**Haas-Tabak**  
 Specialität:  
**Berliner Shag hell**  
 in 10 Pfg. Packeten  
 Hochfein im Geschmack u. Aroma.  
 Zu haben in allen  
 Gigarrengeschäften.  
 ENGROS-NIEDERLAGE:  
**H. SALTZMANN**  
 Berlin S. Luisenufer 3

**Cigarren**  
 durch Reisende oder Agenten bezogen, kauft man viel zu teuer.  
 Man muß direkt von der Fabrik beziehen. Wir empfehlen zwei  
 preiswerte Marken in seltener Qualität:  
**„La Bouquet“** a Kille 50 Mk.  
**„La Bianca“** a Kille 40 Mk.  
 Probefendung 100 Stk. jeder Sorte 2 Mk. 9.— franco Nachnahme.  
 Bei fernem Bezug nur portofrei bei 500 Stk. 42522  
**C. F. Harzer & Söhne,**  
 Deutsch-Neudorf (Sachsen), Cigarrenfabrik, gegr. 1842.

**Masken-Scherzartikel**  
 scherzhafte Kopfbedeckungen usw. zu ausser-  
 gewöhnlich billigen Preisen, z. B. Schneehüte Dtd. 22 Pf.,  
 Plankuchen Dtd. 33 Pf., Knallbonbons Dtd. 15 Pf.,  
 Luftschlangen 25 Stück 13 Pf., Kottillonorden usw. usw.  
**Gesellschafts- und Beschäftigungsspiele**  
 für Kinder und Erwachsene in vielen hundert Arten.  
**Timospiel,** grossartige Unterh. für 2 Pers., orroit  
 Timospiel, berecht. Aufsehen! verkauft das Spiel  
 zu 3 Mk. für nur 2 Mk. 670L  
**Bernhard Keilich.** Grösstes Spielwaren-  
 geschäft Deutschlands.  
 16 Schaufenster nur Spielwaren! Kein Bazar!  
 Gr. Hamburgerstr. 22/23, Eckhaus Oranienburgerstrasse, beim  
 Hackeschen Markt, Bahnhof Börse.

**Bayrisch**  
**Malzextraktbier.**  
 Beste und billigste  
 als stärkendes  
 Getränk.  
 20 Fl. 3 Mk. fr. Haus  
 od. fr. Bahn. Berlin.  
**Bräuerei Bavaria**  
 Berlin NO.,  
 Wassmannstr. 28  
 Versand nach allen Bahnstationen.  
 Keine Flaschenpfand.

**Baustellen** in Erkner,  
 Neu-Zittau,  
 Dabendorf, in Nähe von R., täglich  
 gelegen, verp. Schulz, Widor, Weier-  
 trose 202. — Vermittler gesucht und  
 erhalten Land gratis. 6732

**Cigarrenfiliale**  
 in Widor an lautionsfähige Objekte  
 sofort zu vergeben.  
 Karten unter R. 1 an die Ex-  
 pedition dieser Zeitung. 6722

**Berliner Uk-Trio.**  
 Felix Scheuer  
 Stralauerstr. 1.

**Englisch. Unterricht**  
 in und ausser dem Hause,  
 (Eingel- oder im Circle) erteilt 2002  
**G. Swienty geb. Liebknecht,**  
**Schöneberg, Eckenstrasse 57, III.**  
 Preise  
 beliebige Teil-  
 zahlung.  
**Olga Jacobson,**  
 Invaliden-  
 strasse 145.

**Wassige-Institut**  
 v. **Carl Wolter u. Frau**  
 jetzt Holzmarktstr. 19.  
 Sprechstunden von 4-7 1/2, Sonntag  
 von 10-11. 6722

Die amüsanteste Unterhaltung im Gasthaus ist:  
**Springen wir'n Wurm aus?**  
 Harmlos! Scherzhaft! Neu!  
 Gastwirte wollen sich gefl. wenden an: **A. Wurm, SO., Michaelkirchstrasse 20.** Telefon VII. 3745. 667L



Achtung!

# 5. Wahlkreis.

Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 Uhr, in der „Tonhalle“, Friedrichstr. 112:

## Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Die Salonsche Heimatspolitik und die Interessen des Volkes.  
Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse Otto Vintick. 2. Diskussion.  
Da es die erste Versammlung des 5. Wahlkreises in dieser Gegend ist, so erwarten wir, daß die Genossen für regen Besuch agieren und unbedingt pünktlich erscheinen. 217/1

Die Vertrauensleute.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 26. Februar cr., abends 8 1/2 Uhr, bei Keller, Stoppenstraße 29:

## Außerordentliche General-Versammlung.

Festsetzung der Tagesordnung der letzten Generalversammlung: Wahl von zwei Beamten. Wahl des Gewerkschafts, Bericht des Arbeitsschlichters und des Gewerkschafts. Verbandsangelegenheiten. Eintritt nur mit Mitgliedsbuch.

## Achtung, Musikinstrumenten-Arbeiter!

Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal V, Engel-Ufer 15:

## Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Deutschlands Arbeiterbuch-Beschreibung und die gesicherte Existenz der Arbeiter. Referent: Kollege Karl Deininger aus München.  
2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.  
Zu zahlreichem Besuch ladet freundlich ein Die Kommission.

## Achtung, Stellmacher!

Den Kollegen zur Kenntnis, daß die nächste Branchenversammlung der Stellmacher am Donnerstag der Generalversammlung wegen ausfällt und dafür am Sonntag, den 1. März 1903, nachmittags 4 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c, eine

## Öffentliche Versammlung

Abend. Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Klingner: „Auf was haben wir zu achten?“ 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.  
Es ist notwendig, daß ein jeder Kollege, der bei einem Innungsmeister arbeitet, erscheint.  
Der Obmann.

## Centralverband d. Schmiede

Zahlstelle Berlin.

Donnerstag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr: Grosse ausserordentl. General-Versammlung in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:  
1. Berichterstattung der Statutenberathungskommission und Beschlußfassung über Vorschläge zur Generalversammlung.  
Um 9 1/2 Uhr:  
2. Wahl von 6 Delegierten zur Generalversammlung in Halle a. S.  
3. Verschiedenes.  
Jedes Mitglied muß zu dieser Versammlung erscheinen und wird dieselbe durchaus pünktlich erscheinen.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Die Ortsverwaltung.

Achtung!

# Volks-Versammlung

Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 Uhr, im Lokal Süd-Ost, Waldemarstr. 75. (Referent: Genossin Klara Weyl.)

Tages-Ordnung:  
1. Was haben die Frauen von der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung zu erwarten? 2. Diskussion.  
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen erlauchen

## Verband der Sattler Deutschlands

Auf die Tagesordnung der heutigen allgemeinen Mitglieder-Versammlung (im großen Saale der Arminhallen, Kommandantenstr. 20) ist nachträglich gesetzt:  
**Die geplante Aussperrung der Täschner, Gürtel- und Galanterie-Arbeiter.**  
Referent: Kollege Semle.  
Kolleginnen und Kollegen, erscheint alle in dieser Versammlung.  
Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Mittwoch, den 25. Februar 1903, abends 8 1/2 Uhr:

## Versammlung d. Mechaniker

sowie aller in elektrischen Werkstätten beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bei Duggenbogen, Dammstr. 117, am Reichplatz.

Tages-Ordnung:  
1. Der Streit bei Keyser & Schmidt. 2. Wie wird bei Keyser & Schmidt gearbeitet? 3. Welche Gefahren in jüdischer Beziehung sind die Lehrlinge bei Keyser & Schmidt ausgeht? Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.  
Kollegen! In dieser Versammlung wollen wir der Öffentlichkeit die Missethate des Betriebes von Keyser & Schmidt unterbreiten. Wir erwarten deshalb zahlreiches Erscheinen. — Der Inhaber der Firma ist schriftlich eingeladen.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Mittwoch, den 25. Februar 1903, abends 8 1/2 Uhr:

## Versammlung der Gürtler,

sowie aller in Gürtlereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Link über: Arbeiterbuch-Bestimmungen. 2. Bericht des Branchenvertreters, sowie Neuwahl desselben und der Agitationskommission. 3. Verschiedenes. 112/11  
Kollegen! Es ist eure Pflicht, für den Besuch dieser Versammlung zu agieren.  
Die Ortsverwaltung.

## Vereinszimmer

60 und 40 Personen, mit Piano, für Gesangsvereine geeignet. 5532\*  
Dirksenstr. 38, I. Etage, an der Kaffee-Bühnenstr. Telefon III. Nr. 1813.

Achtung!

## Bezirksversammlungen der Barbier, Friseur und Perrückenmacher.

Südost: Adalbertstraße 4 bei Bellig.  
Nordost: Schönhauser Allee 135 bei Ramelow.  
West: Waldenstraße 23/24 bei Gumbach.  
Tagesordnung: Welcher Barbier- und Friseurverein vertritt die Interessen der Gehilfen? 294/3

## Wichtig für Dreher!

Praktische Anleitung für Dreher in der Berechnung der Wechselläder. In dem Buch erklärt ein Fachmann kurz und für jedermann verständlich die Berechnung der Wechselläder. (In einigen Stunden zu erlernen.) 24066

Preis nur 1,50 Mark. Zu beziehen d. Buchhandlung Joh. Ellguth in Rath-Düsseldorf.

## Baumaterialien

neue und gebrauchte jeder Art, wie Kantholz, Bretter (neue Schalbretter pro qm von 45 Pf. an), Latten (neue pro Meter d. 10 Pf. an), Dachpappe (10 qm. Rolle d. 1,50 Pf. an), Leisten, Zäunen, Fenster billig. Kottbuser Damm 22.

## Charlottenburg.

Donnerstag, den 26. Februar, abends 8 1/2 Uhr, Rosenstr. 8 (Volkshaus):

## Öffentl. Vortrag für Männer und Frauen.

Thema: Feuerbestattung (mit Demonstrationen). Der Verbrennungsofen wird im Saale aufgestellt. Referent: Herr Direktor H. Paul.

284/2 S. H.: Otto Ewald.

## Arbeiter-Sängerbund

Berlins und Umgegend.

## General-Versammlung.

Tages-Ordnung: Kassenbericht. Bericht des Vorstandes. Neuwahl desselben. Anträge. Bundeskarte legitimiert. NB. Die Tagesbrüder werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Versammlung pünktlich eröffnet wird. 10/4 Der Vorstand.

## Mehlhandlung von Johannes Friese

Lindenstr. 2 (am Belle-Alliance-Platz) Hof rechts (fr. Zimmerstr. 30) empfiehlt ihre anerkannten besten Mehle als:  
**Kaiser-Auszug (reines Pester)**  
1/2 Ctr. = 2,25; 5 Pfd. = 0,90; 1 Pfd. = 0,20.  
**Weizenmehl 00 (halb Auszug)** 2354L\*  
1/2 Ctr. = 2,00; 5 Pfd. = 0,80; 1 Pfd. = 0,18.  
**do. 0 (Haynau 00)**  
1/2 Ctr. = 1,75; 5 Pfd. = 0,70; 1 Pfd. = 0,16.  
Gutkochende, sauber verleierte Halbenfrüchte zu solchen Preisen.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5. Nur das erste Wort fett. Wörter mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Lindenstr. 9, bis 4 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

**Gardinenhaus** Große Frankfurterstr. 9, parterre. 437\*  
Häuslertröfen an eleganten Herdanzüge, Sommerpaleto's nach Maß 40 Mark, Bettdecken nach Maß 11 Mark, beste Stoffe, vornehmlicher St. Deutsches Verandhaus, Jägerstraße 63, 1 Treppe. 2414b  
**Stoppdecken** (spottbillig) Fabrik Berlinstraße 20. 493\*  
**Teppiche!** (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Berlin, Dörfelstr. Markt 4, Bahnhofsstr. 119/5\*  
**Teppich**, Betten, Stoppdecken, Gardinen, Böden, Anzüge, Remontarbeiten (spottbillig), Leihhaus, Reanderstraße 6. 612\*  
**Wäffel**, Spiegel, Bilder, Standuhren, Regulatoren (spottbillig) Leihhaus, Reanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet. 612\*  
**Möbelverkauf!** Wegen Umzugs müssen noch viele neue Möbel verkauft werden: Beste Kirschbaum und Mahagoni Spinde, Vertikos, Stühle, Tische, Sofa, Vertikalen, Kommoden, Küchenschrank, so lange der Preis reicht. Gute alte Jahrmag- bedingungen. Kanteufstraße 77, Möbelgeschäft. 2417b  
**Teppiche** mit Farbenschleim (Fabrik) Niederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437\*  
**Kanarienvogel**, seine Sänger, Weibchen billig. Wahl, Kiedorf, Dörfelstraße 74. 2100b\*  
**Kanarienvogel**, guter Stamm, Weibchen billig. Einconstraße 5, Kanteuf. 2201b  
**Gehrlöcher**, Gartenstraße 95, Damm- gebäude II, Baum. 2223b  
**Kanarienvogel**, prima Jugendweibchen, große Auswahl, Groß- händler verkauft strebs, Kanteuf- straße 154a. 1244b

**Wingelischen**, Bobbin, Schneid- nader, ohne Anzählung, Woche 1,00, gebraucht 12,00. Postbestellung Köpferstraße 60/61, Landberger- straße 92 und Brunnenstraße 97. \*  
**Krankefahrstühle** für Zimmer und Straße käuflich und leihweise in allen Preislagen. Kopp, Kaffee- straße 96. 128/17\*  
**Mähmaschinen** ohne Anzählung, wöchentlich 1,00. Bobbin, Ringkling, Adler, Schneidnäh, Lumme 30, Bernauerstraße 47B. 15048\*  
**1000 neue Mähmaschinen** gebe auf Abzahlung, ohne Anzählung. Rang- schischen, hochartig, Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, keine Anzahlung, drei Jahre reelle Garantie. Für die Güte meiner Mähmaschinen sprechen Tausende meiner Kunden. Verkauf hoher Bekanntheit. Ernst Beckmann, Gollnowstraße 29, nahe der Landbergerstraße. Alle Maschinen nehme in Zahlung. 15038\*  
**Dreiwöchig**, pro Meter 3,50 Mark. Kollnauerdamm 22. 2219b  
**Vorjährige** elegante Herren- Winterpaleto's und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonntagabend und Sonntag. Verandhaus Germania, Unter den Linden 21, II. 14955\*  
**Stoppdecken** billig! Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437\*  
**Weine** Schließerei II unter günstigen Bedingungen zu verpacken oder zu verkaufen. H. F. Frolich, Döllmannstraße 22. 2411b\*  
**Blüschfosa** 45.—, Bettstellen, Epine, alles noch neu, sofort ver- käuflich. Friedrichstraße 131d, vorn 4 links. 84/19  
**Kanarienvogel**, Neuwelche, Schönerstraße 9. 789\*  
**75 Pfennige!** Steuerberatung, Eingabengeld, Zahlungsbefehle, Kassenrechnung, Kassenbuch, Stra- fenausschub, Verleumdungs-, Inter- sensions-, Verleumdungs-, Alimenten- klagen, Unfallklagen, Einabengeld, Schulden, Fälligkeitstr. 141. 2418b

**Zofatisch**, Fahrrad (spottbillig), Bittenbeher, Reuterstraße 94. 4120\*  
**Deflation** (spott billig), Altes 1500 Mark. Anschließende Wohnung, Bismarckstraße 24. 494  
**Wirtschaft** verkauft sofort, auch einzeln, darunter Schilentrampeln, Blüschfosa 35.—, Wuschelplegel 10.—, Bancelofa 45.—, Bettstellen, Schränke, Tische, Stühle, Delgemälde, preiswert. Fast alles neu, Gartenstraße 85 I links, nahe Steintorbrunn. Gefautes kann bis April stehen. 4131\*  
**Besonderer** Umstände Stube Kuch- baum, Möbel, billig, Händler aus- geschlossen, Bernstraße 2 I. 2417b  
**Kanarion**, hübsig, Schieber, Raumstraße 88. 426  
**Parcelfotal** verkauft, Stallger- straße 69. 426  
**Pancersfosa** 58, Garnitur rot und grün, Kuchbaum, passend für Senatsente, Friedrichstraße 113 II. rechts. 84/18  
**Verschiedenes.**  
**Rechtsbureau**, Projektions-, Eingabengeld, Kassenrechnung, Kassenbuch, Brunnenstraße 123/3. 2423b  
**Rechtsbureau** hübsig, Grüner Weg vierundzwanzig (Andreasplatz), Gerichtshof, Eingabengeld, Kassenrechnung, 24306\*  
**Zahnarzt**, weit berühmte, schnelle, absolut schmerzlose Bestimmung für immer im Zahnstiel von Olliver, Annenstraße 29, gegenüber Thalia-Theater. 789\*  
**Kunststofferei** von Frau Stodolski, Steinmetzstraße 48, Dammgebäude hoch- parterre.  
**Wäschgarderobe**, Herren und Damen, Große Kanteuf- lomscher Anzüge billig Röder, Rheindamm- straße 62. 4118\*  
**Wanduhren**, Brillanten, Gold- sachen, Uhren beliebt Christliches Leih- haus, Friedrichstraße 227. 2265b

**Bücheranlauf**, Bücherheine, David, Lothringersstraße 50. 14884\*  
**Wirtschaft!** Wer sich über diese wundervolle Gesamtarbeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flug- blätter des Reichsbundes gegen Inflation, welche unentgeltlich versendet werden vom Reichs-Verkehrsverein, Königgräberstraße 108. Um gültigen Ausdruck wird gebeten. 1615\*  
**Berliner**, Saal mit Bühne Son- tag, zu beliebigen Kassenstr. 7. \*  
**Batendbureau** Dammstr., Tra- nienstraße 57 (Reichplatz), bis abends neun. 24306\*  
**Altes** Fahrrad zu kaufen gesucht. Hausmann, Grüner Weg 19, Hof, Keller. 62/20  
**Schlosser** mit einigen laufenden Markt kann in gutgehender Werkstatt einziehen resp. übernehmen. Offerten unter „Schlosser“, Batel-Expeditio, Wittenerstraße 30. 468  
**Geisäftskauf** erhalten gang- bare Geschäfte jeder Art nachzuweisen für Berlin — außerhalb, einzelne mit Hausverwaltung. Kaufkraft Eisen- geschäft, Urbanstraße 188. 426  
**Schneiderin**, tüchtige, empfiehlt sich. Frau Schütz, Bartenbocher- straße 14, vorn IV. 468\*

**Sonbere** Schlafstelle städtisch, Br- maldstraße 42, Hof parterre. 2437b  
**Freundliche** Schlafstelle für zwei Herren zu vermieten, Raumstr. 36, Hof parterre, Dammstr. 63/1  
**Arbeitsmarkt.**  
**Stellenangebote.**  
**Tüchtiger** Deiger und Volierer findet dauernde Beschäftigung bei Ernst Goffon, Berlin SW., Teufel- straße 53. 2438b  
**Techniker**, Elektro-, Maschinen-, Bautechniker erhalten bestmögliche Spezialwerte der technischen Wissen- schaft zum Selbstunterricht. Ohne Anzahlung, Teilzahlung monatlich oder Quart. Offerten: Buchhandlung „Welt“, Vollami Dammstr. Berlin.  
**Bugler** verlangt Vorkasse, Wasser- hofstraße 48, II. 2442b  
**Tüchtiger** zum Reinigen von Leisten verlangt Goldbleich-Fabrik Kollnau, Schmidtstraße 6. 2443b  
**Dreher**, tüchtige, auf Schmitte und Stangen sucht Hirschhorn, Köpfer- straße 149. 2443b  
**Graber** wird für einige Abend- stunden zum Erstellen von Unterirden im Grabfeld an einen Uhrmacher gesucht. Offerten mit Preisangabe unter S. 100 an Expedition Schär- berg, Schenkerstraße 1, Charlotten- burg. 4143  
**Inarbeiterin** und Wehrschülerin verlangt Schneiderin, Eisenstr. 25. 2450b  
**10** Unterrod-Arbeiterinnen, Gar- nieren, verlangt Krüger, Lan- genstraße 33. 426  
**Dammstr.** Stepperei, tüchtige Zus- ammenschneiderin sucht Güter, Cur- ystraße 33. 4112  
**Tarco**-Arbeiterinnen, 2-3 Mark, verlangt Busch, Dammstraße 139.  
**Mädchen** (Arbeiterinnen) ver- langt Quille, Frankfurter Allee 16. \*

**Wannfels** auf bessere Damen- Paletots verlangt Weize, Bader- straße 22. 2431b  
**Im** Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.  
**Partei-Spediteur**  
für Rixdorf wird gesucht. Genossen, die politisch und gewerkschaftlich organisiert sind, werden er- sucht, selbstgeschriebene Angebote unter „Wissen ist Macht“ bis zum 28. Februar 1903 an Genossen G. Wietz, Prinz- Oudjerystr. 36 I, gelangen zu lassen. 229/4 Die Neunar-Kommission.  
**Arbeitsnachweis**  
**deutscher Goldschmiede.**  
Engel-Ufer 15.  
für Berlin:  
1 tüchtiger Kaiser auf Weichweilen.  
1 Kaiser, der auch die Leitung der Werkstatt übernehmen kann.  
1 Gehilfe auf Weichweilen.  
1 Gehilfe auf bessere Arbeit u. Orden.  
1 Lehrling auf Goldschmiede-Arbeiten verlangt. 112/10  
**Achtung! Slaviarbeiter!**  
Die Kollegen der Piano-Fabrik von Blasendorf & Kloss, Dammstr. 6, 78/5 befinden sich im Streit. Der Betrieb ist für alle Arbeiter gesperrt. Die Werkstatt-Kontrollkommission des Holzarbeiter-Verbandes.  
**Achtung, Steindruckerei!**  
In der Firma Schäfers Nachf., Dammstr. 107-108, Diebstahlsagen- sachen, haben künftliche Verbands- kollegen die Arbeit niedergelegt. Die zur Zeit über die Firma 20. Hagenberg, Kettengießerei, Dammstr. 19-20, verhängte Sperr- befristet fort. Die Ortsverwaltung. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.



Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Der Streik in der Goldbader Großbäderei dauert fort. Verhandlungen vor dem Einigungsamt, zu denen die Ausständigen bereit waren, hat Herr Goldbader abgelehnt. Er behauptet, die Arbeiter seien kontraktbrüchig, während doch das Zünftungsgericht am Montag Herrn Goldbader verurteilt hat, dem gemäßigten Vertrauensmann, wegen dessen die Arbeitsniederlegung erfolgte, den achtstägigen Lohn zu zahlen, da Herr Goldbader den Vertrag nicht innegehalten hat. Auch den Arbeitswilligen scheint der Betrieb gerade kein Eldorado zu sein, denn es haben schon eine ganze Anzahl derselben die Arbeit wieder niedergelegt. Ein schönes Geschäft machen dort die Kommissionäre, Seelenverläufer genannt, die die Hauptschuld daran tragen sollen, daß eine Einigung nicht zu stande kommt. Die Streikbrecher sollen 5 bis 30 M. für die Arbeit bezahlt haben. Die Arbeitererschaft wird dafür sorgen, daß Herrn Goldbader die Räume nicht in den Himmel wachsen.

Der Vorstand des Bäderverbandes.

Metallarbeiter. Sämtliche Rohrleger und Helfer haben gestern bei der Firma C. Schuppmann, Kaiserstraße 31, wegen Nichtannahme des Tarifs die Arbeit niedergelegt. Die Streikenden haben sofort das Einigungsamt des Berliner Gewerbevereins angerufen, vor welchem der Tarif im vorigen Jahre bei Beendigung des großen Rohrlegerstreiks festgelegt wurde. — Bei der Firma Pohl, Weberstraße 7, sind außer den Metallformern auch noch die Stoßer und Sichter in den Ausstand getreten. Auch hier ist das Einigungsamt angerufen worden. — Die Firma Mix u. Gense hat laut Anfangs in der Fabrik angeordnet, daß Arbeiterstunden, gegen welche sich die Arbeiter in mehreren Versammlungen gewandt hatten, fortan nicht mehr gearbeitet werden sollen.

Achtung! Täschner, Rieter, Sattler aller Branchen. Der Ausstand in der Taschen-Fabrik von Paul Fährmann, Luisen-Allee 12, sowie der Ausstand der Accordarbeiter in der Militär-Effekten-Fabrik von G. Weder u. Co., Michaelkirchstraße 29a, dauern unverändert fort. — Zugzug ist nach wie vor streng fernzuhalten. Die Ortsverwaltung Berlin des „Deutschen Sattler-Verbandes“.

Verband der Sattler (Ortsverwaltung Berlin). Wie aus einem dem Vorstände zugegangenen Schreiben hervorgeht, beabsichtigen die Fabrikanten der Taschen-, Gürtel- und Galanteriebranche am Sonnabend eine allgemeine Aussprechung. Auf die Tagesordnung der heute (Mittwoch) stattfindenden Mitglieder-Versammlung ist dieser Punkt nachträglich gesetzt worden. Es ist Pflicht aller Kollegen und Kolleginnen in dieser Versammlung zu erscheinen, und geschlossen gegen die Annahme der Fabrikanten Stellung zu nehmen.

Der Vorstand.

Siehe Inserat in heutiger Nummer.

Ladierer. Die Ortsverwaltung der Vereinigung der Maler, Ladierer usw. teilt mit, daß die Differenzen bei Orenstein und Koppel in Spandau noch nicht beigelegt sind. 9 Ladierer befinden sich im Streik, während 2 Arbeitswillige unter dem Schutz der Polizei weiterarbeiten, von der sie morgens nach der Arbeitsstätte begleitet werden. Man hat sogar in der Portierstube drei Polizeibeamte gesehen. Da die Firma in Berlin keine Streikbrecher bekommen kann, so ist der Meister nach Götlich gereist, um dort Arbeitswillige anzuwerben. Es wird ersucht, keine Werbungen für die genannte Firma anzunehmen.

Deutsches Reich.

Die Bäckerarbeiter in Oera haben den Unternehmern einen Lohnantrag eingereicht. In demselben wird die zehnstündige Arbeitszeit gefordert und folgende Bodenlöhne: für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen 8 M., für Arbeiter und Arbeiterinnen von 16—18 Jahren 12 bez. 10 M., für Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre mindestens 17 bez. 12 M. Ueberstunden sollen möglichst eingeschätzt, wenn sie notwendig sind, mit 35 Pf., Sonntagsarbeit aber doppelt bezahlt werden. — Die Antwort der Unternehmer wird bis zum 1. März erbeten.

Die Brauereiarbeiter von Nürnberg, Fürth und Erlangen haben mit der Firma Erlwein und Schultheiß einen Tarif abgeschlossen, der vom 1. März d. J. bis 31. Dezember 1906 gilt. In demselben wurde die zehnstündige Arbeitszeit für alle Brauereiarbeiter festgesetzt, und werden Ueberstunden an Wochentagen mit 50 Pf., an Sonn- und Feiertagen mit 60 Pf. vergütet. Die Arbeiten an Sonn- und Feiertagen sind auf das allernotwendigste Maß zu beschränken und dürfen drei Stunden nicht überschreiten. Das bisher übliche Freibriefsystem ist abgeschafft und erhalten die Arbeiter hierfür wöchentlich eine angemessene Entschädigung. Betreffs des § 810 des Bürgerlichen Gesetzbuches wurde ein Uebereinkommen getroffen, daß den Arbeitern in Streitfällen und bei Einberufungen zu militärischen Übungen je nach dem Dienstalter eine angemessene Entschädigung garantiert wird. Die Lohnkommission der organisierten Brauereiarbeiter wurde zur Vertretung der Interessen des Personals gleichfalls anerkannt.

Der Verband der Steinarbeiter hat einen Mediationsbericht für das Jahr 1902 herausgegeben, dem wir folgendes entnehmen: Von den circa 95 000 Steinarbeitern Deutschlands sind ungefähr 6000 organisiert gegen 8000 im Vorjahre. Ueber 50 Zahlstellen sind eingegangen resp. mußten aufgelöst werden, mangels jeder organisatorischen Tätigkeit. Größere Agitationstouren mußten im vergangenen Jahre unterbleiben, dagegen soll in Zukunft das Hauptaugenmerk auf die Steinbrüche gelegt werden, denn alle größeren Staats- und Kommunalbauten werden von dem in den Bränden fertiggestellten Material aufgeführt, wodurch den Arbeitern in den Städten eine drückende Konkurrenz bereitet wird. Auch die Arbeiter in den Steinbrüchen, so lange sie nicht organisiert sind, bräuen infolge der billigen Löhne und des wilden Accordsystems die Bedingungen der übrigen Kollegen arg verunruhen. Besonders kommen hier die italienischen Arbeiter in Betracht, in deren Reihen durch die Verbreitung der von der Generalcommission herausgegebenen Zeitschrift „L'Operaio Italiano“ der Organisationsgedanke hineingetragen werden muß. — Streiks kamen in 23 Ortschaften zum Ausbruch, davon waren 15 ganz oder teilweise erfolgreich. Ausgegeben wurden an Streikunterstützung 31 924,72 M., Reiseunterstützung 14 957,75 M., für Agitation 5 400,57 M., für Gemeinnützigkeit 2 215,50 M. Die Gesamtsumme belief sich auf 132 644,02 M., an Restbestand verbleiben 50 622,64 M. An Beiträgen sind 11 172 M. weniger eingegangen wie im Vorjahre.

Die Lagerhalter Nordwest-Deutschlands werden durch das Agitations-Komitee des Lagerhalter-Verbandes zu einer Konferenz berufen, die am Sonntag, den 8. März, in Hamburg, Tüdiges Etablissement stattfindet und sich mit der Lage der in Konsumvereinen beschäftigten Lagerhalter befassen soll.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Fünfter Wahlkreis. Heute, Mittwochabend 8 Uhr findet in der Tonhalle, Friedrichstr. 112, eine Volksversammlung statt, in welcher Genosse Antrid sprechen wird. Da es die erste Versammlung des Kreises in dieser Gegend ist, so erwarten wir, daß die Genossen für regen Besuch agitieren. Die Vertrauensleute.

Weihensee. Heute Abend 8 1/2 Uhr findet im Saale „Abrechtshof“, Parstr. 13, eine öffentliche Kreisversammlung des Wahlvereins statt, in der Genosse Dr. Arons über die bevorstehenden Reichs- und Landtagswahlen referiert. Zahlreiches Erscheinen, auch der Frauen, wird erwartet. Die tägliche Zahlstelle des Wahlvereins befindet sich von jetzt ab im Lokale von Schmutz, König-Charlauer 38. Der Vorstand.

Lokales.

Das Bauwesen im Stadthaushalts-Etat für 1903.

Bei der Festsetzung des Stadthaushalts-Etats hat das Bauwesen von jeher als ein geeignetes Objekt gegolten, die Ausgaben des Etats mit den zu erwartenden Einnahmen in Uebereinstimmung zu bringen. Wenn sich nirgends mehr eine Ausgabe abstreichen läßt — am Bau-Etat wird immer noch wieder abgestrichen, bis das Gleichgewicht des Gesamt-Etats hergestellt ist. Diesmal ist der Bau-Etat schon vom Magistrat kräftiger als sonst gerupft worden, um die Gesamtausgabe des Stadthaushalts-Etats für 1903 möglichst herabzudrücken. Nach dem vom Magistratskollegium schließlich angenommenen Entwurf gehen die Aufwendungen für das Bauwesen zwar noch etwas über diejenigen des Etats für 1902 hinaus, aber hinter der ursprünglichen Absicht bleiben sie noch weiter zurück als im Vorjahre.

Für das gesamte Bauwesen sind 20 972 854 M. Ausgaben angelegt (1 513 243 M. mehr als 1902). Die Einnahmen dieses Etats sollen sich auf 10 409 100 M. stellen (5 417 181 M. mehr), wovon diesmal 3 881 000 M. aus Anleihen eintunommen werden sollen. Es ist also aus allgemeinen Mitteln des Stadthaushalts-Etats noch ein Zuschuß von 10 563 094 M. zu leisten (3 903 933 M. weniger als 1902). Auf den Hochbau kommen 8 722 304 M. Ausgabe (947 352 M. mehr), 4 844 000 M. Einnahme (im Vorjahre nichts, diesmal aus Anleihemitteln), 3 880 704 M. Zuschuß (3 894 248 M. weniger), auf den Straßen- und Brückenbau 12 250 550 M. Ausgabe (565 891 M. mehr), 5 567 500 M. Einnahme (575 551 M. mehr), 6 682 990 M. Zuschuß (9600 M. weniger). Es muß abgewartet werden, wieviel von diesen Beträgen etwa noch durch die Stadtverordneten-Versammlung abgestrichen wird. Wenn die freisinnige Mehrheit des Gesenst der Erhöhung des Kommunalsteuer-Zuschlags nicht auf andre Weise zu kommen vermag, wird sie schwerlich davor zurückschrecken, den Bau-Etat noch weiter zu kürzen, bis die Rechnung stimmt. Arbeitsgelegenheit zu schaffen, rechnet der Freisinn ja nicht unter die Pflichten einer Kommune.

Der oft gehörte Vorwurf, daß im Bauwesen der Stadt Berlin „Lurus“ getrieben werde, gilt besonders dem Hochbau. Wir haben aber „Lurusbauten“ diesmal noch weniger als sonst im Hochbau-Etat zu entdecken vermocht. Für 10 Gemeinde-Schulhäuser, von denen eines bereits benutzt wird, ein andres zu Ostern fertig werden soll, die übrigen teils in Angriff genommen werden sollen, teils noch der Genehmigung des speziellen Bauentswurfs bedürftig sind, Baukosten im Gesamtbetrage von 1 403 165 M. angelegt. Dazu kommen 338 000 M. für ein paar neue Turnhallen und ein Lehrer-Bauhaus. Drei neue Häuser für höhere Schulen erfordern vorläufig 691 000 M. für Grundstücken und erste Baukosten. Der Betrag gehört zu der aus Anleihemitteln entnommenen Summe. Aus dieser Summe werden ferner entnommen Baukosten für das Krankenhaus Seestraße (1 000 000 Mark), Irrenanstalt auch (1 300 000 Mark), für das zweite Rathaus, das Märkische Museum usw. Kürzungen können nur zum Schaden der im Bau befindlichen Verwaltungszweige, namentlich des Gesundheitswesens, des Schulwesens usw. vorgenommen werden. Dasselbe gilt von den Beträgen, die aus allgemeinen Mitteln des Stadthaushalts-Etats entnommen werden sollen zu Bauten für Krankenhaus-Moskito, Kinder-Krankenhaus Reinickendorferstraße, Irrenanstalten Herzberge und Wuhlgarten, Heimstätte Buch, zum Neubau des Waisenhauses Alte Jakobstraße, des Nahrungsmittelunterstützungs-Amtes, der Badeanstalt Wedding usw.

Die dem Straßen- und Brückenbau zugeordnete Summe wird, wie alljährlich, zum größeren Teil für Pflasterung und Unterhaltung der Straßen sowie für Anlage neuer Straßen, für Verbreiterungen usw. gebraucht. Unter den „Reinickendorferbauten“ erfordern die Straßenüberführung am Bahnhof „Gefundbrunn“ wieder 600 000 M., kleinere Beträge die Lessingbrücke, Adalbertbrücke usw. Straßen- und Brückenbauten sind vielen Stadtverordneten immer noch sympathischer als die Hochbauten, neue Schulhäuser, Krankenhaus usw. Das freisinnige Hausagrarium weiß den Wert guter Verkehrswege zu schätzen. Die Notwendigkeit der Vermehrung der Schulen und Krankenhäuser ist diesen Leuten viel weniger leicht begreiflich zu machen.

Im geistigen Schularzt-Ausschuß wurde die modifizierte Magistratsvorlage — 30 Schularzte a 2000 Mark für ganz Berlin — angenommen. Die ursprüngliche Magistratsvorlage lautete: 30 Aerzte a 2000 Mark für ganz Berlin. — Kranenärzte sollen in der Regel nicht zu Schularzten gemacht werden.

In der letzten Sitzung des Kuratoriums für das Arbeitshaus und Obdach wurde zuerst Herr Stadtrat Jacoby eingeführt, alsdann wurde ein Ausschuss für das Arbeitshaus dem Magistrat vorgeschlagen, wobei von verschiedenen Seiten angeregt wurde, ob es nicht richtiger wäre, auf dieses Vorschlagsrecht zu verzichten, wenn, wie es vorgekommen, der Magistrat die gemachten Vorschläge nicht berücksichtige. Herr Stadtrat Schädel teilte mit, daß der Magistrat den projektirten Neubau der Küche im städtischen Obdach aus Finanzgründen gestrichen hätte, ebenso sei der Bau eines Nachschlaggebäudes gestrichen; dies sei aber auch aus Gründen der Zweckmäßigkeit geschehen, da das vorgelegte Projekt als praktisch nicht bezeichnet werden könne. Nach Erledigung einer Reihe Verwaltungsangelegenheiten kamen die Revisionsberichte, Arbeitshaus und Obdach betreffend, zur Sprache. Nach wiederholten Anregungen der Stadträte Augustin und Hoffmann wurde beschlossen, daß künftig den Häuslingen der Vorstrich nur bei Krankheiten auf Anordnung des Arztes und bei Unreinlichkeit auf Verfügung des Direktors vorgenommen werden dürfe. Gegen eine Reihe bei der Revision von Hoffmann gerügter Uebelstände, wie z. B. die Ueberfüllung der Schneidewerkstatt und der Aufenthaltsräume ist nach Möglichkeit bereits Abhilfe getroffen. Auch ist in allen Stationen bereits ein Tarif über den Nahrungszufuhr ausgehängt, es wurde ferner in Aussicht genommen, die Lieferung baldmöglichst in eigene Regie zu nehmen.

Abgelehnt wurde dagegen zum zweitenmal der Antrag der Stadträte Augustin und Hoffmann, das Photographieren der Häuslinge einzustellen; man glaubt eines städtischen „Verbrecher“-Albums bei vorkommender Flucht von Häuslingen nicht entbehren zu können. Hoffmann erklärte, diese Frage in der Stadtverordneten-Versammlung bei der Etatsberatung zur Sprache bringen zu wollen.

Auch die Berichte über die Revision im Obdach gaben Gelegenheit zu einer ganzen Reihe von Änderungen, die bereits erfolgt sind oder demnächst erfolgen werden. So sind auf Verfügung des Herrn Stadtrat Schädel sofort nach Einlieferung des Hoffmannschen Berichtes ein Lupsu-Kranke und mehrere andre Kranke dem Krankenhaus Friedrichshain überwiesen worden. Einstimmig wurde der Antrag Hoffmann angenommen, die Kuffcher und Gaudsiner des Obdachs mit Nummern zu versehen, um bei Beschwerden gegen dieselben leichter die Schuldigen festzustellen. Für die Frauen und Kinder im Familien-Obdach wurde schließlich nach beschlossener, eine Dame als Pflegerin gegen Gehalt anzustellen.

Freisinnige „Lehrerfreunde“. Die „Freisinnige Zeitung“ ist weiter bemüht, die von unfern Genossen Stadtr. Bernstein vorgetragene Ansicht über die Lehrergehälter gegen die Sozialdemokratie und für den Freisinn auszubringen. Sie giebt sich den Anschein, als halte sie es ernsthaft für möglich, daß die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordneten-Versammlung dieser Ansicht zustimme. Das ist ebenso abern, wie der Versuch, den gesamten Freisinn der Stadtverordneten-Versammlung als lehrerfreundlich auszugeben. Das Blatt wird die von freisinniger Seite erfolgte Zustimmung nicht auf der

Welt schaffen, trotz der dreifachen Behauptung, daß das „Bravo“ nicht von Freisinnigen gekommen und nicht noch privatim unfern Genossen Bernstein von Freisinnigen Beifall gesendet worden sei. Vielmehr erkundigt sich Herr Richter einmal bei dem kommunalen Gesolge seines Parteigenossen Stadtr. Cappel. Der gierige Eifer, mit dem die „Freis. Ztg.“ sich auf Bernsteins Aeußerung gestürzt hat und sie für ihre unaufrichtigen Zwecke zu verwerten sucht, wird denen begreiflich sein, die sich erinnern, in welcher Weise im Jahre 1897 Parteigenossen des Herrn Richter unter dem Beifall der „Freis. Ztg.“ die Gehälter der Berliner Lehrer zu „regulieren“ versucht, und welchen Sturm der Entrüstung sie dadurch bei den Lehrern erregt haben. Der Berliner Freisinn möchte jene unruhlichen Vorgänge jetzt vergessen machen — daher das Geschrei der „Freis. Ztg.“

Die Berliner Abschätzungsverordnungen, welche die Abschätzung der von den Hauseigentümern in ihren Häusern selbst benutzten Wohn- und Geschäftsräume zu vollziehen haben, hatten im Jahre 1902 insgesamt 5948 Aufträge zu erledigen, darunter 2374 zum Zwecke der Feststellung, ob die bereits vier Jahre zurückliegenden Abschätzungen des Mietpreises noch zutreffend sind. Die 5 Revisionskommissionen hatten die Erledigung von 220 Aufträgen zu vollziehen. Das Ergebnis der Revisionsabschätzungen war eine Herabsetzung der zu prüfenden Abschätzungen in 108 Fällen um insgesamt 231 099 M. und eine Erhöhung in 28 Fällen um insgesamt 14 219 M., während in 84 Fällen die erste Abschätzung bestätigt wurde.

Telephon-Leiden. Die riesen-Fernsprechanlagen in Berlin, welche 30—40 Tausend Anschlüsse enthalten resp. für diese enorme Zahl von Verbindungsleitungen eingerichtet sind, geben fortgesetzt zu Beschwerden Anlaß. Mit der ständigen Vermehrung der Anschlüsse geht die Vergrößerung des Personalbestandes nicht Hand in Hand, so daß eine ständig sich steigende Mehrbelastung für die Beamten dadurch eintritt. Dies hat zur Folge, daß in der Herstellung der Verbindungen naturgemäß, besonders bei starkem Andrang, Verzögerungen eintreten, und daß die Bedienung der Apparate nicht mit derjenigen Schnelligkeit erfolgen kann, welche im Interesse des Geschäftsverkehrs gewünscht wird. Es ist selbstverständlich, daß bei der starken Belastung der Beamten und bei ihrer aufreibenden Tätigkeit die Damen mehr als werden und daß hierdurch die Vorfahrt „Bitte recht freundlich“ nicht immer innegehalten wird. Auch das häufige Vorkommen der Herstellung falscher Anschlüsse, das Auseinandernehmen eben hergestellter Verbindungen oder die Unterlassung der Trennung der Anschlüsse trotz beendeter Gespräche, dürfte ebenfalls auf die Ueberlastung der Beamten zurückzuführen sein. Bei den bedeutenden Uebelständen, die die Postverwaltung gerade bei dem Fernsprechnetz in Berlin alljährlich erzielt, erscheint es wünschenswert, daß baldigst eine Vermehrung der Beamten stattfinden.

Man darf wohl ohne Uebertriebung sagen, daß an keinem Orte Deutschlands die telephonische Verständigung schwieriger und nervenaufreibender ist als in Berlin. Für den Reichshauptstadt hat der Großbetrieb im Fernsprechnetz nur Unannehmlichkeiten im Gefolge, die sich ganz sicher durch Entlastung der Angestellten beheben lassen.

Zur Warnung für manche auswärtige Arbeiter, die sich in Berlin „verbessern“ wollen, mag folgender Fall dienen: Der Stein-schleifer R. hatte in einem südwestdeutschen Industrie-Orte eine Annonce des Berliner Glas-schleiferbesizers Brüdner gelesen, worin dieser einen Glas-schleifer verlangte, der im Schleifen gerade und geschweifter Facetten geübt sei. Auf diese Annonce meldete sich B., der da glaubte, ebenso gut in Glas wie in Stein arbeiten zu können, zumal er im Facettieren bewandert war. Letzteres schrieb er auch an Brüdner. Er wurde engagiert und kam nach Berlin; nach zehnjähriger Tätigkeit aber wurde er entlassen. Er klagte darauf beim Gewerbegericht und beantragte eine namhafte Entschädigung, u. a. auch die 30 M. Reisekosten. Der Beklagte berief sich darauf, daß Kläger den Anforderungen, die an Glas-schleifer zu stellen seien, absolut nicht entsprochen habe. Ein Junge, ein Glas-schleifer des Beklagten, sagte daselbe aus; man habe dem Kläger deshalb den Vorschlag gemacht, vorerst gegen einen Wochenlohn von 18 M. foguhagen zu lernen, sich in die Glasarbeit hineinzufinden. Das habe Kläger abgelehnt. — Ein mäßiger Vergleich scheiterte an der Weigerung des Klägers, der dabei blieb, daß er auch das Glas-schleifen verstände und sich nur erst an die andersartige Handhabung der Werkzeuge hätte gewöhnen müssen. Der Kläger wurde abgewiesen.

Die verleihte Schamhaftigkeit des Kriminalbeamten. Zur Beantwortung für die Veranlasser von „Herrn A-benden“ kann eine Anklage dienen, welche gegen sieben Schauspieler vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelt wurde. Die Angeklagten waren die ausübenden Künstler bei einem Herren-Abend, der in den Räumen eines Theaters in der Lotzengasse stattfand. Die Teilnehmer an diesem Vergnügen rekrutierten sich aus einem bestimmt abgegrenzten Kreis von Personen, doch hatte anerkannt auch ein Kriminalbeamter Zutritt gefunden, der einige besonders stark gefeifferte Vorträge als gegen die guten Sitten verstoßend erachtete. Seine Anzeige führte zur Erhebung der Anklage, die die Mimen beschuldigte, die Schamhaftigkeit verletzt und öffentliches Vergehen gegeben zu haben. Der Staatsanwalt beantragte Geldstrafen bis zu 50 Mark, das Gericht erkannte aber auf Freisprechung, da es das Moment der Öffentlichkeit verneinte.

Aus dem Leben des Adels. Verschwunden ist seit längerer Zeit der Rittmeister Freiherr R. v. Kap-herr vom Leib-Garde-Gusaren-Regiment. Der Freiherr hatte früher in Potsdam auf sehr großem Fuße gelebt, hielt sich Waitresse, mit denen er oft Reisen nach dem Süden machte und führte auch sonst ein sehr flottes Leben. Als ihm die Schulden in Potsdam über den Kopf wuchsen, wurde er als Militär-Attache nach New York versetzt, hat sich dort selbst aber nur kurze Zeit halten können, denn seine Gläubiger verfolgten ihn mit ihren Klagen, so daß er unbekannt wohin entfloß. Wie verlautet, soll v. Kap-herr in Argentinien sein. Beim Landgericht in Potsdam stehen fortgesetzt gegen ihn Klagen an, namentlich sind viele Geschäftsleute durch ihn geschädigt. Die Zustellung der Klagen erfolgt demnächst durch öffentlichen Aushang und Publikation. — Von dem aus Potsdam wegen seiner Schulden verschwundenen früheren Rittmeister im 3. Garde-Mann-Regiment Grafen Edgar von Redly und Trübschler von Falkenstein verlautet jetzt, daß er sich in der Schweiz aufhalten soll. Dieser hatte eine Bürgerliche geheiratet, die jetzt mit ihren Kindern, nachdem ihr Mann ihr ganzes Vermögen verpulvert hat, in Berlin in bescheidenen Verhältnissen lebt.

Eine Hochbahn-Reform. Für die Veranschaulichung der Bahngäste über etwaige Störungen im Betriebe hat die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen eine neue Anweisung erlassen, die jetzt in Kraft gesetzt ist. Unterbrechungen des Verkehrs werden sofort allen Haltestellen durch den Fernsprecher mitgeteilt. Die Haltestellen bringen die Störung ungefähr zur Kenntnis der Bahngäste. Zu diesem Zwecke werden in ähnlicher Weise wie bei der Staatsbahn rote Zettel an den Schaltern, den Vordrängen und den Tafeln für die Bekanntmachungen auf den Bahnsteigen angeschlagen. Die Bekanntmachung enthält die Beschreibung der gesperrten Strecke, sowie die Ursache und die mutmaßliche Dauer der Störung. Die Fahrkarten-Ausgeberinnen haben über die Lage der Verhältnisse Auskunft zu erteilen. Auch ohne Anfrage haben sie anzugeben, bis zu welcher Haltestelle nach den vorliegenden Meldungen eine Verbesserung stattfindet.

Die Hochbahn-Verwaltung sollte endlich daran denken, neben diesen an sich selbstverständlichen und belanglosen Maßnahmen endlich den vollen Schnepfennig und belanglosen Tarif sowie billige Monatskarten einzuführen.



Ein Nordverfuch verfehte gestern vormittag Wirt und Gaste der Hammelfchen Destillation, Prinzessinnenstr. 15 am Moritzplatz, in groe Aufregung. Dasselbe erlitten ein junger Mann, Namens Wollfart, bestellte sich Bier und unterhielt dann mit der im Lokal als Schenkmanfell bedaeftigten Anna B. ein eifriges Gesprach, das bald in einen kurzen aber heftigen Wortwechsel ausartete. Wollfart sprang der junge Mann auf und rief: „Ist alles bezahlt?“ Als der Wirt bejahend antwortete, zog er schnell einen Revolver aus der Tasche und feuerte aus naechster Naeh eine Schuss auf das Maedchen ab. Schwer verletzt brach dieses zusammen. Im naechsten Augenblick wurde der Aentaeater von den Gaesten gestellt. Er waere uebel zugerueht worden, wenn sich nicht die inzwischen herbeigerufenen Polizei seiner bemaechtigtae; gefesselt wurde er verhaftet. Das unglueckliche Maedchen aber wurde in ein Krankenhaus gebracht. Der Aentaeater ist ein fruherer Liebhaber des Maedchens, welches sich vor kurzem mit einem andern verlobte. Nachdem sich die erste Aufregung in dem Lokal gelegt hatte, wurde in einer Ecke derselben die Revolververfuch, durch welche das Maedchen verletzt ist, aufgefunden. Wollfart ist Architekt und aus Danzig gebuertig, wo sein Vater als Baumeister wohnhaft ist. Waehrend seiner Dienstzeit als Einjaehrigfreiwilliger fiel ihm ein Balken auf den Kopf. Er wurde dienstunfaehig erklart und bezieht eine Invalidenpension.

Was dem russischen Kaiser gestohlen werden kann. Wegen einer gestohlenen Krone im Werte von 50 000 Rubeln hat sich die St. Petersburg Polizei mit der hiesigen in Verbindung gesetzt. Aus der Kapelle vom heiligen Isaak in Petersburg haben, wie wir berichteten, Eindurcher eine Krone aus Gold mit einem groen Diamanten in Form einer Krone und 78 kleinen Brillanten bestetzt, entwendet. Die Diebe haben zweifellos die Krone nicht in Ruoland auf den Markt gebracht. Vielmehr besteht der Verdacht, das der Verkauf hier in Berlin versucht wird. Die Polizei warnt die Juweliere und Goldarbeiter vor dem Ankauf des Diamanten und der Brillanten.

Aus Amerika erhalten wir von einem alten Parteigenossen eine Aufforderung, der wir hiermit nachkommen. Genosse B. Langner in Chicago, Ill., 678 S. Highland Ave., richtet an Frau Albert Schulz, geb. Therese Mandelt, die Bitte, in einer fuer sie wichtigen Angelegenheit sich bei ihm brieflich zu melden. Auch werden die Leser, die den Aufenthalt der Frau Schulz wissen, gebeten, ihre Adresse der Redaktion unseres Blattes oder Herrn Langner mitzuteilen.

Eine Explosion eregte Montagnachmittag kurz vor 4 Uhr in den Raemen des Hauptpostamtes, Ecke der Konig- und Heiliggeiststrahe, groe Aufregung und hat leider die Verletzung eines Beamten herbeigefuehrt. Der Unterbeamte Beilfuch, der erst seit einigen Tagen in der Briefabfertigungsstelle beschaeftigt ist, war damit beschaeftigt, Briefsendungen abzustempeln; da explodierte ihm einer der Briefe unter den Haenden, und zwar so heftig, das ihm die Hand vom rechten Arm abgerissen und bis an die Wade geschleudert wurden. Man vermutet, das in dem Briefe Handplaetchehen fuer Kinderpistolen in groeerer Menge enthalten waren. Wie nachtraeglich gemeldet wird, wurde der Postbote Beilfuch an der Hand, im Gesicht und an den beiden Augen schwer verletzt. Er hat in der Universitaetsklinik Aufnahme gefunden. Nach den Ermittlungen ist der mit sogenannten Anwaltpaetern gefuellte Brief von dem Handlungsgehuellen Leopold Jacobowitz abgehandelt worden.

Ein groer Dachstuhlbrand kam Dienstagabend gegen 7 Uhr in der Steglitzerstr. 85 zum Ausbruch und beschaeftigte die Wehr uiber zwei Stunden. Da „Mittelfeuer“ gemeldet war, rueckten fast ein Duzend Loeschzuege heran. Das Feuer hatte bereits einen groen Umfang angenommen, und aus verschiedenen Stellen schlugen die Flammen durch das Dach des Ouergebuedes. Beil der Hof total verqualmt war und eine Ueberflucht dadurch verhindert wurde, schickte Brandinspektor Reinhardt, der die Abloesung leitete, schleunigst Sappeure nach den oberen Stockwerken, um festzustellen, ob Personen in Gefahr seien. Dieses war indes gluecklicherweise nicht der Fall, da alle Mieter ihre von Qualm bedrohten Wohnungen rechtzeitig verlassen hatten. Nur traten Dampfstrahlen in Thaetigkeit und gingen von verschiedenen Seiten aus gegen den Frontberg vor. Es dauerte jedoch eine Stunde, bevor die Flammen voellig erstickt waren. Der groeste Teil des Dachstuhls mit seinen Bodenkaemern wurde vernichtet und ist der verursachte Schaden betraechtlich. Verschiedene Mieter der oberen Etagen haben bedeutenden Wasserschaden erlitten. Die Entstehungsurache des Feuers ist nicht aufgeklart.

Feuerbericht. Nur wenig Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. In der Nacht zum Dienstag wurde die nach der Dynarstr. 2 gefahren, wo kurz nach 11 Uhr auf nicht ermittelte Weise in einem Posaumentiergeschaeft Feuer ausgebrochen war. Als der erste Loeschzug eintraf, hatten die Flammen schon eine groeere Ausdehnung erlangt, weshalb laengere Zeit Wasser gegeben werden musste, um die Gefahr zu beseitigen. Vorher waren in der Kommandantenstr. 65 im zweiten Stock Kleidungsstuende und Moebel in einer Wohnung in Brand geraten, waehrend in der Willibalds-Altestr. 40 Waeschestuende eingeeigert wurden. Gegen 10 Uhr hatte die Wehr in der Grunauerstr. 1 in einem Keller ein Feuer zu beseitigen, das in der Hauptkuche allerlei Geruempel und Verordnungsmaterial vernichtete. Auferdem war noch in der Dresdenerstr. 18 in einer Kueche ein Brand entstanden, der neben Kuochenmoebel auch den Fußboden beschaeftigte.

Eine sehr belehrende Zusammenstellung von fliegenden und flatternden Saugtieren ist koeben in der Schaussammlung des zoologischen Museums in der Invalidenstrahe vollendet worden. Man sieht u. a. nebeneinander eine groe Fledermaus, einen Flattermal, einen Stachelschwanzflatterer, ein Flatterhoendchen und einen Flatterbeutler. Die verschiedenen Ausbildung der Flughaut wird in anschaulicher Weise zur Darstellung gebracht.

### Aus den Nachbarorten.

Inser Rathbardorf. Einen 9 Millionen-Etat weist Wilmersdorf fuer das Rechnungsjahr 1903 auf; es hat damit Schoeneberg um 1/2 Millionen und Hildorf sogar um fast 4 Millionen ueberfaelligt. Das Ordinarium ist seit dem Vorjahre um 345 000 M. auf 2 275 000 M. angewachsen und zeigt vornehmlich gesteigerte Einnahmen in der Steuerverwaltung mit 288 140 M. und in der Tiefbau- und Kanalverwaltung mit 40 190 M. Einen Ueberfluch liefern nur die Verwaltung der Liegenchaften mit 10 000 M. und die Steuerverwaltung mit 1 425 000 M. Die wesentlichsten Zusueufe stellen sich in den einzelnen Verwaltungsabteilungen wie folgt: Gemeindeverwaltung 179 200 M., Polizei 128 000 M., Hochbau 86 900 M., Tiefbau 280 500 M., Schulen 279 800 M., Armenpflege 33 500 M., Kapital- und Schuldenverwaltung 442 000 M. Den Wert der bebauten und ungebauten Grundstuende schaezt die Gemeindeverwaltung auf 375 Millionen Mark oder 45 Millionen hoer als im Vorjahre. Trotz der an den Kreis Teltow zu entrichtenden hohen Kreissteuer von 400 000 M. erhebt Wilmersdorf bedeutend geringere Kommunalabgaben als Berlin und die uebrigen Vororte (ausgeschlossen Grunewald); so betragen die Gemeinde-Einkommensteuer und die Gewerbesteuer nur je 90 Proz. — alles dies ein Beweis fuer die Wohlhabenheit der Gemeinde. Ganz gewaltig gestiegen ist das Extra-Ordinarium, das mit 6 056 800 M. um ueber 5 Millionen hoer als im Vorjahre ist. Der Hauptteil an dieser Kassensumme, die teilweise durch eine Anleihe gedeckt werden soll, beansprucht die Ausfuhrung der Kanalisation.

Weitere Rathbewilligungen im Charlottenburger Armen-Etat. Zu den 33 000 M., die der Charlottenburger Magistrat im November zur Verfaehrung des Etats der Armenverwaltung gefordert hat, kommen jetzt weitere 44 000 M., die sich auf die Positionen: „Bare Unterstuetzungen im allgemeinen, bare Unterstuetzungen an die Inassen der Familienhaeuser, Pflegegelder, Heilmittel und Befoerderung von Kranken verteilen. Die Begrueundung der Vorlage zeigt, welcher Not-

stand selbst in der reichsten Stadt Heufens herrscht. Die Zahl der vom 1. April 1902 bis zum 31. Januar 1903 eingegangenen Unterstuetzungsgefuende aller Art ist von 5425 in der gleichen Zeit des Vorjahres auf 6746, also um 24,3 Proz. gestiegen. Dabei sind 926 Gefuende gegen 607 im Vorjahre abgelehnt worden. Die Zahl der Empfaenger laufender Unterstuetzungen betrug am 1. April 1902 2202, am 1. Februar 1903 2337. Die Hauptursache der Hilfsbeduerftigkeit bilden nach wie vor Krankheit, Tod und Altersschwache; hierauf sind etwa 44,8 Proz. aller Bewilligungen zurueckzufuehren. Auch der noch immer nicht voellig gehobene Mangel an kleinen Wohnungen (die an sich geringe Zahl der leerstehenden kleinen Wohnungen weist nach den Ermittlungen des Statistischen Amtes zur Zeit wieder einen Rueckgang auf), vor allem aber das unveraenderte Fortbestehen der hohen Mietspreise fuer kleine Wohnungen hat die Hoeh der Aufwendungen fortgesetzt unguenstig beeinflusst. Die Armenverwaltung ist dadurch genuegtig gewesen, in zahlreichen Faellen die in den Vorjahren erhoehten laufenden Unterstuetzungen fortzusetzen, neue Erhoehtungen einzutreten zu lassen und neue laufende und Sonderunterstuetzungen zu bewilligen. Zur Abwendung der Ermiffion und zur Beschaffung eines neuen Unterkommens haben vom 1. April bis 31. Januar in 296 Faellen 7915 M. gezahlt werden muessen, ohne das sich etwa in diesen Zahlen die auf die Verhaeltnisse am dem Wohnungsmarkt zurueckzufuehrenden Ausgaben erschoepten. Wie hoch die Mietsen fuer kleine Wohnungen noch immer sind, ergiebt der Umstand, das von 62 seit dem 1. April 1902 neu geguehten Armenwohnungen von Stufe und Stufe 15, also fast ein Viertel mehr als 24 M., von 38 Zweizimmer-Wohnungen 17 mehr als 35 M. monatlich kosten und das der Durchschnittspreis der Einzimmer-Wohnungen 21,83 M., der Zweizimmer-Wohnungen 34,12 M. betragen hat. Diese Zahlen, insbesondere der Jahres-Durchschnittspreis von 260 M. fuer die Einzimmer-Wohnung, erhalten ihre volle Bedeutung erst, wenn man damit vergleicht, das der Durchschnittspreis aller ueberhaupt von Armen bewohnten Einzimmer-Wohnungen im November 1900 nur 196 M. und der Durchschnittspreis aller ueberhaupt vorhandenen Einzimmer-Wohnungen Ende 1900 erst 217 M. betragen hat. Wegen das Vorjahr ist der Durchschnittspreis der gezahlten Armenwohnungen wieder um 2 M. monatlich gestiegen. — Die Zahl der Unterstuetzungen wegen Arbeitslosigkeit zeigt zwar eine wenn auch nur geringe Abnahme gegen das Vorjahr, da in der Zeit vom 1. August 1902 bis 31. Januar 1903 nur 346 Unterstuetzungen gegen 392 im Vorjahre damit begrueudet worden sind, doch ist die Zahl der Unterstuetzungen wegen zu geringen Verdienstes, die vom 1. August 1901 bis 31. Januar 1902 nur 607 betragen hat, in der gleichen Zeit des Rechnungsjahres 1902 auf 1024 gestiegen und hat in diesem Jahre vom 1. April 1902 bis 31. Januar 1903 bereits 1470 betragen, zeigt also eine ganz außerordentliche Steigerung. — Die Erhoehtung der bareen Unterstuetzungen an die Inassen der Familienhaeuser erlaert sich daraus, das die Familienhaeuser auch in diesem Jahre andauernd voll sind; namentlich waren sie mit linderreichen Familien belegt, da gerade solche Familien von den Hauseigenuehmern schwer aufgenommen werden, viele davon auch infolge geringen Verdienstes neben den Kosten des notduerftigsten Unterhalts die Miete nicht erstoedigen koennen. — Eine weitere Belastung des Armen-Etats ist bedingt durch die Zunahme der Zahl der staedischen Pflegekinder. Auch hier spielt, mindestens bei voruibergehender Unterbringung, auch jetzt noch der Wohnungsmangel mit. Dazu kommt, das die Pflegegelder fuer Sauglinge vom 1. Mai 1902 ab erhoeht werden muessen, weil der bisberige Satz fuer die ordnungsmaeuige Pflege und Ernaehrung als nicht ausreichend erachtet wurde, auch ein direkter Mangel an geeigneten Pflegestellen bei den fruher gezahlten Saehen eingetreten war. Im ganzen maehen die Ausgaben der Armenverwaltung einschlieuich der beantragten Mehrbewilligungen 11 Proz. des ganzen Etats aus.

Blutige Soldatenkuecherei in Charlottenburg. In der Nacht zum Sonntag waren in dem Germania-Kuechenschank, Spandauerstr. 5 zu Charlottenburg, wo Sonntags und abends fast ausschlieuich Militaer verkehrt, Kuechabnehmer des 2. Bataillons mit solchen vom 1. Bataillon scharf aneinander geraten, so das der Streit bald in Thaetigkeiten ausartete. Da das Lokal zum Kampf zu eng war, stueerzten gegen 10 Uhr abends ploeglich ca. 30 Soldaten zumeist mit gezogenem Saebel heraus und drangen so mit der blanken Waffe auf einander ein. Ein Saehmann, der den Streit schlichteten wollte, wurde sofort zu Boden geschlagen. Gluecklicherweise kam der Vizefeldwebel Wuestemann der 11. Compagnie dazu, dem es denn auch gelang, die Ruhe wieder herzustellen und einige der Thaeter festzusetzen; die meisten zogen es jedoch vor, sich durch die Flucht der Festnahme zu entziehen. Bei diesem Kampf hat der Compagnie-Saehmacher von der aechten Compagnie einen so schweren Saebelstich ueber den Kopf erhalten, das er nach dem Garnisonlazarett gebracht werden musste. Auher einigen Mannschaften der 7. Compagnie, die als Revierkranke behandelt werden, sind noch viele leicht verletzt. Vom 1. Bataillon scheint niemand verwundet zu sein. Es ist eine strenge Untersuchung eingeleitet.

Aus Schoeneberg. In der Frage des Baues einer staedischen Untergrundbahn hat der hiesige Magistrat beschloffen, die Verkehrsdeputation mit der Ausarbeitung eines Projektes zu eruchen. Die Bahn soll insbesondere der Erschlieuung des Westgelandes und haeter auch des Saedgelandes dienen und anschlieu an Bahnhoefer der Berliner Hoch- und Untergrundbahn bezw. der Stadt-, Ring- oder Bannseebahn erhalten. Projektiert sind: im Anschluss an die Endstation Groehgraefenstrahe drei Linien, im Anschluss an die Hochbahnstation „Kollendorfer-Platz“ ebenfalls drei Linien sowie Abzweigungen durch das Schoeneberger Saedgelande. Die kontinentale Gesellschaft fuer elektrische Unternehmungen in Nuernberg soll um Vorlegung von Entwuerfen ersucht werden.

Die Angelegenheit der Einfuehrung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts fuer untern Ort ist nun endgueltig in einer fuer und unerfreulichen Weise erledigt, indem der Beschluss der staedischen Koerperschaft, von der Einfuehrung des Obligatoriums so lange abzusehen, bis der Staat die Uebernahme der Haelfte der entstehenden Kosten auf zehn Jahre in Aussicht stellt, vom Magistrat sanktioniert worden ist. — Der damalige Beiseid des Ministers ging dahin, das, wegen Mangel an Mitteln (?) ein erhoehter Staatszuschuss nicht bewilligt werden koenne. — Somit ist die Errichtung einer obligatorischen Fortbildungsschule wiederum in weite Ferne geruekt.

Herr Christiansen schickt uns zu unserer gestrigen Notiz folgende Zufuehrung: In der heutigen Morgennummer Ihrer Zeitung bringen Sie unter der Rubrik „Aus den Nachbarorten“ und unter der Spitzmarke „Ein Geiratschwinder“ eine Notiz, die den Thatsachen in keiner Weise entspricht. Wahr ist nur, das ich mich mit einer Dame verlobt hatte und das diese mir 5000 M. ohne mein Verlangen zur Anschaffung einer Aussteuer uebergeben hatte. Von diesen 5000 M. erhielt die betreffende Dame fuer ihre persoenlichen Beduerfnisse etwas ueber 1500 M. in bar zuruek und der Rest von ca. 3500 M. wurde mit weiteren 3000 M. von mir zum Ankauf von Moebeln usw. verwandt. Nach Bewertung derselben steht der Dame natuerlich ihr Anteil zur Verfuegung. Bei der andern ebenfalls erwaehten Dame habe ich lediglich als Gast freundschaftlich verkehrt und nie auch nur einen Pfennig erbeten oder erhalten. Von Mieten einer Wohnung oder gar von Festsetzen des Trauertmins ist keine Rede gewesen; ich koennte also auch zu letzterem nicht ausbleiben.

### Gerichts-Zeitung.

Ein Mordverfuch, dem ein Menschenleben zum Opfer gefallen ist, beschaeftigte gestern die 9. Strafkammer des Landgerichts I. Wegen Teilnahme an einer Schlaegerei, bei welcher ein Mensch zu Tode gekommen, hatten sich der Tischlergehuelle Max P o m p l u n, der Zimmermann Hermann Lehmann, der Brauerei-Arbeiter Paul Kerder und der Zimmermann Hermann P o s e h e l zu verantworten. Diese Scene, die zur Anlage gefuehrt hat, spielte sich im Dunkel der Nacht im Hause Kottbuerer Damm 23 ab. Dort wohnen einige Maedchen, die einem schuuppischen Gewerbe nachgehen

und unter dem Schutze von Maemmern stehen, die nach der lex Heinze ohne weiteres dem Arbeitshaue verfallen sind, wenn ihr unfaeures Treiben zur Kenntnis des Gerichts kommt. Mit einem dieser Maedchen stand der Arbeiter Johann Schwandt in Verbindung. In der Nacht vom 23. zum 24. November vorigen Jahres konnten die vier Angeklagten, von denen die drei letzten im Hause Kottbuerer Damm 23 wohnten, aus dem daselbst belegenen Schanklokal und stellten sich vor der Hausfuhr auf in der Absicht, die etwa herumflaendernden Frauenpersonen zu verhoeren. Dazu bot sich auch bald Gelegenheit, als ein Maedchen in Begleitung eines Mannes das Haus betreten wollte. Das Maedchen wurde durch die Redensarten der Angeklagten zurueckgeschreckt, zu seinem Schutze erschiebend aber Schwandt auf der Bildflaeh und erzwang nach einem kleinen Scharnittel mit den Angeklagten die Freigabe der Passage. Die Angeklagten zogen sich unter Ausfuehrung von Drohungen auf den Hausfuhr zuruek und verschloffen die Hausfuhr. Schwandt hatte sich inzwischen zu einer Gruppe von Frauenpersonen gewandt, dort seinen Ueberzieher in Vertuehrung gegeben und den Angeklagten drohend nachgerufen: „mit Euch werden wir es schon noch aufnehmen und wenn Ihr zehn Mann stark waeret!“ Bald darauf betrat Schwandt den dunklen Hausfuhr und geriet mit den dort auf ihn wartenden Angeklagten ins Handgemenge. Die drei ersten Angeklagten hatten ihre Messer gezuekt und stachen auf Schwandt ein, waehrend der letzte Angeklagte nur einige Fausthiebe auf den Gegner richtete. Dieser war nach kurzer Zeit kampfunfaehig. Ein Messerstich war ihm in den Kopf gegangen, die Spitze des Messers war abgebrochen und in der Wunde stecken geblieben. Ein anderer Messerstich hatte die Schlaegader getroffen und einen starken Bluterguss zur Folge gehabt. Als auf das Zimmergehuere des Verletzten Hausbewohner herbeieilten, fanden sie Schwandt bewusstlos in einer groen Blutfache am Boden liegend. Er muette nach dem Krankenhaus am Urben getragen werden und es wurde festgestellt, das er sechs Messerstuende erhalten hatte. Er ist an den Folgen der Verletzungen gestorben. — Die Beweisaufnahme war fuer die drei ersten Angeklagten schwer belastend; sie hatten sich sogar nachtraeglich noch ihrer That gerueht. Der Gerichtshof verurteilte P o m p l u n, L e h m a n n und K e r b e r gleichmaeuig zu je 2 1/2 Jahren, P o s e h e l zu 6 Monaten Gefaengnis und rechnete den Angeklagten je 2 Monate auf die Untersuchungshaft an.

In recht verschmuertem Weise hat der jugendliche Arbeiter Georg Ambrosius, der wegen Diebstahls vor der Strafkammer 9a zur Verantwortung gezogen wurde, sich die Mittel verschafft, um auf kurze Zeit ein loederes Leben zu fuhren. Der junge Mensch war in einer groen Fabrik in der Pringenz-Allee beschaeftigt und wuehte, das das Sonnabends die zur Lohnzahlung notwendigen Gelder von einem juengeren Angestellten des Geschafts aus einem Bankinstitut geholt zu werden pflegten. Darauf baute er seinen Plan. Als der betreffende junge Mann eines Sonnabends allein im Comptoir war, und die herbeigeholten Lohnelder auf ein Brett gezaehlt hatte, erschiebend der Angeklagte und loedte ihn mit der Mitteilung hinweg, das ihn ein Herr auf wenige Minuten in einer dringenden Angelegenheit im Hausfuhr sprechen moechte. Der junge Mann ueberließ die Aufsicht ueber das Comptoir auf ganz kurze Zeit dem Angestellten, dieser aber eignete sich mit einem kuennen Griff eine Geldrolle mit 1000 Mark an und entfloeh. Er hat einige Tage in Saes und Braes gelebt und als er festgenommen wurde, behauptete er, das er das ganze Geld bis auf den letzten Kidel verpraegt habe. Diese Angabe klingt nicht sehr glaublich, es ist vielmehr wahrscheinlich, das er den Hauptteil seiner Beute in einem sicheren Versteck bewahrt, bis er seine Strafe verbuert haben wird. Das Gericht verurteilte ihn zu 1 Jahr Gefaengnis.

Kranken-Unterstuetzungs-Verein der Tabakarbeiter Berlins. (E. S. 88.) Mittwoch, den 25. Februar, abends 8 1/2 Uhr, bei Freund, Weinstraue 11: Generalversammlung. Tagesordnung: Wahl des Vorstandes und Ausschusses, Rechnungslegung und Bericht ueber den Stand der Kassenanderung.

### Briefkasten der Redaktion.

Allen Anfragen, die auf Antwort rechnen, ist die Abonnements-Liistung beizufuegen. Die Erledigung erfolgt grundsaeuich nicht brieflich. Anfragen juristischer Art koennen auf dem Couvert immer den Vermerk haben: Juristischer Teil.

Stammlich E. Kann nicht vor Ende der Woche beantwortet werden. — 333. Nein! — V. E. 33. Leider nein! — E. M. Ist fast unmoeglich ohne leichteren operativen Eingriff. — Dorfen-Rippe. Fragen Sie bei der dorgelegten Behoerde bestuegen an.

Thornton. D's Bodenreform ist nur eine sogenannte Bodenreform, die im wesentlichen darauf hinauslaeuft, durch allerdhand mehr oder weniger durchfuhrbare Steuerplaene den Bodenuehner einzuschrueken. Eine Vergeellschaftung des Grund und Bodens, wie sie uerliche Bodenreformer anstreben, erscheint D. als etwas Nebenfaehliches. Das, was an den Bestimmungen der Bodenreformer gut ist, findet sich viel scharfer im sozialdemokratischen Programm. Die Hauptfrage ist und bleibt die Vergeellschaftung des Grund und Bodens, die aber zusammenzufuehlen muess mit der Vergeellschaftung der uebrigen Produktionsmittel. Die Steuerplaene haben nur nebenfaehliche Bedeutung.

H. St., Stahlerstrahe. Die methodische Meinung einzelner Ihrer Kollegen ist uns faehlicherweise unuerstaendlich. Wenn es wahr ist, das die Firma gute Loehne zahlt, so ist das schon. Deswegen braucht sie doch aber nicht so unangeheure Preise den Kontumenten abzugeben. Als Sachmann koennen Sie sich doch leicht berechnen, wie viel die Herstellungskosten betragen und wie viel Unternehmergewinn trotz der hohen Loehne uebrig bleibt. Die Firma stellt die Preise nicht so hoch, wie anfaendliche Loehne bezahlen zu koennen, sondern umgekehrt: weil sie die Kontumenten ausbeutet, gestaltet sie sich den Luxus, ein hoeheres von dem Mehrerwerb aus den Arbeitern zusammen zu lassen. Koennlich wie Ihre Kollegen beweisen? Ja auch die Agrarier, das sie nur deshalb die Arbeiterloehne verlangen, um ihren Arbeitern hoedere Loehne bezahlen zu koennen.

Maden. Ungefuehr 9000—9000 M. Ohne Kenntnis der zurueckgelegten Dienstjahre ist die Pension des Generals a. D. n i c h t g e n a u bestimmbar. — Heisenburg. Fragen Sie an bei dem Vereinsvorsitzenden Herrn E. Schellbach, Mittelwalderstr. 32. — Treptower Sternwarte. Die Groe eines Fernrohrs wird meist nach der Groe der Objektiv-Deffnung angegeben. Hiernach ist das groeste Fernrohr das Herles-Teleskop zu Chicago mit 110 Centimeter, dann folgt das Rohr der Sid-Sternwarte in Californien mit 93 Centimeter. Das Treptower Rohr mit 69 Centimeter-Deffnung rangiert ungeruehr an gleicher Stelle mit den groen Roehren von Paris, Wien, Potsdam u. a. Die Leistung eines Fernrohrs haengt aber auch von der Groe der Brennweite ab; in dieser Beziehung uebertrifft das Treptower Rohr mit 21 Meter Brennweite faemliche andere Fernroehre; das Herles-Teleskop hat nur 18 Meter, das Sid-Fernrohr nur 15 Meter Brennweite, das Treptower Fernrohr ist also das laengste Fernrohr der Welt.

### Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet taeglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geffuet: 7 Uhr.

R. N. 229. Sie koennen den Brief verlagen. — Genosse. Reinkindensborferstr. 5. 1. Ja. 2. Kommt auf die Hoeh der Erspaernisse an. Etwas ist jedenfalls zu zahlen. — C. M. B. 1. Der Strafantrag kann nur in bestimmten Faellen zurueckgenommen werden. Wiederholen Sie die Anfrage unter Angabe der in Betracht kommenden Straftat. — E. M. 7. Nein. — Streikende Latierer. 4. Nein, wenn die Schuld im letzten Jahre vor der Wahl entstanden ist. 1—3, 5—7 wird noch beantwortet. — R. 100. E. G. Laegt sich auf Grund Ihrer Angaben nicht beantworten. Kommen Sie in die Sprechstunde.

### Witterungsuebersicht vom 24. Februar 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstaerke	Wetter	Temp. in C. 7 U. = 49 F.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstaerke	Wetter	Temp. in C. 7 U. = 49 F.
Eutinende	763 B	7 Regen	3	Saparanda	796 B	25alb bb	-15				
Hamburg	759 B	7 wolli	5	Petersburg	783 B	2bedekt	-0				
Berlin	760 B	6bedekt	5	Sofel	748 B	9bedekt	9				
Kraanf./M.	766 B	4wolli	4	Ueberden	—	—	—				
Raehden	769 B	5Schnee	1	Paris	770 B	2wolli	-0				
Wien	764 B	4bedekt	6	—	—	—	—				

Weitere Prognose fuer Mittwoch, den 25. Februar 1903. Zunaechst kueller, vielfach heiter bei lebhaften suedwestlichen Winden; spaeter neue Erwaeerung, Traubung und etwas Regen.

Berliner Wetterbureau. Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.